

2. Sitzung
Berlin, 23. September 2003
Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse: Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend und Parlament“! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Plenarsitzung.

Gestern haben Sie in zwölf Arbeitskreisen wichtige Themen beraten und für das Plenum eine Reihe von Resolutionen und Entschließungsanträgen vorbereitet. Bevor wir die Anträge der Reihenfolge der Arbeitskreisnummern nach behandeln, darf ich Sie noch über Einzelheiten des Verfahrens informieren.

Die heutige Sitzung wird durch das Präsidium des Deutschen Bundestages geleitet. Unterstützt wird es hierbei von den am Sonntag gewählten Schriftführerinnen und Schriftführern. Ich hatte gestern schon erläutert, was die beiden Schriftführerinnen bzw. Schriftführer links und rechts von mir zu tun haben: Sie sind für Rednerliste, Wortmeldungen, Redezeit und inhaltliche Feststellungen zuständig.

Ich darf als Erste Herrn Tobias Bauschke und Herrn Sascha Binder bitten, zu mir zu kommen und Platz zu nehmen.

(Beifall)

- Dass die Schriftführerinnen und Schriftführer ihren Dienst mit Beifall beginnen, sollten wir auch bei ordentlichen Plenarsitzungen einführen; das wird dort schweigend hingenommen. - Um 9.30 Uhr ist Wechsel, dann folgen die Herren Michael Blockus und Mario Kassmann. Um 10 Uhr folgen Konstantin Nitze und Jakob Kraus. Ich stelle fest, es sind interessanterweise nur Männer auf meiner Liste. - Nein, ich bin beruhigt, es kommen auch noch ein paar Damen vor.

Ich habe gehört und sehe es auch vor mir, dass es genügend Pressematerial gibt. Wir haben eine sehr intensiv arbeitende Redaktion. Ich will mich für ihre Arbeit schon jetzt ganz herzlich bedanken - ich weiß, sie passiert nachts. Respekt!

(Beifall)

Nun zur heutigen Sitzung. Für jeden Arbeitskreis sind fünf Minuten für die Vorstellung der Arbeitsergebnisse und elf Minuten für die Diskussion und die Abstimmung vorgesehen. Da es so viele Themen und Arbeitskreise sind, müssen wir streng auf die Einhaltung der Zeit achten. Falls aus den

Arbeitskreisen zwei Berichterstatter benannt worden sind, stehen jedem jeweils zweieinhalb Minuten zur Verfügung. Diejenigen, die sich an der anschließenden Diskussion beteiligen möchten, bitte ich, hier vorne bei den Schriftführern ihre Wortmeldung abzugeben. Die Redezeit für die Diskussionsbeiträge beträgt zwei Minuten. - So weit die Regeln.

Ich rufe nun Arbeitskreis 1 auf:

Einwanderung nach Deutschland - Deutschland ein Einwanderungsland?

Hier gibt es zwei Berichterstatter, Herrn Stefan Roth und Herrn Andreas Kreppel. Kommen Sie bitte nach vorn; ich erteile Ihnen das Wort. Sie werden ja untereinander verabredet haben, wer beginnt und wer der Zweite ist. Bitte, legen Sie los.

Andreas Kreppel: Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und dabei soll es auch bleiben.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Mit diesem Statement möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, Sie, die Abgeordneten, und auch euch, liebe Jugendlichen, recht herzlich begrüßen.

Wir haben unseren Bericht aus dem Arbeitskreis folgendermaßen unterteilt: Die Frage, wie die Zuwanderung aussehen muss und wer zu uns nach Deutschland kommen soll, beantworte ich. Mein Kollege Stefan Roth beantwortet die Frage, wie Integration aussehen soll.

Der erste Punkt, den wir festgestellt haben, ist, dass wir zwischen humanitären und wirtschaftlichen Fluchtgründen unterscheiden. Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen fliehen, sollen ihren Status weiterhin behalten. Das heißt, dass wir hier überhaupt nichts ändern und dass politisch Verfolgte in unserem Land weiterhin jederzeit willkommen sind.

(Beifall)

Die Frage, wie man mit Wirtschaftsflüchtlingen umgehen soll, wurde relativ unterschiedlich beantwortet; die eindeutige Mehrheit war aber dagegen, solche Flüchtlinge bei uns aufzunehmen. Das heißt, wir wollen nur Einwanderer, die wirklich verfolgt werden; ansonsten möchten wir die Einwanderung stark regulieren. Wer hier also einen Arbeitsplatz sucht, wird nur in unser Land gelassen,

wenn der Arbeitsplatz nicht von einheimischer Bevölkerung besetzt werden kann.

(Teilweise Beifall)

Unsere Wunschezwanderer sind hoch qualifizierte Leute aus Wirtschaft und Forschung - beispielsweise aus der Medizin -

(Teilweise Lachen)

das heißt Unternehmer, die hier Arbeitsplätze schaffen und etwas für unsere Bevölkerung tun.

Ich würde mich freuen, für diese Punkte eure Zustimmung zu erfahren.

Jetzt möchte ich das Wort an meinen Kollegen Stefan Roth übergeben. Recht herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stefan Roth: Guten Morgen, Herr Präsident! Schönen guten Morgen, liebe Abgeordnete! Ein herzliches Hallo an alle Freundinnen und Freunde! Grundvoraussetzung der Integration ist das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache. Dies gilt für die Ausländer, die bereits in Deutschland leben, wie auch für die, die zuwandern wollen. Deswegen haben wir uns dafür ausgesprochen, dass Integrations- und Sprachkurse verstärkt für alle Ausländer, sowohl für die hier lebenden als auch für die neu zuwandernden, angeboten werden sollen.

(Beifall)

Dazu sollen auch Schulungen in Bezug auf die deutsche Kultur bzw. die deutsche Geschichte gehören.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der angesprochen werden soll, ist die Gleichberechtigung der Frau - besonders auch in türkischen Familien -, die bis jetzt noch nicht sehr weit vorangeschritten ist. Auch da wollen wir auf einen guten Weg kommen.

Es soll für neue Einwanderer verpflichtend sein, innerhalb eines gewissen Zeitlimits die deutsche Sprache zu erlernen. Sie müssen am Ende der Sprachkurse einen Test ablegen, in dem sie beweisen, dass sie die Fähigkeit haben, die deutsche Sprache zu sprechen.

(Teilweise Beifall)

Wir haben uns auch dafür ausgesprochen, kulturelle Aktivitäten, wie zum Beispiel interkulturelle Jugendtreffs, über Bundes-, Landes- und Kommunalmittel verstärkt zu

fördern. Des Weiteren wurde der Vorschlag gemacht, den Schulsport - an Ganztagschulen - auszubauen, sodass die Integration von deutschen und ausländischen Schülern stattfinden kann; denn der Schulsport bzw. der Sport generell ist ein sehr stark verbindendes und auch integrierendes Element.

Wir haben uns auch für die Beschleunigung von Asylverfahren für Wiederholungstäter ausgesprochen. Wir reden jetzt nicht von jemandem, der vielleicht ein- oder zweimal auffällig geworden ist, sondern von Fällen wie dem des jugendlichen Serienstraftäters Mehmet, der öfter in den Schlagzeilen war und der nicht schnell abgeschoben wurde.

Im letzten Punkt haben wir uns dafür ausgesprochen, die ausländischen Gäste, die an der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ teilnehmen, insofern zu integrieren, als sie an den Abenden in den deutschen Landesvertretungen teilnehmen können und nicht einen gesonderten Abend irgendwo anders haben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Herzlichen Dank. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich will an das Verfahren erinnern: Geben Sie Wortmeldungen bitte immer schon vorher ab, damit wir ohne Verzögerung in die Diskussion einsteigen können.

Als Nächster hat Alexander Slotty aus Hessen das Wort. Bitte schön.

(Teilweise Beifall)

Alexander Paul Slotty: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu behaupten, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, ist totaler Quatsch.

(Teilweise Beifall)

Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs wurden in Deutschland Ausländer mit offenen Armen aufgenommen, um dieses Land wieder mit aufzubauen. Ausländer sind hier heute genauso willkommen wie vor 60 Jahren. Das sollte auch weiterhin so sein.

(Teilweise Beifall)

So ganz verstehe ich nicht, wieso ein Unterschied zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht werden soll. Warum sollen nur Akademiker aus dem Ausland einwandern

können, Arbeiter aber nicht? Vielleicht kann mir das jemand erklären.

(Teilweise Beifall)

Klar ist sicherlich: Die deutsche Sprache sollte schon erlernt werden; zumindest ein gutes Grundverständnis sollte vorhanden sein.

(Teilweise Beifall)

Dann sollte man vielleicht noch erwähnen - das klang eben etwas zu allgemein -, dass nicht jeder Ausländer, der nach Deutschland einwandert, auch ein Krimineller ist.

(Teilweise Beifall)

Abschließend will ich noch sagen: Was die Integration betrifft, sollte sich vielleicht vor allem Bayern einmal ein Beispiel an anderen Bundesländern nehmen.

Danke.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Simon Stockburger aus Baden-Württemberg.

(Teilweise Beifall)

Simon Stockburger: Guten Morgen, liebe Damen und Herren! Guten Morgen, Herr Präsident! Ich will dazu nur eines sagen: Wir haben keine Wunscheinwanderer. So etwas gibt es nicht. Wir wünschen uns Einwanderer nicht, sondern sie sind willkommen. Wir können nicht sagen: Wir haben die Vorstellung, dass nur jemand zu uns nach Deutschland kommen darf, der diesen oder jenen Schulabschluss hat oder der diesen oder jenen Beruf erlernt hat. Vielmehr geht es grundsätzlich darum, welches Schicksal einen Menschen zu Hause ereilt - ob er etwa politisch verfolgt wird oder verhungert.

(Teilweise Beifall)

Wenn jemand wirklich kurz vor dem Hungertod steht, können wir nicht sagen: Tut mir leid - -

(Vereinzelt Lachen)

- Da braucht ihr nicht zu lachen! - Man kann einem Menschen nicht sagen: „Du bist zwar reich, wurdest zu Hause aber von deiner Gegenpartei verfolgt und darfst deshalb nach Deutschland einwandern“, während man

einem anderen sagt: „Du bist bettelarm und musst daher wieder nach Hause gehen“. - Das kann ich so nicht annehmen. Ich bitte euch - gerade den Herrn im Bayern-Jackett; ich glaube, du hast da etwas falsch verstanden -, darüber noch einmal nachzudenken.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Mike Ulbricht aus Nordrhein-Westfalen.

(Teilweise Beifall)

Mike Ulbricht: Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, alle hier im Plenarsaal Anwesenden! Ich war nicht im Arbeitskreis 1; aber ich lade alle, die hier behaupten, Deutschland sei ein Einwanderungsland, zu mir in den Wahlkreis, genauer gesagt nach Köln-Ossendorf und in die Kölner Südstadt - bei uns Jugendlichen auch als „Klein-Instanbul“ bekannt -, ein. Dort gehen wir am besten um 22 bis 23 Uhr hin und schauen dann einmal, wie gut Integration funktioniert.

(Teilweise Beifall)

Dann können wir die illusorischen Ansichten - wir seien ein Einwanderungsland und Multikultur funktioniere - gerne noch einmal diskutieren. Nach diesem Besuch werden Sie zwar nicht unbedingt blaue Augen haben und das Ganze gar nicht mehr sehen können;

(Teilweise Beifall)

aber ich schätze einmal, dass Sie mir anschließend glauben werden, dass Integration nur dann funktioniert, wenn wir dem Ganzen einen gewissen Riegel vorschieben, das Ganze steuern und lenken.

Dass Bayern - ich selber komme aus Nordrhein-Westfalen; das haben Sie gehört - nicht unbedingt als Zuwanderungsland bekannt ist, ist ja schon angesprochen worden. Aber die Kinder von Zuwanderern in Bayern haben nach der PISA-Studie definitiv eine höhere Lesekompetenz bewiesen als deutsche Kinder in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen. Das will schon etwas heißen, nämlich dass man in Bayern richtig vorgeht.

(Teilweise Beifall)

Wenn ihr alle hier durch Berlin geht - durch Kreuzberg oder durch die anderen angesprochenen Stadtteile -, dann könnt ihr

sehen: Es gibt türkische Banken, es gibt türkische Restaurants, es gibt wirklich alles.

(Zuruf: Und das ist schlecht? - Weitere Zurufe)

Da stellt sich den türkischen Einwanderern doch die Frage, warum sie überhaupt noch Deutsch lernen müssen. Wenn ich nach Amerika fahre und dort alles auf Deutsch habe, dann brauche ich doch gar kein Englisch zu lernen. Das ist doch der Punkt. Dafür muss eine Regelung gefunden werden.

(Teilweise Beifall)

Zum Glück hat der Arbeitskreis 1 das auch so beschlossen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe auf eine gute Diskussion.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich muss einigen, die sich noch zu Wort gemeldet haben, die betrübliche Mitteilung machen, dass sie nicht mehr an die Reihe kommen. Wir haben elf Minuten vereinbart. Daher kann ich jetzt noch drei Rednern das Wort geben, dann ist die Diskussionszeit vorüber. Wir müssen uns an die eigenen Regeln halten; denn sonst kommen diejenigen nicht mehr an die Reihe, die das Thema Nummer 11 oder 12 behandelt haben. Das wäre unfair. Einverstanden? -

Ich erteile das Wort Andreas Haarmann aus Nordrhein-Westfalen.

(Teilweise Beifall)

Andreas Haarmann: Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! Liebe jugendliche Abgeordnete! Ich möchte deutlich klarstellen, dass es bei der Frage der Zuwanderung nicht um das Ob geht, sondern um das Wie.

(Teilweise Beifall)

Ich habe vor kurzem mit Entsetzen den Vorschlag lesen müssen, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger über Themen wie das Wetter reden können sollten. Davon war ich nicht gerade erpicht - jetzt komme ich schon langsam zum Schluss -;

(Teilweise Heiterkeit)

denn wenn ich mich mit einem ausländischen Mitbürger unterhalte, dann möchte ich auf meine Frage, wie es ihm denn gehe, eine

andere Antwort erwarten können als „heiter bis wolzig“.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Das war vorbildlich, Sie haben nur eine Minute gebraucht.

Nun erteile ich Clara Herrmann aus Berlin das Wort.

(Teilweise Beifall)

Clara Herrmann: Liebe Parlamentarierinnen, liebe Parlamentarier! Leider kann ich euch hier nicht auf Türkisch begrüßen, weil ich die türkische Sprache nicht beherrsche. Ich möchte zunächst einmal anmerken, dass auch in diesem Raum türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger sitzen. Ich finde, dass wir von hier ein Zeichen der Intoleranz aussenden.

(Teilweise Beifall)

Zu dem Herrn in der ersten Reihe, der eben über Köln geredet hat, möchte ich sagen: Lass uns doch einmal zusammen nach Greifswald gehen, da sehen wir die andere Seite.

(Teilweise Beifall)

Ich würde euch auch gerne nach Kreuzberg einladen; denn in Kreuzberg gibt es das beste Berliner Nachtleben. Dort kann man auch sehr gut mit türkischen Mitmenschen feiern.

(Teilweise Beifall)

Zum Abschluss: Ich habe das Papier des Arbeitskreises durchgelesen und dabei krampfhaft nach dem Satz gesucht: „Das Boot ist voll“. Das habt ihr euch wohl nicht getraut zu schreiben!

(Teilweise Beifall - Zuruf: Das Boot platzt ja schon!)

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier! Ich bitte euch, diesem Antrag nicht zuzustimmen; denn gerade von Jugendlichen ist es ein falsches Zeichen, so intolerant aufzutreten.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Nun erlaube ich mir einmal etwas, was ich sonst

nicht tue: Ich mache eine Zwischenbemerkung. Ich als Berliner dachte immer, da, wo ich wohne, ist das beste Berliner Nachtleben: in Prenzlauer Berg.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber vielleicht haben Sie noch Zeit, das heute Nacht zu erkunden, falls Sie nicht sofort nach Hause müssen.

Ich erteile das Wort Michael König aus Thüringen.

(Teilweise Beifall)

Michael König: Werte Abgeordnete! Werter Herr Bundestagspräsident! Eines möchte ich zunächst feststellen: Wir sind hier nicht in Bayern!

(Teilweise Beifall)

Zu Zeiten des Wirtschaftswunders wurden Ausländer in unser Land geholt - auch nach Bayern -, um die Wirtschaft wieder mit aufzubauen. Sie sollten die Drecksarbeit für uns machen. Dafür gebührt ihnen eigentlich Anerkennung. Ich kann die Meinung der CDU/CSU zu diesem Thema daher nicht verstehen. Ich habe im Ruhrgebiet einige Türken kennen gelernt, die in der CDU sind. Das passt überhaupt nicht mit dem zusammen, was ich hier höre. Das kann einfach nicht stimmen. Ihr seid so gegen die Ausländer!

(Teilweise lebhafter Widerspruch)

- Es ist doch so! Im Ruhrgebiet gibt es ein Miteinander von SPD und CDU und ihr zerstört hier alles.

Danke.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich stelle fest, es geht schon sehr munter los.

(Teilweise Heiterkeit)

Mal sehen, wie das bei den nächsten Themen ist - ich vermute, nicht immer so hitzig. Das Thema Zuwanderung und Integration ist ein Thema, das auch in der Bevölkerung erheblich Emotionen hervorruft. Wieso sollte es hier anders sein?

Wir kommen zu dem vorgelegten Papier. Denjenigen, die das geschrieben haben, muss ich eine Enttäuschung bereiten: Über Punkt I kann ich nicht abstimmen lassen, das ist keine Resolution.

(Teilweise Beifall)

Bitte schauen Sie sich das an. Wenn da steht: „Die Mehrheit wollte ... Andere hingegen ...“, dann kann man darüber nicht abstimmen; man kann nur über eine klare Position abstimmen. Deswegen ist mein Vorschlag, nur Punkt II zur Abstimmung zu stellen - da werden konkrete Vorschläge zur Integration gemacht. Punkt I beinhaltet nur Erwägungen; darüber kann man vernünftigerweise nicht abstimmen.

Wer also Punkt II des Papiers des Arbeitskreises 1 - Vorschläge zur Integration - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Punkt II, also die Vorschläge zur Integration, mit einer relativ deutlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zum Arbeitskreis 2:

Die Zukunft des Sozialstaates - Welche Instrumente wirken?

Die Berichterstatter sind Michael Löffel aus Rheinland-Pfalz und Mathias Völlger aus Hessen. Ich erteile Herrn Löffel das Wort.

(Beifall)

Michael Löffel: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Arbeitskreis 2 - „Die Zukunft des Sozialstaates - Welche Instrumente wirken?“ - haben wir eines der wohl drängendsten Probleme unseres Landes behandelt und diskutiert. Ich hoffe, dass wir in der anschließenden Diskussion etwas sachlicher sein können als in der Diskussion zum ersten Arbeitskreis.

(Beifall)

Aufgrund der demographischen Entwicklung und der anhaltenden Schwäche unserer Wirtschaft stehen alle Sozialversicherungssysteme vor dem Kollaps oder können nur aufgrund von Bundeszuschüssen oder Beitragserhöhungen noch am Leben erhalten werden. In dem Ihnen hier vorliegenden Antrag haben wir Vorschläge ausgearbeitet, wie mit diesen Problemen umgegangen werden sollte.

Am deutlichsten und fassbarsten werden diese Probleme bei der Rentenversicherung. Wir geben zu, dass sich das bisherige System jahrzehntelang bewährt hat und auch

finanzierbar war. Leider hat es sich aber überlebt. Immer weniger junge Menschen, die zudem immer später in das Berufsleben einsteigen, stehen immer mehr Rentnern gegenüber. Diese Entwicklung, die sich in den kommenden Jahren noch verschärfen wird, zeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wir sind der Meinung, dass die stetige Senkung des Rentenniveaus - Stichwort „Nachhaltigkeitsfaktor“ - nicht ausreichend ist, sondern dass jetzt ein radikaler Schnitt gemacht werden muss.

(Teilweise Beifall)

Wir sprechen uns daher für die sofortige Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente aus, und zwar auf dem Niveau des Existenzminimums. Diese Grundrente soll für alle Bürger gleich hoch und verbindlich sein. Wer seinen bisherigen Lebensstandard im Alter weiter halten will, der muss privat vorsorgen.

(Teilweise Beifall)

Durch den Wegfall der Sozialversicherungsbeiträge und die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge wird zudem jeder über die entsprechende Liquidität verfügen, um dies auch im erforderlichen Rahmen tun zu können. Dieses Modell hätte nicht nur zur Folge, dass die Lohnnebenkosten spürbar gesenkt werden könnten, sondern auch, dass der Wirtschaft umfangreiches Kapital zugeführt werden kann. Beides sind wichtige Bausteine, um die lahmende Wirtschaft wieder anzukurbeln.

(Teilweise Beifall)

Neben der Rentenversicherung haben wir uns auch mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Einstimmig und ohne große Diskussion haben wir uns für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ausgesprochen.

(Teilweise Beifall)

Die Leistung kann hierdurch von *einem* Amt und von *einem* Mitarbeiter verwaltet werden. Dieser kennt dann die Umstände des Betroffenen sehr genau und kann auch individuelle Lösungen finden und Hilfsaktionen starten. Wir sind der Meinung, dass diese Tätigkeit nicht bei den Kommunen, sondern bei der Bundesanstalt für Arbeit angesiedelt werden muss, die entsprechende Erfahrung in Sachen Stellenvermittlung und Weiterbildung hat.

Präsident Wolfgang Thierse: Ihre Redezeit ist überschritten.

Michael Löffel: Ich bin jetzt auch beim Schlusssatz.

Die weiteren Eckpunkte unseres Papiers wird Ihnen mein Kollege Mathias Völlger vorstellen.

Danke.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile Herrn Völlger das Wort. Bitte schön.

Mathias Völlger: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Nach dem Rentensystem der Zukunft haben wir uns auch mit dem Gesundheitssystem befasst. Wir beschäftigten uns vor allem mit zwei Modellen. Das erste Modell war eine Reform des bestehenden Gesundheitssystems. Das zweite Modell war die Idee einer Pauschalversicherung für alle Versicherten. Das heißt, wir wollen das Konzept der Bürgerversicherung umsetzen.

(Teilweise Beifall)

Wir wollen eine Kasse, in die alle einzahlen müssen - auch Beamte und Selbstständige. Der Grund dafür liegt natürlich darin, dass wir eine breitere Finanzbasis brauchen. Wie mein Vorredner schon erwähnt hat, haben wir wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage und auch wegen der demographischen Entwicklung, also der Entwicklung unserer Altersstruktur, genauso wie in der Rentenkasse auch im Gesundheitswesen seit Jahren - egal, wer an der Regierung war - erhebliche Probleme mit der Finanzierbarkeit.

Bei einigen Leistungen muss man sich allerdings auch fragen, ob die Allgemeinheit sie tragen muss. Der Aufhänger waren hier die Extremsportarten. Muss die Allgemeinheit dafür geradestehen, wenn sich jemand beim Bungee-Jumping das Bein bricht oder sich noch schlimmere Verletzungen zuzieht? So etwas sollte in einer privaten Versicherung abgedeckt werden.

(Teilweise Beifall)

Nach langer Diskussion haben wir uns für das System der Pauschalversicherung - also derselbe Beitrag für alle Versicherten - mit einer freiwilligen privaten Zusatzversicherung entschieden. Allerdings haben wir uns überlegt, dass es dennoch weiterhin einen sozia-

len Ausgleich geben soll, aber nicht mehr in Form einer Beitragsstaffelung, sondern in Form eines steuerlichen Rücklagensystems. Auch die Vereinfachung des Systems ist ein wichtiger Gesichtspunkt; schließlich ist der riesengroße Vorteil dieses Modells, dass jeder frei wählen kann, welche Leistungen er haben möchte und gegen welche Risiken er sich versichert.

Unser zweites großes Themengebiet war die Pflegeversicherung. Auch hier schlagen wir die Kombination aus einer Grundleistung, die wir noch definieren müssen, und einer privaten Vorsorge vor. Allerdings soll die Pflegeversicherung in Zukunft nicht mehr eine fünfte Säule darstellen, sondern in der Krankenversicherung mit aufgehen. Damit sparen wir uns nämlich einen großen Verwaltungsaufwand und -apparat.

Ich bitte Sie um Zustimmung für unsere Resolution, da wir das Thema nicht länger aufschieben können und da - auch zulasten unserer Generation - endlich Entscheidungen getroffen werden müssen.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Danke schön. - Ich habe jetzt vier Wortmeldungen. Noch eine ist maximal möglich, muss aber nicht sein.

Ich erteile Benjamin Schnürer aus Baden-Württemberg das Wort.

(Teilweise Beifall)

Benjamin Schnürer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns alle einig, dass in unserem Sozialsystem etwas passieren muss. Aber das, was in diesem Antrag steht, als Bürgerversicherung zu verkaufen, ist ein regelrechter Skandal.

(Teilweise Beifall)

Dort steht, dass eine Kopfprämie - das ist eine Möglichkeit, die von Herrn Rürup vorgeschlagen worden ist - gezahlt werden soll. Bürgerversicherung heißt, dass alle diese Kopfprämie zahlen. Aber ein Arbeiter, der 2 000 Euro im Monat verdient, muss genauso viel zahlen wie ein Unternehmer, der 2 Millionen Euro im Monat verdient. Ich meine, dass wir diese Forderung doch wohl nicht ernsthaft stellen können.

(Teilweise Beifall - Zuruf: Richtig lesen!)

Dieses Missverhältnis soll, wie im Antrag vorgeschlagen, durch das Steuersystem ausgeglichen werden. Ich denke, das ist eine typische Formulierung: Man möchte das durchsetzen, was man selber will, und schreibt für die anderen einen Satz dazu, der nichts bedeutet. Denn wollt ihr wirklich unser ganzes Steuersystem ändern, nur um diese Pauschalprämie einzuführen? Ich glaube, das ist nicht der Sinn der Sache.

Hier wird gefordert, die Pflegeversicherung in die Krankenversicherung aufzunehmen. Könnt ihr mir dafür einen guten Grund nennen? - Der Grund dafür ist nur, dass auch dadurch das solidarische System verlassen und eine Kopfprämie eingeführt wird. Genau dem kann ich nicht zustimmen.

(Teilweise Beifall)

Ich könnte hier viele Gegenvorschläge machen.

(Zuruf: Einer reicht!)

Zum Beispiel ist die Bürgerversicherung, wie sie die Regierung momentan vertritt, das wesentlich bessere System. Aber jetzt liegt uns diese Resolution vor und wir können ihr nur zustimmen oder gegen sie stimmen. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir diese Resolution ablehnen.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Arne Habel aus Hessen.

Arne Habel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass bei diesem Thema zu sehr polemisiert wird. Das Problem der Besitzstandswahrung besteht. Natürlich wird die Rente auf dem heutigen Niveau nicht erhaltbar sein. Aber Optimismus, Wachstum und Vertrauen in eine Politik können nur geschaffen werden, wenn man ein klares Konzept hat, wenn alle wissen, was auf sie zukommt. Das mag hart sein; aber man kann sich dann darauf vorbereiten.

Ich bin dafür, dass man eine Kopfpauschale einführt, um einen festen und kalkulierbaren Beitragssatz zu haben. Man kann diesen Beitragssatz durchaus sozial gestalten, zum Beispiel indem sozial schwache Menschen einen Zuschuss aus Steuermitteln

erhalten oder indem man die Kopfpauschale untergliedert. Aber letztendlich kommt man um die Grundrente nicht herum. In Holland wird es so praktiziert. Ein Holländer bekommt für Einzahlungen in der gleichen Höhe, wie sie ein Deutscher leistet, eine sichere Rente.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Igor Gilitschenski aus Baden-Württemberg.

(Teilweise Beifall)

Igor Gilitschenski: Herr Präsident! Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer! Ich frage mich, wenn ich mir diesen Antrag anschau: Wer von euch ist ein großer Fan von Lohnkürzungen? - Oh, ich schätze, es ist niemand. Wieso habt ihr dann Lohnkürzungen im Antrag gefordert? Dieser Antrag enthält nur Lohnkürzungen und darunter leiden die Arbeitnehmer.

(Teilweise Beifall)

Ihr sagt: Wir haben eine Rente, die steuerfinanziert ist. Wer zahlt denn die Steuern? Man sollte die Lohnnebenkosten senken, dann werden alle paritätisch entlastet, zur Hälfte der Arbeitnehmer, zur Hälfte der Arbeitgeber. Aber die Mehrheit der Steuern - dies betrifft vor allem die indirekten Steuern - werden doch vom Arbeitnehmer gezahlt. Deswegen halte ich die Grundsicherung für nicht mehr als einen Trick, um den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen.

(Teilweise Beifall)

Ähnlich verhält es sich mit der Gesundheitsversicherung. Man kann nicht einfach sagen, man führe Pauschalleistungen ein und jeder könne sich Zusatzversichern. Es kann sich nun einmal nicht jeder Zusatzversichern. Eine Zusatzversicherung muss man sich erst leisten können.

(Teilweise Beifall)

Ich komme zum letzten Punkt, den ich ansprechen wollte: die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Darüber wird eine interessante Debatte geführt; aber wenn man sie dazu missbraucht, um eine Niveausenkung der Arbeitslosenhilfe zu betreiben, dann finde ich diese Debatte schädlich und eher ekelhaft. Deswegen muss ich darauf verweisen, dass eine Zusammenlegung nur

dann stattfinden sollte, wenn ein hohes Niveau tatsächlich gesichert ist.

Ich bitte euch, den vorliegenden Antrag abzulehnen,

(Teilweise Beifall)

weil er kein schlüssiges Konzept enthält, wie wir unsere Systeme finanzieren und reformieren können.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Niklas Potrafke aus Berlin.

(Teilweise Beifall)

Niklas Potrafke: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich meinen Vorrednern insofern anschließen, als wir den Antrag ein bisschen modifizieren sollten; dann müssten wir ihn nicht ablehnen. Ich habe ein Problem mit gewissen Begrifflichkeiten und möchte deshalb nachfragen. Einer der Kollegen hatte sich bezüglich der Rente für einen radikalen Wechsel im System ausgesprochen. Dafür gab es natürlich kräftigen Applaus. Andererseits steht im Antrag, dass ein steuerfinanziertes und existenzsicherndes Grundsicherungssystem erhalten bleiben soll.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage mich, wie das zusammenpasst. Wir wollen weg vom Umlageverfahren und hin zur Kapitaldeckung. Das ist der radikale Wechsel, und er verträgt sich nicht so ganz mit dem, was hier steht. Vielleicht ist das einfach nur eine Definitionsfrage.

(Teilweise Beifall)

Das wollte ich zu Punkt 1 sagen.

Punkt 2 betrifft die Bürgerversicherung. Kollege Benjamin hatte vorhin schon angesprochen, dass man hier gewisse Widersprüchlichkeiten findet. Zum einen wollt ihr eine Bürgerversicherung, was bedeutet, dass jeder von seinem Einkommen einen prozentualen Beitrag in den Versicherungstopf abzuführen hat; zum anderen aber sprecht ihr auch von Pauschalprämien, die eher dem entgegengesetzten Ansatz, der Kopfpauschale, entsprechen. Vielleicht könnt ihr den nächsten Beitrag - Herr Präsident, Sie sagten, dass noch ein Redebeitrag in dieser

Aussprache offen sei - dazu nutzen, klarzustellen, was ihr eigentlich fordert.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Leider ist kein Redebeitrag mehr offen; denn ich habe hier noch eine Wortmeldung von Björn Giesler aus Niedersachsen.

(Teilweise Beifall)

Björn Giesler: Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Ich lege meinen Schwerpunkt auf das Thema der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, genauer gesagt: in der Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit. Wir sollten die Kompetenz für die Zusammenlegung bei den Kommunen ansiedeln; darüber haben wir auch im Arbeitskreis diskutiert.

(Teilweise Beifall)

Denn die Kommunen vor Ort wissen, wo es Jobs gibt und wo etwas zu tun ist. Sie kennen die Antragsteller vor Ort. Ich komme aus einem Flächenlandkreis, der eine Ausdehnung von 100 Kilometern in der Länge und 40 Kilometern in der Breite hat. Wir haben zwei Arbeitsämter. Da kann man nicht groß von Kontakt sprechen. Von daher denke ich, dass die Kompetenz bei den Kommunen liegen sollte. Wenn man nach dem Konnexitätsprinzip vorgehen würde - wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen - und der Bund dann für die Kosten eintreten würde, wäre es für die Kommunen erträglich und wir hätten ein vernünftigeres System.

Was hier zu einer fast emotionalen Debatte geführt hat, ist die Diskussion über die Bürgerversicherung, Krankenversicherung und Rentenversicherung. Mit der Bürgerversicherung - wenn wir also alle einbeziehen - machen wir das System der privaten Vorsorge kaputt. Wir schaffen wieder mehr Bürokratie. Das ist gerade das, was wir in Deutschland nicht brauchen.

(Teilweise Beifall)

Hier ist die Rede davon, dass wir den Arbeitnehmern Geld wegnehmen wollen; das ist so nicht die reine Lehre. Derzeit ist eigentlich gesellschaftlicher Konsens, wie hoch der Arbeitgeberanteil ist. Dieser wird in Lohn umgewandelt und dem Arbeitnehmer ausgezahlt. Der Arbeitnehmer kann dann selbst

entscheiden, was er damit macht, also ob er jetzt gut leben oder für später sparen möchte. Das ist der Weg in mehr Wettbewerb. Das, was hier von der Linken teilweise gefordert wird, wäre ein Vollkaskostaat. Davon müssen wir wegkommen; denn das können wir uns nicht mehr leisten.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Meine Damen und Herren, wir sind im Plenum, daher können wir die Resolutionen nicht mehr verändern, es sei denn, es gibt vorgelegte präzise Änderungsanträge. Diese liegen mir jedoch nicht vor. Also kann ich nur so über den Entschließungsantrag abstimmen lassen, wie er Ihnen vorliegt.

Wer möchte diesem Entschließungsantrag zum Arbeitskreis 2 „Zukunft des Sozialstaates“ zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen damit zum Arbeitskreis 3:

Nachhaltige Entwicklung - Handlungskonzepte für das 21. Jahrhundert

Die Berichterstatterin ist Oona Grünebaum aus Nordrhein-Westfalen.

(Teilweise Beifall)

Oona Grünebaum: Ich möchte die Ergebnisse des Arbeitskreises 3 „Nachhaltige Entwicklung - Handlungskonzepte für das 21. Jahrhundert“ vorstellen. Euch allen liegen die Anträge vor. Deswegen möchte ich nur ganz grob auf das Inhaltliche eingehen und einige Punkte herausgreifen.

Wir haben festgestellt, dass nachhaltige Entwicklung auf dem Dreieck der sozialen, ökologischen und ökonomischen Gerechtigkeit gründet. Dabei ist wichtig, wie man die Prioritäten setzt. Darüber gab es in unserem Arbeitskreis einen großen Dissens. Wir haben uns zunächst mit dem Punkt ökologische Gerechtigkeit beschäftigt. Hierbei sind wir zu dem Konsens gekommen, ökologisch schädliche Subventionen abzubauen und das Geld in Bildung, Forschung und ökologische Innovationen zu investieren. Wir möchten die Subventionierung der Steinkohle und anderer überkommener Energieerzeugungsmittel abbauen.

(Teilweise Beifall)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir alle Staaten auffordern, das Kioto-Protokoll zu ratifizieren.

(Teilweise Beifall)

Der zweite Punkt, mit dem wir uns beschäftigt haben, war die Wirtschaft. Wir haben festgestellt, dass eine einseitige Orientierung am Wirtschaftswachstum fragwürdig ist. Wir möchten, dass noch andere Dinge einfließen, zum Beispiel der Faktor Lebensqualität. Lebensqualität ist sicherlich schwer messbar, aber allein am Wirtschaftswachstum kann man Wohlstand nicht ablesen.

(Teilweise Beifall)

Für uns ist es wichtig, dass sich sowohl die Wirtschaft als auch das Wirtschaftswachstum umweltschonend und ressourceneffizient entwickeln.

(Teilweise Beifall)

Eine große Diskussion gab es in unserem Arbeitskreis über den Ausstieg aus der Kernenergie. Mit einer sehr knappen Mehrheit wurde beschlossen, dass der Atomausstieg konsequent fortzusetzen ist.

(Teilweise lebhafter Beifall)

Auch wir haben uns - wie die andere Arbeitsgruppe, allerdings sehr viel kürzer - mit dem Thema soziale Sicherung beschäftigt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

Wir sind dagegen, die soziale Sicherung allein mit dem Faktor Arbeit zu verbinden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind dafür, auch andere Einkommensarten in die Versicherungssysteme einzubeziehen.

(Teilweise Beifall)

Außerdem plädieren wir hinsichtlich der Rente für ein Dreisäulenmodell aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge.

(Teilweise Beifall)

Unser Arbeitskreis hält es für wichtig, die Nachhaltigkeit zur Leitschnur der deutschen, der europäischen und vor allen Dingen auch der internationalen Politik zu machen.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herzlichen Dank.

Wie offensichtlich nachzuvollziehen ist, haben wir im Präsidium einen fliegenden Wechsel vorgenommen. Das entspricht der ständigen Praxis in den Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages.

Mir liegen jetzt eine ganze Reihe von Wortmeldungen zu diesem Bericht vor; es sind fünf. Ich würde Sie gerne alle zu Wort kommen lassen, was umso eher sicherzustellen ist, je kürzer Sie Ihre Redebeiträge jeweils halten. Man könnte naturgemäß allein über dieses Thema den Rest des Tages diskutieren.

Ich rufe zunächst die Wortmeldung von Christian Cloos aus Hessen auf. Damit sich die anderen vielleicht schon einmal darauf einstellen können, aufgerufen zu werden, nenne ich die Namen der folgenden Redner: Volker Abt, Johannes Waldschütz, Tobias Wandinger und Juliane Schleppers. Ich weise noch einmal darauf hin, dass für Wortbeiträge auch die Mikrofone am Platz benutzt werden können.

Bitte schön.

Christian Cloos: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Es erscheint mir schizophren, wenn wir einen Energieträger mit einem CO₂-Ausstoß von de facto null beerdigen und gleichzeitig im Ruhrgebiet - zumindest war dies in der Vergangenheit so - Kohlekraftwerke reaktivieren wollen.

(Teilweise Beifall)

Ich gebe zu bedenken, ob wir unser technisches Know-how auf diesem Gebiet - ähnlich wie beim Transrapid - wirklich auf das Abstellgleis schieben wollen.

(Teilweise Beifall)

Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Ich bedanke mich vor allen Dingen für die Kürze der Ausführungen.

Die nächste Wortmeldung ist von Volker Abt.

Volker Abt: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Präsident! Liebe Gäste aus dem Bundestag! Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschließen. Wir in Deutschland verfügen mit über die am meisten entwickelte

Nukleartechnologie. Es ist nicht einzusehen, dass wir es zulassen, dass im europäischen Ausland neue Atomkraftwerke gebaut werden und wir uns in eine energiepolitische Abhängigkeit treiben lassen, indem wir unsere gut entwickelten Atomkraftwerke abbauen lassen.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Was die Kürze der Beiträge angeht, werde ich die Aufzeichnungen dieser Sitzung den Kollegen des Bundestages zur Verfügung stellen. Sie bekommen das nämlich nicht so kurz hin.

Der Nächste ist Johannes Waldschütz.

(Teilweise Beifall)

Johannes Waldschütz: Ich möchte zunächst eines ganz kurz feststellen: Wir können hier nicht so reden, als ob es nur um uns ginge. Es geht um die Generationen nach uns. Wir wollen dafür kämpfen, dass die Generationen nach uns auf diesem Planeten, auf der Erde, hier in Deutschland noch genauso leben können, wie wir das jetzt tun.

(Teilweise Beifall)

Ich halte es daher für unerlässlich, darüber nachzudenken, die Atomenergie abzustellen und diesen Weg konsequent fortzusetzen.

(Teilweise Beifall)

Hier wurde der CO₂-Faktor angesprochen. Gibt es nicht Wind- und Sonnenenergie? Haben wir dabei einen CO₂-Ausstoß?

(Teilweise Beifall)

Mit Atomkraftwerken ist ein enormes Risiko verbunden. Ich weiß nicht, wer sich noch an Tschernobyl erinnern kann; ich kann das noch ganz gut.

(Teilweise Beifall)

Seit den Gipfeln in Rio und Johannesburg sind Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein weltweites Konzept geworden. Es tut gut, daran festzuhalten. Es tut auch gut, dass ein Land eine Vorreiterrolle spielt. Das heißt, es ist ein ganz besonderes Zeichen, zu sagen: Wir Deutsche stellen uns hinter dieses Konzept.

(Teilweise Beifall - Zuruf: Wir gehen damit unter!)

Nur dann können wir das Gleiche auch von anderen Ländern fordern. Es geht die klare Aufforderung an andere Länder, endlich das Kioto-Protokoll zu ratifizieren. Es geht hier nicht um taktische Spielereien. Deswegen möchte ich an euch appellieren, der vorliegenden Resolution zuzustimmen. Denn der Atomausstieg ist in diesem Papier nur ein einziges Detail. Ich fände es schade, wenn das Papier wegen dieses Details von vielen abgelehnt würde. Es geht hier um ein grundsätzliches Konzept, um die Erde für die kommenden Generationen, für die Zukunft lebenswert zu machen.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Wir sind jetzt eigentlich an dem Punkt angekommen, an dem wir dringend mit den Abstimmungen beginnen müssten, um im Zeitrahmen zu bleiben. Ich würde die schon genannten Wortmeldungen gern noch aufrufen, bitte aber die Redner noch einmal darum, so kurz wie möglich vorzutragen.

Nächster ist Tobias Wandinger aus dem Freistaat Bayern.

(Teilweise Beifall)

Tobias Wandinger: Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sicher ist es gut, die Steinkohlesubventionen langfristig abzuschaffen.

(Teilweise Beifall)

Aber manche Grüne stecken wahrscheinlich immer noch in den 70er- und 80er-Jahren und sind der Meinung, der Strom komme aus der Steckdose.

(Teilweise Heiterkeit und Beifall -
Teilweise Widerspruch)

Denn sonst würde man nicht sagen, dass man den Atomausstieg vorantreiben soll. Es ist doch keine Alternative, bei uns die Atomkraftwerke abzuschalten und den Atomstrom dann aus Russland, Frankreich oder sonst woher zu beziehen.

(Teilweise Beifall)

Tschernobyl war ein marxistisches und murksistisches Pfluschwerk.

Zum Thema Nachhaltigkeit. Sicher ist Nachhaltigkeit in der Umwelt wichtig; aber ich

vermisse im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit das Thema Finanzen total. Es ist doch so, dass unsere Generation die Schulden zurückzahlen muss, die in den letzten Jahrzehnten angehäuft worden sind. Dazu vermisse ich in dem Papier sehr viel; denn beides ist wichtig.

Wegen der Fortsetzung des Atomausstiegs und anderem appelliere ich an Sie, das Papier abzulehnen.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Die letzte Wortmeldung, Juliane Schleppers, bitte.

Juliane Schleppers: Natürlich ist es klar, dass wir irgendwann aus der Atomenergie aussteigen müssen. Es ist bloß sehr unrealistisch, das ab sofort zu tun, solange wir keine Alternativen haben.

(Teilweise Beifall)

Im Endeffekt wäre es so, dass wir den Strom aus dem Ausland von Atomkraftwerken bekommen, die nicht die Sicherheitsstandards der Kraftwerke in Deutschland haben.

(Teilweise Beifall)

Wenn dort ein Unfall passierte, wäre es wirklich unrealistisch, zu denken, dass dieser an der Grenze halt macht und die Folgen sich nicht in Deutschland auswirken. Also lasse ich doch lieber die Atomkraftwerke in Deutschland arbeiten.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Ich bitte Andreas Kreppel und andere, die sich noch zu Wort gemeldet haben, um Nachsicht, dass ich sie jetzt nicht mehr aufrufen kann, weil wir sonst mit unserem Zeitplan mit Blick auf die anderen Arbeitskreise nicht zurande kommen, zumal es eine Reihe von Änderungsanträgen zu dem Papier gibt, das der Arbeitskreis 3 zur Beschlussfassung empfiehlt.

Es gibt zunächst einen Antrag zur Geschäftsordnung von Max Schoppen aus Hessen. Bitte schön.

Maximilian Schoppen: Ich wollte nur schnell sagen, dass man über diesen Antrag vielleicht in Blöcken abstimmen sollte, weil er

durchaus sehr gute Pläne und in anderen Punkten sehr schlechte Pläne enthält.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Es ist der Antrag gestellt worden, über den vorliegenden Antrag absatzweise abzustimmen. Ich weise darauf hin, dass es zu zwei Absätzen in dieser Beschlussempfehlung ohnehin Änderungsanträge, konkret: Streichungsanträge, gibt.

Ich lasse jetzt zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen, über die Beschlussfassung nicht im Ganzen, sondern absatzweise - natürlich unter Berücksichtigung der Änderungsanträge - abzustimmen. Wer für diesen Geschäftsordnungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Dann verfahren wir so. Ich werde die Änderungsanträge an der jeweiligen Stelle aufrufen.

Der erste Absatz geht von „Jeder Einzelne ist ...“ bis „... Maß zu reduzieren.“ Wer stimmt diesem Absatz zu? - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war die Mehrheit; dann ist das so beschlossen.

Der zweite Absatz geht von „Das Konzept ...“ bis „... Mensch und Umwelt.“ Wer stimmt dem zu? - Wer ist dagegen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Über die Ankündigung von Forderungen müssen wir nicht abstimmen. Wir kommen dann zum nächsten Absatz, der mit „Im Umweltbereich betrachten wir es ...“ beginnt. Dazu liegen, glaube ich, keine Änderungsanträge vor. Wer stimmt diesem Absatz zu? - Gegenprobe? - Das war die gleiche Mehrheit. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommt der Absatz, der mit „Zentral für nachhaltige Entwicklung ...“ und einer Aufforderung an die Staatsduma beginnt. Es liegen zwei Änderungsanträge vor, diesen Absatz zu streichen. Wir brauchen darüber nicht gesondert abzustimmen, weil wir ohnehin gesondert über diesen Absatz abstimmen. Wer also für die hier vorgesehene Formulierung ist mit der Aufforderung an die Staatsduma, das Kioto-Protokoll zu ratifizieren, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war die Mehrheit. Also bleibt der Absatz erhalten.

Dann kommen wir zum nächsten Absatz, der mit dem Satz „Im Bereich der Wirtschaftspolitik verweisen wir auf den hohen Stellenwert der kleinen und mittleren Unter-

nehmen.“ beginnt. Wer stimmt dem zu? - Wer möchte dagegen stimmen? - Die Gegenstimmen reichen nicht, also bleibt der Absatz erhalten.

Dann kommen wir zu dem knappen nächsten Satz, dass im Hinblick auf die Energiepolitik der Atomausstieg konsequent fortzusetzen ist. Da empfehle ich, dass die Formulierung - weil es der Diktion eines solchen Papiers entsprechen sollte - lautet: Im Hinblick auf die Energiepolitik sollte der Atomausstieg konsequent fortgesetzt werden. - Denn hier wird ja nicht über ein Ergebnis berichtet, sondern es soll beschlossen werden, was dieses Plenum für richtig hält. Einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

Was die Formulierung betrifft, kann ich schon einmal Einvernehmen feststellen. Wer dem in der Sache zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

(Unruhe - Zuruf: Regierungsmehrheit!)

Wir versuchen noch einmal, ob sich das Abstimmungsverhalten eindeutig oder halbwegs eindeutig feststellen lässt: Wer diesem Absatz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

(Zurufe: Hammelsprung! - Vereinzelt Beifall)

Es ist tatsächlich ganz schwer möglich, die Mehrheitsverhältnisse hier festzustellen.

(Heiterkeit)

Das unterscheidet sich im Übrigen von Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages darin, dass die jeweiligen Seiten immer ganz genau wissen, wo die Mehrheit liegt.

(Heiterkeit)

Wenn wir einen Hammelsprung durchführen, müssen sich alle darüber im Klaren sein, dass der Zeitplan für den heutigen Vormittag ruiniert würde.

(Unruhe - Zurufe: Hammelsprung!)

Ich weiß nicht - obwohl ich die Freude an diesem Verfahren gut nachempfinden kann -

(Heiterkeit und teilweise Beifall)

ob der Unterhaltungswert dieser athletischen Übung in einem vernünftigen Verhältnis zu dem Verdrängungseffekt für die weiteren Sachauseinandersetzungen steht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich mache Folgendes: Ich lasse jetzt darüber abstimmen,

(Heiterkeit)

ob wir die Mehrheitsverhältnisse durch Hammelsprung oder durch nach bestem Wissen und Gewissen erfolgter Einschätzung durch das Präsidium vornehmen wollen. Wer für Hammelsprung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? -

(Heiterkeit und Beifall)

Wir sind uns im Präsidium einig, dass bei dieser Abstimmung die Gegenstimmen die knappe Mehrheit waren.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Jetzt lasse ich noch einmal in der Sache über den Satz hinsichtlich des Atomausstieges abstimmen. Wer diesen Satz in der Beschlussempfehlung beibehalten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? -

(Zuruf: Hammelsprung!)

Die beiden Schriftführer sind übereinstimmend der Meinung, dass das Zweite eine knappe Mehrheit war.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch - Ein Teilnehmer begibt sich zum Präsidenten)

Jetzt beginnt gerade ein interessanter weiterer parlamentarischer Vorgang, nämlich der Versuch, den amtierenden Präsidenten in Debatten zu verwickeln.

(Heiterkeit und Beifall)

Das werde ich - wie bei realen Bundestagsitzungen - nicht gestatten können. Zu dem wenigen, was im Deutschen Bundestag unstrittig ist, gehört, dass Entscheidungen des amtierenden Präsidenten gelten.

(Teilweise Beifall)

Im Übrigen möge sich die gerade knapp unterlegene Minderheit mit der fundamentalen demokratischen Einsicht trösten, dass Mehrheiten nicht über die Richtigkeit einer Position entscheiden,

(Teilweise Beifall)

sondern lediglich über ihre vorläufige Gültigkeit, solange es keine anderen Mehrheiten gibt.

Ich rufe jetzt die nächsten Absätze auf, zuerst den zur Gesundheitsvorsorge. Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war die Mehrheit.

Jetzt kommt der Absatz zum Faktor Arbeit und zur sozialen Sicherung. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Ich wiederhole die Abstimmung lieber. Wer dem Absatz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen zum vorletzten Absatz, zur Alterssicherung. Wer stimmt dem zu? - Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit.

Wer ist für den Schlusssatz zur Nachhaltigkeit als Leitschnur? - Wer ist dagegen? - Das Erste war wiederum die Mehrheit.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über dieses Papier. Wer dem Papier in der jetzt durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das Papier bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit so verabschiedet.

(Beifall)

Ich bedanke mich für die freundliche Hilfe bei der Durchführung dieses nicht ganz unkomplizierten Abstimmungsverfahrens.

Wir kommen jetzt zum Arbeitskreis 4:

Globalisierung - Ist der Wohlfahrtsstaat ein Standortnachteil?

Die Berichterstatter sind Sebastian Lechner aus Niedersachsen und Nadine Kettenbach aus Hessen. Bitte schön.

(Beifall)

Sebastian Lechner: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir haben uns in unserem Ausschuss mit dem Thema „Globalisierung - Ist der Wohlfahrtsstaat ein Standortnachteil für Deutschland?“ beschäftigt. Ich muss vorweg anmerken, dass wir das Thema auf Deutschland und auf drei Problemgruppen eingegrenzt haben, weil es sich um ein riesiges Themengebiet handelt, über das man in vielen Punkten auch international diskutieren könnte. Viele von euch werden vielleicht eine Menge Aspekte vermissen. Wir haben sehr lange diskutiert, aber das Thema ist sehr umfangreich,

sodass ich euch um Rücksicht dafür bitte, dass wir es eingrenzen mussten.

Unter Globalisierung verstehen wir den internationalen Wettbewerb um Kapital, mit dem die Staaten Arbeitsplätze schaffen wollen. Daraus ergeben sich für Deutschland die folgenden drei Probleme, die wir schwerpunktmäßig betrachtet haben:

Das erste Problem sind die Lohnnebenkosten, die in Deutschland relativ hoch sind. Das führt dazu, dass wir mit Billiglohnländern nur schwer konkurrieren können. Denken wir zum Beispiel an die Osterweiterung der Europäischen Union: In Polen verdient ein Ingenieur gerade einmal 180 Euro. Wir müssen die Lohnnebenkosten senken, damit wir international konkurrenzfähig bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Dabei - hierin stimme ich mit meinen Freunden von der sozialdemokratischen Seite überein - darf es nicht passieren, dass wir die sozialen Errungenschaften, die wir erworben haben, auf die wir stolz sind und die durchaus einen Standortvorteil für Deutschland darstellen, total aufgeben oder rücksichtslos abbauen. Wir müssen einen Kompromiss finden.

(Vereinzelt Beifall)

Genau das haben wir in unserem Arbeitskreis versucht.

Unser zweiter Schwerpunkt war die Bildung in Deutschland. Auch wenn die Kosten hoch sind, ist es ein großer Standortvorteil für Deutschland, dass wir in Bezug auf Bildung und Forschung heute noch vorn liegen. Das heißt aber noch lange nicht, dass das so bleiben muss. Wir haben angesichts unseres Bildungssystems und des Abschneidens bei der PISA-Studie die Befürchtung, dass unser Bildungsniveau sinkt. Das kann sich auf die Produktqualität auswirken und für den Standort Deutschland Nachteile bringen. Auch darin sehen wir ein Konfliktpotenzial. Wir müssen Bildung und Qualität hochhalten, weil wir ohnehin schon durch den Kostenfaktor unter Druck stehen.

Drittens haben wir uns mit den Themen Subventionen und Bürokratieabbau beschäftigt. Welche Forderungen wir konkret stellen, wird euch jetzt meine Kollegin erläutern.

(Beifall)

Nadine Kettenbach: Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! Liebe Abgeordnete!

Liebe Teilnehmer von „Jugend und Parlament“! Ich gehe jetzt auf die Ziele und Maßnahmen ein, die unser Arbeitskreis erarbeitet hat.

Ein Ziel sollte es sein, die soziale Marktwirtschaft im internationalen Rahmen zukunfts- und wettbewerbsfähig zu machen. Deshalb fordert „Jugend und Parlament“ den Bürokratieabbau in Form einer Vereinfachung der Steuergesetze und des Abbaus von Verwaltungsvorschriften. Des Weiteren fordern wir den Abbau von Schulden bzw. die Haushaltskonsolidierung, und zwar durch den Abbau von Erhaltungssubventionen. Grundlegende Reformen des Bildungssystems sind nötig, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands als innovatives Bildungs- und Forschungsland zu sichern. Als Maßnahmen fordern wir eine Frühförderung, eine bessere Ausbildung für Lehrende, einen BildungstÜV, die Förderung Leistungsschwacher und die Forderung Leistungsstarker.

(Vereinzelt Beifall)

Hierdurch soll eine gerechte Verteilung von Lebenschancen national und international sichergestellt werden.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Es gibt jetzt eine gewisse Bewegung auf der Strecke zum Präsidium. Es wäre allerdings schön, wenn die Wortmeldungen zu den Berichten schon während der Berichte erfolgten. Dann könnten wir schon vorsortieren, in welcher Reihenfolge das Wort erteilt wird. - Bleiben Sie gleich hier, Herr Bächle, dann können Sie das Wort ergreifen. Ich sehe angesichts der überschaubaren Zahl von Wortmeldungen die Chance, dass wir wieder in unseren Zeitplan zurückkehren.

Micha Bächle: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Globalisierung betrifft uns in allen Lebensbereichen, sei es, dass man zu McDonald's geht oder ein Handy oder Kleidung kauft. Gerade wir als Industrienation haben eine besondere Verantwortung gegenüber den Dritte-Welt-Staaten. Deswegen fordere ich, dass wir unsere Zölle und Subventionen abbauen, denn durch unsere Subventionen verzerren wir den Weltmarkt.

(Vereinzelt Beifall)

Im Bereich der Landwirtschaft subventionieren die OECD-Staaten jährlich 249 Milliarden Euro, davon allein die EU 106 Milliarden Euro. Das kann es doch nicht sein. Müssen wir Tabak unbedingt selbst anbauen? Durch diese Zölle und Subventionen vernichten wir die Lebensgrundlagen in anderen Ländern, weil wir unsere Produkte zu Dumpingpreisen anbieten. Nehmen wir zum Beispiel den Zucker, den wir anbauen. Nur durch unsere hohen Subventionen können wir ihn zu einem geringeren Preis anbieten, als seine Herstellung woanders vor Ort kostet.

Vorreiter im Subventionsabbau sind Australien und Neuseeland. Schon in den 80er-Jahren bauten sie Subventionen ab, ohne dass sie heute schlecht dastünden.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Es gibt noch eine weitere Wortmeldung, und zwar von Andreas Kreppel. Ich bitte noch einmal darum, Wortmeldungen nicht erst unmittelbar vor dem Abläuten von Redebeiträgen abzugeben, sondern möglichst schon vorher. Andernfalls entstehen uns unnötige Komplikationen.

Andreas Kreppel: Ich finde, wir sollten zwischen den verschiedenen Subventionen stark unterscheiden. Steinkohle- oder Braunkohlesubventionen zum Beispiel sind nicht mehr zeitgemäß. Wer heute auf Kohle und Stahl setzt, hält morgen Staub und Rost in den Händen.

(Vereinzelt Beifall - Vereinzelt Heiterkeit)

Mit der Landwirtschaft - das kann ich als Bayer sagen - hängt mehr zusammen als Brötchen oder Milch aus Bayern. Damit hängt der Tourismus ebenso zusammen wie der Umweltschutz. Die Landwirte pflegen nicht nur die Wege, sondern sie ziehen auch Touristen an. Wie Sie wissen, ist der Tourismus ein enormer Wirtschaftsfaktor. Darum bitte ich, getrennt abzustimmen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Die letzte Wortmeldung zu diesem Themenbereich kommt von Martin Skrzypszak aus Sachsen-Anhalt.

Martin Skrzypczak: Ich höre die ganze Zeit den Begriff Subventionsabbau. Wir müssen uns aber auch einmal überlegen, in welchem Maße wir Subventionen überhaupt abbauen können. Ich komme auf eine Subvention zu sprechen, deren Kürzung und Abbau derzeit diskutiert wird, und zwar die Eigenheimzulage. Diese Subvention wird in den alten Bundesländern nicht gebraucht. In den neuen Bundesländern ist es aber so, dass ein Drittel aller Baufinanzierungen überhaupt erst durch diese Subvention möglich wird. Sicherlich sparen wir durch ihren Abbau zunächst einmal. Aber wenn nicht mehr gebaut wird, gehen noch mehr Baufirmen Pleite. Gewähren wir dagegen die Subvention, fließt das Zwei-, Drei- oder sogar Vierfache ihres Umfanges in den Wirtschaftskreislauf. Deshalb sollten wir den Abbau noch einmal überdenken.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Ich schließe die Aussprache zu diesem Bericht.

Änderungsanträge zu dem vorgelegten Text liegen uns nicht vor, sodass wir über die Beschlussempfehlung des Arbeitskreises im Ganzen abstimmen können. Wer dem Text des Arbeitskreises „Globalisierung - Ist der Wohlfahrtsstaat ein Standortnachteil?“ in der verteilten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Text bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen mit Mehrheit so gebilligt.

(Beifall)

Ich rufe nun den Arbeitskreis 5 auf:

Was kommt nach PISA? - Empfehlungen für die Bildungspolitik

Die Berichterstatterin ist Giessu Karimpour aus Hamburg.

Giessu Karimpour: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrtes Plenum! Ich stelle euch jetzt vor, was wir im Arbeitskreis 5 „Was kommt nach PISA? - Empfehlungen für die Bildungspolitik“ erarbeitet haben. Allgemein hat sich unser Arbeitskreis für ein vom Bund vorgegebenes Grundraster ausgesprochen, nach dem alle Schüler in Deutschland in den Kernfächern die gleiche Ausbildung erhalten

sollen. Gleichermaßen soll im Lehrplan aber Platz für regionale Aspekte geschaffen werden. Davon sind wir ausgegangen und nachdem wir diese Grundrichtung gemeinsam beschlossen hatten, haben wir fünf Unterarbeitskreise gebildet.

Der erste Unterarbeitskreis befasste sich mit der Weiterbildung von Lehrern, ihrer Ausbildung und Eignung. Dieser Unterarbeitskreis fordert, dass Lehrkräfte nur nach fachlichen Qualifikationen eingestellt bzw. eingesetzt werden sollen. Den Lehrkräften solle während ihrer studentischen Ausbildung mehr Praxis vermittelt werden. Daneben solle der pädagogischen, psychologischen und didaktischen Ausbildung im Lehramtsstudium ein größeres Gewicht zukommen. Ferner erwartet der Unterarbeitskreis, dass Weiterbildungen mit Abschlusstests, gerade im fachspezifischen und medialen Bereich, zur Pflicht werden.

(Vereinzelt Beifall)

Außerdem sollten Lehrkräfte nicht mehr im Beamtenverhältnis eingestellt werden.

(Teilweise Beifall)

Der zweite Unterarbeitskreis befasste sich mit der Schulstruktur, den Schulformen und der Schulorganisation. Dieser Unterarbeitskreis spricht sich eindeutig für eine Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems aus.

(Teilweise Beifall)

Der dritte Unterarbeitskreis beschäftigte sich mit der frühkindlichen Förderung, mit Kindergärten, der Einschulung und der Grundschule. Dieser Unterarbeitskreis will jedes Kind im Alter von drei Jahren einer Prüfung seiner sprachlichen, motorischen und gegebenenfalls auch seiner sozialen Kompetenzen unterziehen. Im Abstand von einem Jahr solle eine Überprüfung der Ergebnisse stattfinden. Seien bei dieser Einstufung Defizite festgestellt worden, solle das betroffene Kind zweimal wöchentlich in einer geeigneten Gruppe spielerisch gefördert werden. Die Eltern sollten gemäß der Einstufung eine Förderempfehlung für ihr Kind erhalten, damit sie es auch im privaten Bereich fördern könnten. Der Unterarbeitskreis befürwortet eine Einschulung der Kinder im Alter von fünf Jahren, allerdings solle im ersten Schuljahr noch kein Lehrplan verfolgt und keine Benotung vorgenommen werden, sondern nur spielerisch auf den Schulalltag

und dessen Anforderungen vorbereitet werden.

Der vierte Unterarbeitskreis befasste sich mit der sozialen Integration ausländischer Schüler und ihrer Eltern. Dieser Unterarbeitskreis fordert, dass alle Lernmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden, dass Lernmittelfreiheit uneingeschränkt gewährleistet wird.

(Vereinzelt Beifall)

Der fünfte Unterarbeitskreis setzte sich mit der Schulqualität, den Lehrmethoden und den Bildungsstandards auseinander. Dieser Unterarbeitskreis fordert, dass eine Kommission aus Fachleuten der Kultusministerkonferenz der Länder Bildungsstandards festlegt und diese jährlich im Detail überprüft. Bei der Umsetzung solle auf fachübergreifenden Unterricht Wert gelegt werden. Schulen sollten jährlichen Evaluierungstests unterzogen werden. Fielen solche Tests für eine Schule schlecht aus, dann sollten unabhängige Evaluierungsgruppen geeignete Maßnahmen zur Verbesserung erarbeiten und durchsetzen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Denken Sie bitte an die Redezeit.

Giessu Karimpour: Ein geplanter sechster Unterarbeitskreis zum Thema Finanzierung von Schulen und effektiver Einsatz vorhandener Mittel wurde leider nicht besetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Herzlichen Dank für den Bericht.

Mir liegen inzwischen etwa 15 Wortmeldungen vor. Ich mache deswegen zwei Verfahrensvorschläge, nämlich erstens, dass wir die Rednerliste schließen, und zweitens, dass wir die Redezeit auf höchstens eine Minute begrenzen, damit wir einigermaßen in unserem Zeitkontingent bleiben, zumal es wieder eine Reihe von Änderungsanträgen gibt, die bei den entsprechenden Redebeiträgen sicher im Einzelnen erläutert werden. Im Übrigen gibt es mehrere Geschäftsordnungsanträge, über die wieder absatzweise abzustimmen ist.

Zunächst liegt mir eine Nachfrage von Herrn Maximilian Ditmer vor. Bitte schön.

Maximilian Ditmer: Im Großen und Ganzen finde ich, dass der Arbeitskreis 5 eine

ganz interessante Arbeitsgruppe ist. Bezüglich der Themen, mit denen er sich befasst hat, sind wir alle mehr oder weniger Spezialisten. Ich habe eine konkrete Frage zur Förderung: Wie wird garantiert, dass die Einstufung der Kinder in ihrem dritten Lebensjahr nicht in der Realität zu einer Vorselektion der Kinder führt?

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Möchte die Berichterstatterin dazu etwas sagen?

Giessu Karimpour: Ich bin nicht die Sprecherin des entsprechenden Unterarbeitskreises, weswegen ich mich nicht detailliert mit der Frage der Förderung befasst habe. Unser Arbeitskreis hält den Begriff der Selektion jedoch nicht für gerechtfertigt, weil die Kinder schon ab ihrem dritten Lebensjahr gegebenenfalls sprachlich gefördert werden. Wird eine solche Sprachförderung nicht durchgeführt, entstehen den Kindern in der Vorschule und erst recht in der Grundschule aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse oder mangelnder anderer Kenntnisse große Probleme. Deswegen ist es viel besser, mit der Sprachförderung möglichst früh zu beginnen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Ich rufe jetzt als ersten Redner Holger Lachmann aus Nordrhein-Westfalen auf. Ich werde immer auch gleich den nächsten Redner ankündigen, damit er sich schon an eines der Saalmikrofone begeben kann. Das beschleunigt den Ablauf. Der nächste Redner ist dann Tobias Ody aus Rheinland-Pfalz.

Holger Lachmann: Herr Präsident! Liebe Anwesende! Ich möchte aufgrund der kurzen Redezeit nur auf die Frage der Schulstruktur eingehen. Angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie halte ich die Entscheidung, am dreigliedrigen Schulsystem festzuhalten, für nicht tragbar.

(Vereinzelt Beifall)

Diejenigen Länder haben bei PISA die besten Ergebnisse erzielt, die flächendeckend eine Ganztags Gesamtschule eingeführt haben,

(Vereinzelt Beifall - Vereinzelt Widerspruch)

beispielsweise Finnland. Deutschland ist das einzige Land, in dem geglaubt wird, dass

man bereits nach vier Schuljahren eine endgültige Entscheidung darüber treffen könne, in welche weiterführende Schulart ein Kind einzusortieren sei.

(Vereinzelt Beifall)

In meinen Augen gibt es nur einen Schluss: Wir müssen endlich flächendeckend Ganztagsgesamtschulen einführen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte euch, das zu unterstützen.
Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Nächster Redner ist Tobias Ody. Dann folgt Jonas Pendzialek.

Tobias Ody: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Projektes! Ihr habt in eurem Papier davon gesprochen, dass Lehrer nicht mehr im Beamtenverhältnis beschäftigt werden sollten. Aber wir wollen doch die besten Lehrer und die beste Ausbildung für unsere Schüler. Dann müssen wir doch verdammt noch mal auch entsprechende Anreize für die Lehrer schaffen. Bei uns in Rheinland-Pfalz war es so, dass Lehrer nicht mehr verbeamtet wurden. Die Folge war, dass uns Hessen die ganzen guten Lehrer abgeworben hat. Jetzt haben wir bei uns in Rheinland-Pfalz Mittelmaß. Das kann doch nicht das Ziel sein!

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen auch kein vom Bund vorgegebenes Muster, wir brauchen Konkurrenz unter den Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall)

Was ihr da macht, ist die Abschaffung des Föderalismus zugunsten eines Zentralstaates.

Wovon wir auch wegmüssen, ist das Kästchendenken in der Form: In die Hauptschule müssen die Deppen, die Realschule ist okay, aber alle Eltern wollen ihre Kinder aufs Gymnasium schicken. - Auf das Gymnasium darf nur die Elite, dürfen nur die Besten gehen. Das heißt nicht, dass die anderen Schulen nicht auch eine gute Wahl darstellen könnten. Jeder muss anerkannt werden, auch wenn er auf eine Hauptschule oder sonstwo hingeht.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Jonas Pendzialek ist der nächste Redner. Ihm folgt dann Alexander Slotty aus Hessen.

Jonas Pendzialek: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei diesem Antrag bin ich sehr zwiegespalten. Er enthält wichtige Punkte, die ich gut finde, zum Beispiel die Frühförderung von Kindern oder die Lehrmittelfreiheit. Denn welche Leistungen die Schüler erbringen, sollte nicht vom Gehalt der Eltern abhängen, nicht davon, ob sie sich die teuersten Bücher leisten können.

(Vereinzelt Beifall)

Andererseits fehlen ganz wichtige Punkte, wie zum Beispiel der Systemwechsel hin zu Gesamtschulen. PISA hat gezeigt, dass die Gesamtschule Schüler am besten integriert und ihnen die besten Förderungsmöglichkeiten bietet. Das gewährleistet nun einmal nicht das dreigliedrige Schulsystem. Die Schule sollte sich den Schülern anpassen und nicht die Schüler den Schulen. Ich finde nicht, dass ein Schüler in ein Schema dreier Kategorien - Hauptschule, Realschule und Gymnasium - gezwängt werden darf. Die Schule muss sich den Schülern anpassen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jonas Pendzialek: Zu meinem Vorredner muss ich im Übrigen sagen: Leider ist es nun einmal so, dass die Hauptschule für die Idioten ist und alle aufs Gymnasium gehen wollen, weil man heutzutage einen Gymnasialabschluss braucht.

Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Jetzt spricht Alexander Slotty, danach Raphael Rauch aus Baden-Württemberg.

Alexander Slotty: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme nur ganz kurz zu einzelnen Punkten Stellung. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass der Beamtenstatus für Lehrer abgeschafft wird.

(Vereinzelt Beifall)

Die USA haben da ein sehr gutes Modell: Die Lehrer haben dort ganz normale Arbeitsver-

träge und wenn sie das, was zu leisten ist, nicht leisten, dann fliegen sie raus.

(Vereinzelt Beifall)

Manche Lehrer neigen dazu, grundsätzlich den Schülern die Schuld zu geben, wenn eine Klassenarbeit schlecht ausfällt. Es könnte aber auch daran liegen, dass es der Lehrer ganz einfach nicht draufhat.

PISA hat gezeigt, dass das dreigliedrige Schulsystem ein ganz falsches Modell ist.

(Vereinzelt Beifall)

Dieses System wird sehr gern von der CDU vertreten. Die Grünen leben vielleicht noch immer in den 70er-Jahren; aber dieses Denken der CDU zeigt, dass sie im Jahre 1801 lebt.

(Vereinzelt Beifall)

Privatschulen oder Eliteschulen dienen bestimmt nicht der Sozialisation oder der Integration, sondern sie werden von den Konservativen eigentlich nur aus Gründen der Klassenbildung propagiert.

(Widerspruch)

Es geht um Klassenbildung.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Nun ist die Redezeit erschöpft. Ich bedanke mich.

(Teilweise Beifall)

Jetzt spricht Raphael Rauch. Der nächste Redner ist Felix Krebber aus Nordrhein-Westfalen.

Raphael Rauch: Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich bin der Meinung, dass Kinder ein Recht auf freie Entfaltung haben und nicht schon im frühen Alter von drei oder vier Jahren Prüfungen und damit auch Leistungsdruck ausgesetzt sein sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesem Grund schlage ich vor, über den Unterpunkt 3 gesondert abzustimmen, und fordere euch dazu auf, ihn abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Eigentlich wollte ich dazu nichts sagen, aber jetzt doch ein kleines Wort zum Beamtenstatus: Wenn man nach Schleswig-Holstein schaut, sieht man, dass Beamte billiger sind als Angestellte. Heide Simonis hat es nicht geschafft, angestellte Lehrer zu

finanzieren. Ich nehme an, du bist in der SPD. Das Lehrer-Heuern-und-Feuern müsstest du ja überall durchsetzen. So einfach ist das aber nicht; denn wenn jemand 20 Jahre lang angestellter Lehrer war, bekommst du den auch nicht ohne eine hohe Abfindung raus. Deshalb glaube ich, dass eine Abkehr vom Beamtenstatus nicht finanzierbar ist und wir das alte System beibehalten müssen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Nun spricht Felix Krebber aus NRW, danach Valérie Peters aus Baden-Württemberg.

Felix Krebber: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was wir an deutschen Schulen brauchen, ist mehr Disziplin und Ordnung.

(Teilweise Beifall)

Es kann einfach nicht sein, dass sich Lehrerinnen und Lehrer bespuken lassen müssen,

(Vereinzelt Beifall)

dass Lehrerinnen und Lehrer beschimpft werden, zum Teil auf übelste Art und Weise.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen, dass in unser Bildungssystem viele Millionen gepumpt werden. Deshalb fordere ich, dass Schulschwänzern endlich das Handwerk gelegt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann nicht sein, dass wir Millionen für Bildung ausgeben, einige aber meinen, sich einen lauen Lenz im Café machen zu können.

(Zwischenruf: Wie willst du dagegen vorgehen?)

Daher wünsche ich als Ergänzung zum Punkt 5 die Forderung nach Disziplin und Ordnung an deutschen Schulen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall - Zuruf: Wie denn?)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Es folgt Valérie Peters aus Baden-Württemberg, danach Igor Gilitschenski, auch aus Baden-Württemberg.

Valérie Peters: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da dieses Papier sehr viele sinnvolle Aspekte enthält und ich möchte, dass auch wir dem zustimmen können, schlage ich zwei Streichungen vor, und zwar zum einen die des ersten Unterpunktes in Abs. 1. Die Formulierung, dass Lehrkräfte nur nach ihrer fachlichen Qualifikation eingestellt werden sollten, halte ich für extrem missverständlich und auch widersprüchlich, wenn man die darauf folgenden Unterpunkte betrachtet. Es geht doch gerade um Engagement, pädagogische Fähigkeiten und kontinuierliche Leistungen während der Lehrtätigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Zum anderen muss ich zum letzten Unterpunkt dieses Absatzes, dass Lehrkräfte nicht mehr im Beamtenverhältnis eingestellt werden sollten, sagen: Ich glaube, dass es viele Missstände gibt, dass sich diese aber nicht durch eine Abschaffung des Beamtenstatus von Lehrern beseitigen lassen. Das Gleiche gilt für die Hochschulen. Wir brauchen mehr Kontrolle und mehr Leistungsbeurteilung bei den Lehrern. Das lässt sich aber nicht mit einer Abschaffung des Beamtenstatus erreichen.

(Zwischenruf: Genau so geht es!)

Ich schlage vor, den einleitenden Absatz nicht zu streichen; denn ich finde, dass dem Bund mehr Kompetenzen zukommen sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Die Konkurrenz zwischen den Schulen der Bundesländer kann so nicht stattfinden. Das Angebot an Schulen lässt sich nicht als Markt begreifen; denn ein Grundschüler aus Niedersachsen kann schließlich nicht einfach auf eine „Konkurrenzschnule“ in Baden-Württemberg gehen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Zum formalen Teil muss ich darauf hinweisen, dass wir konkrete Änderungsanträge nur dann berücksichtigen können, wenn sie schriftlich vorliegen. Wenn uns jetzt jeder noch einen Änderungsantrag zuruft, lässt das ein geordnetes Abstimmungsverfahren nur schwer zu. Zum Teil sind die gewünschten Änderungen allerdings bereits in schriftlich vorliegenden Änderungsanträgen - zumin-

dest sinngemäß - berücksichtigt, sodass ich in der Sache kein unüberwindliches Problem sehe. Es liegen bereits zahlreiche Änderungsanträge vor, über die wir nachher einzeln abstimmen werden. Gegebenenfalls müssen Sie bei einem bestimmten Absatz sagen, dass ein Anliegen nicht zum Ausdruck kommt, und gegen die vorgesehene Formulierung stimmen.

Der nächste Redner ist Igor Gilitschenski. Danach folgt Fabian Tschirnitz aus Mecklenburg-Vorpommern.

Igor Gilitschenski: Bevor hier die Todesstrafe für Schulschwänzer eingeführt wird,

(Teilweise Beifall - Teilweise Lachen)

möchte ich sagen: Die Schule sollte ein Ort sein, an den man gerne geht. Ich glaube, das ist mit einem dreigliedrigen Schulsystem nicht möglich. Deswegen bitte ich euch, Abs. 2 zu streichen.

(Teilweise Beifall)

Ihr wisst es sicher aus eurer Laufbahn ganz genau: Es gibt in jeder Klasse Leute, die in einem Fach gut und in einem anderen Fach schlecht sind. Das gibt es am Gymnasium, an der Realschule und an der Hauptschule. Ein dreigliedriges Schulsystem ist nicht geeignet, die Probleme in der Gesellschaft und im Bildungssystem zu lösen.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Das Wort hat Fabian Tschirnitz. Danach folgt Sven Rieper aus Schleswig-Holstein.

Fabian Tschirnitz: Ich stehe dem Antrag mit gemischten Gefühlen gegenüber. Den Einleitungssatz unterstütze ich voll und ganz. Nachdem ich in den letzten drei Tagen Jugendliche und Schüler aus der ganzen Republik kennen gelernt habe, halte ich die Unterschiede im Schulsystem für unvermeidbar. Das kann so nicht beibehalten werden.

(Vereinzelt Beifall)

Des Weiteren setze ich mich für Punkt 4 - soziale Integration - ein. Ich finde absolut notwendig, „dass Lernmittelfreiheit uneingeschränkt gewährt werden soll“.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weite das aus und fordere, dass Jugendliche und Schüler aus sozial schwachen Familien gesonderte finanzielle Unterstützung erhalten, um ihnen gerechte Bildungschancen zu verschaffen. PISA hat bewiesen, dass Kinder aus sozial schwachen Familien

(Zuruf: Aus SPD-Ländern!)

im Endeffekt in der Bildung keine Chance haben.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Die nächste Wortmeldung kommt von Sven Rieper. Danach folgt Mirco Bertucci aus dem Saarland.

Sven Rieper: Auch ich finde die Forderung nach der Aufhebung des Beamtenstatus für Lehrer ziemlich schwachsinnig. Es geht nicht darum, dass die Beamten schlecht sind oder dass sie generell nichts tun. Es geht vielmehr darum, dass offenbar in diesem Fall eine Schiefelage besteht. Das liegt aber nicht am Beamtentum, sondern daran, wie das Beamtentum organisiert ist. Wenn man das Beamtentum reformierte, täte man nicht nur für die Schule etwas, sondern auch für die gesamte Verwaltung. Ich glaube, das ist notwendig.

Zum Gegner der Todesstrafe für Schulschwänzer: Natürlich ist das dreigliedrige Schulsystem überholt.

(Vereinzelt Lachen)

Aber Schulschwänzen ist keine Alternative. Die Todesstrafe zu fordern ist vielleicht leicht überzogen. Aber es muss Konsequenzen haben.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Vielleicht kann man einvernehmlich festhalten, dass Schulschwänzen jedenfalls kein eigener Bildungsgang ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Die nächste Wortmeldung kommt von Mirco Bertucci aus dem Saarland. Danach folgt Harry Müller aus Nordrhein-Westfalen.

Mirco Bertucci: Auch ich sehe im Gesamtschulsystem nur Vorteile: Das Schülerbild ist gemischter, das soziale Zusammenleben wird besser trainiert als an anderen

Schulen und der Leistungszwang ist nicht so stark.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Das Wort hat Harry Müller, NRW. Danach spricht Maria Deingruber aus Bayern.

Harry Marius Müller: An Idealismus fehlt es dieser Debatte weiß Gott nicht; aber es fehlt an einem ganz zentralen Punkt: der Finanzierbarkeit. Nicht umsonst steht in Abs. 6, dass es „kein Ergebnis“ gab, als es darum ging, für die hervorragenden Vorschläge Geldquellen aufzutun.

(Zuruf: Das ist gestrichen worden!)

Was hilft es, wenn der Staat die Lernmittelfreiheit gewährleistet und den Schülern ihre Bücher bezahlt, wenn dafür Schulden gemacht werden und diese Kosten den Schülern in 30 Jahren wieder auf die Füße fallen, und zwar mit Zinsen und Zinseszinsen?

(Teilweise Beifall)

Die Beteiligung der Eltern am schulischen Werdegang ihrer Kinder auch in finanzieller Hinsicht - durch die Beteiligung an den Kosten der Bücher - hat sich über Jahre als praktikabel erwiesen. Ich kenne kein Beispiel, in dem ein Schüler die Schule verlassen musste, weil seine Eltern nicht die nötigen 10 oder 15 Euro für das Buch oder das Kopiergeld hatten.

(Teilweise Beifall)

Deshalb fordere ich dazu auf, diesen Antrag abzulehnen. Er ist nicht finanzierbar und würde den Schülern später auf die Füße fallen.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Das Wort hat Maria Deingruber aus Bayern. Danach folgt eine Wortmeldung von Markus Maus zur Geschäftsordnung; dann sind wir schon im Abstimmungsverfahren.

Maria Deingruber: Hallo Plenum!

(Vereinzelt Lachen)

Ich habe den Änderungsantrag gestellt, die Punkte 2 und 3 zu streichen. Ich finde es absolut sinnlos, dass die Kinder schon selek-

tiert werden, bevor sie überhaupt richtig sprechen und laufen können.

(Teilweise Beifall)

Es soll keine Elitenbildung und Selektion geben. Vielmehr sollen die Kinder gefördert werden, und zwar alle gleichermaßen.

(Teilweise Beifall)

Die Frühförderung soll meiner Meinung nach vor allem in den Familien stattfinden. Das Bewusstsein dafür muss gestärkt werden. Man kann aber nicht dem Vater wie nach einer Musterung zu sagen: Dein Kind ist ein Dreier; darum wird es nicht ins Gymnasium aufgenommen.

Es ist vollkommen unmöglich, Kinder schon in diesem Alter einzustufen. Deswegen ist auch das dreigliedrige Schulsystem vollkommen deplatziert. Kinder brauchen keineswegs Disziplin und Ordnung, sondern das Bewusstsein, dass sie für sich selbst lernen.

Danke.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Zur Geschäftsordnung Markus Maus, Baden-Württemberg.

Markus Maus: Ich beantrage hiermit die punktweise Abstimmung des Antrages des Arbeitskreises 5 „Was kommt nach PISA? - Empfehlungen für die Bildungspolitik“.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Dieser Wunsch ist auch mehrfach schriftlich vorgelegt worden.

Bevor wir uns mit den einzelnen Änderungsanträgen befassen, stimmen wir über den Antrag ab, über die einzelnen Abschnitte des Papiers gesondert abzustimmen. Wer diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Niemand. Enthält sich jemand? - Jawohl. Das hilft aber nichts. Es ist so beschlossen.

(Heiterkeit)

Wir beginnen mit dem Satz vor Ziffer 1 über ein Grundraster des Bundes. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. Wer dieser Formulierung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? -

Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit. Dann bleibt dieser Satz.

Wir kommen zu Ziffer 1: „Lehrerweiterbildung, -ausbildung und -eignung“. Schriftliche Änderungsanträge dazu liegen nicht vor. Sie hatten vorhin angeregt, den ersten Spiegelstrich - dass „Lehrkräfte nur nach ihrer fachlichen Qualifikation eingestellt bzw. eingesetzt werden sollen“ - zu streichen. In Abweichung von der Vereinbarung lasse ich darüber ohne schriftlichen Antrag abstimmen. Wer dem Streichungsvorschlag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist offenkundig die Mehrheit. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 2 auf: „Schulstruktur, -formen und -organisation“. Hierzu gibt es jede Menge Änderungsanträge.

Die am weitesten gehenden Änderungsanträge schlagen vor, diesen Absatz schlicht und ergreifend zu streichen. Wer diesen Anträgen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Zweite ist die Mehrheit.

(Teilweise Beifall)

Dann ist die ersatzlose Streichung abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag auf, die vorgesehene Formulierung, „dass das dreigliedrige Schulsystem beibehalten werden soll“, durch die Formulierung „die integrative Ganztags Gesamtschule als Regelschule einzuführen“ zu ersetzen.

(Teilweise Beifall - Teilweise Lachen)

Es ist wie im richtigen Leben: Es gibt fast keine Auffassung, die nicht vertreten wird. Da diese Änderung förmlich beantragt wurde, wird darüber abgestimmt. Wer diesem Änderungsantrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das reicht erkennbar nicht. Dieser Antrag ist abgelehnt.

(Teilweise Beifall)

Es gibt noch einen Formulierungsvorschlag zu Ziffer 2:

Es ist nicht möglich, Kinder nach vier/sechs Jahren Schulzeit zu beurteilen. Eine Einteilung in drei Schulzüge bestimmt den weiteren Lebenslauf der Kinder entscheidend und trägt nicht zu sozialer Chancengleichheit bei.

Wer diese Sätze an dieser Stelle einfügen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer

ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Zweite war die Mehrheit.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen dann zu Ziffer 3: „Frühkindliche Förderung, Kindergärten, Einschulung, Grundschule“. Auch hier gibt es einen Änderungsantrag, den Punkt ersatzlos zu streichen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer ist dagegen? - Das sind ein paar mehr - bei offensichtlichem Desinteresse eines beachtlichen Teils des Auditoriums. Wer enthält sich der Stimme? - Auch ein paar. Dem Antrag ist nicht stattgegeben.

Wir haben einen weiteren, nahezu textgleichen Antrag zum Ganztagschulsystem. Darüber müssen wir aber nicht ein zweites Mal abstimmen. Ich glaube, da können wir Einvernehmen feststellen. Ich vermute, dass diejenigen, die beim ersten Mal dagegen waren, es auch beim zweiten Mal sein werden.

Zu Ziffer 3 liegen keine weiteren Änderungsanträge vor.

Dann kommen wir zu Ziffer 4: „Soziale Integration, ausländische Schüler, Elternförderung“. Hierzu gibt es keine Änderungsanträge.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 5: „Schulqualität, Lehrmethoden, Bildungsstandards“. Dazu gibt es zwei Änderungsanträge.

Es wird vorgeschlagen, im ersten Spiegelstrich die Formulierung, dass die Bildungsstandards „jährlich“ überarbeitet werden sollen, so zu ändern, dass es „in regelmäßigen Abständen“ heißt. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Es gibt außerdem den Antrag, in Ziffer 5 zusätzlich die Forderung aufzunehmen, dass „Benehmen und Disziplin in deutschen Schulen gefördert wird“.

(Vereinzelt Beifall - Vereinzelt Lachen)

Wir müssen gucken, ob sich die Voten in etwa auf der Höhe des Beifalls halten. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen?

(Zurufe: Hammelsprung!)

Ich kann das Vergnügen nachempfinden; aber diesmal ist relativ gut erkennbar, dass das Zweite eine knappe Mehrheit war.

(Teilweise Beifall)

Nun gibt es noch einen letzten Änderungsantrag, nämlich einen zusätzlichen Punkt aufzunehmen, also das Papier um einen Satz zu ergänzen:

Der Erziehungsauftrag soll in den Vordergrund rücken; aber hierbei sollte es nicht um Disziplin und Ordnung gehen, sondern vielmehr um Vermittlung demokratischer Werte wie Gleichstellung.

(Teilweise Beifall)

Bitte schön.

Kai Whittaker: Ich weiß nicht, ob es ein Abstimmungs- oder Verfahrensfehler ist. Aber wir haben über Punkt 4 nicht gesondert abgestimmt.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Das ist mir wohl aufgefallen. Wo es keine Änderungsanträge gibt - -

Kai Whittaker: Wir hatten aber vorhin den Geschäftsordnungsantrag beschlossen, dass wir punktweise abstimmen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Das ist wahr. Ich hatte angenommen, dass wir das in der Schlussabstimmung tun. Aber ich bin damit gerne einverstanden. Können wir im Moment bei diesem Punkt bleiben, den ich gerade aufgerufen habe? Dann hole ich Ziffer 4 gesondert nach.

Es geht also jetzt um den Vorschlag, das Papier um einen weiteren Punkt zu ergänzen:

Der Erziehungsauftrag soll in den Vordergrund rücken; aber hierbei sollte es nicht um Disziplin und Ordnung gehen, sondern vielmehr um Vermittlung demokratischer Werte wie Gleichstellung.

Wer einer solchen Ergänzung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Zweite war die Mehrheit, bei zahlreichen Enthaltungen. Dem Antrag ist nicht stattgegeben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich lasse jetzt über Ziffer 4 - „Soziale Integration, ausländische Schüler, Elternförderung“ - abstimmen. Wer der vorgesehenen Formulierung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Bitte

noch einmal. Wer der Ziffer 4, wie sie vorliegt, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das Zweite scheint mir doch - -

(Zurufe: Nein!)

Wird das angezweifelt?

(Zurufe: Hammelsprung!)

Ich habe über 20 Jahre da unten gesessen und sitze erst in jüngerer Zeit hier oben. Sie dürfen mir eines glauben: Der Eindruck in Bezug auf Mehrheitsverhältnisse unterscheidet sich erheblich je nach Perspektive von da unten und hier oben. Der Verdacht, große Manipulateure vor dem Herrn zu sein, unter den amtierende Präsidenten immer geraten, stimmt mit der Wirklichkeit des deutschen Parlamentarismus glücklicherweise nicht überein. - Ich entnehme dem strahlenden Lächeln der Kollegin Fischbach, dass sie das für eine zutreffende Bemerkung aus dem Alltag des Deutschen Bundestages hält, wofür ich mich sehr bedanke.

(Teilweise Beifall)

Jetzt versuchen wir noch einmal, eine Mehrheit festzustellen. Wer stimmt der Formulierung des Arbeitskreises in Ziffer 4 zu? - Die Zahl der Befürworter wächst. Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit, sagt das Präsidium.

(Teilweise Beifall)

Da es zu Ziffer 6 kein Ergebnis gibt, müssen wir darüber wahrscheinlich auch nicht gesondert abstimmen.

Nun stelle ich den Antrag des Arbeitskreises 5 in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zur Gesamtabstimmung. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen war das Erste die Mehrheit. Damit ist dieses Papier so beschlossen.

Ich bedanke mich bei allen, die an dem Bericht und der Debatte aktiv beteiligt waren.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt rufe ich Arbeitskreis 6 auf:

Was ist uns die Kultur wert? - Finanzierung zwischen Niveauerhalt und Sparzwang

Berichterstatter sind Christine Autzen aus Nordrhein-Westfalen und Nikolaus Haufler aus Hamburg.

(Zurufe: Pause! - Ist jetzt nicht eigentlich Pause?)

Nach meinem Regiezettel ist sie für kurz vor 11 Uhr vorgesehen - mit dem Klammerhinweis: „falls der Zeitplan dies ermöglicht“. Wir sehen das nach der Abstimmung zu diesem Arbeitskreisbericht.

Bitte schön.

Christine Autzen: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Warum befassen wir uns in diesem Gebäude mit Kultur? Ist Kultur nicht eigentlich Ländersache? Was ist eigentlich Kultur? Wofür gibt der Bund 1 Milliarde Euro im Jahr aus? Und was ist niveauvolle Kunst? Hat Politik überhaupt darüber zu entscheiden?

Mit diesen Fragen hat Herr Nooke unseren Arbeitskreis eingeleitet. Es folgte eine hitzige Diskussion, die leider ein wenig unstrukturiert war.

Aber direkt am Anfang kamen wir zu dem Ergebnis, dass wir den Themenbereich Medien ausklammern können, obwohl auch Medien unserer Meinung nach zur Kultur gehören, genau wie Denkmalerhaltung und Kunst. Aber mit Medien beschäftigt sich schon ein anderer Arbeitskreis.

Es kamen viele Beispiele aus den Kommunen, aber auch viele eigene Fragen, zum Beispiel: Ist Kunst, die gefördert werden muss, wirklich erhaltenswert? Unserer Meinung nach ja. Denn Kunst ist ein wirtschaftlicher Standortfaktor und damit für die Städte interessant. Es liegt im eigenen Interesse, die Kunst zu fördern. Außerdem dient es auch der sozialen Gerechtigkeit; denn jeder soll Kunst sehen können. Jeder soll die Möglichkeit haben, für 5 bis 6 Euro ins Theater zu gehen; nicht nur Besserverdiener dürfen die Möglichkeit dazu haben.

(Beifall)

Die Frage ist natürlich: Wie sollte man die Kunst fördern? Sollte der Bund mehr Geld geben und so die Kommunen stärker unterstützen? Oder sollte man das Engagement von unten unterstützen, sollten die Bürger sich selber für ihre Kunst und ihre Kultur einsetzen? Die Frage blieb offen - ein zwiespältiges Thema. Wir haben einen Kompromiss gefunden, den Sie in Ihren Unterlagen

finden und den Sie gleich auch hören werden.

Wir haben festgestellt, dass wir in unserem Arbeitskreis leider nicht auf alle Details eingehen konnten. So haben wir zum Beispiel nicht klären können, ob die Unterstützung der deutschen Minderheiten im Ausland wirklich gerechtfertigt ist.

Bei der Frage „Nach Nutzen fördern?“ sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass Kultur nicht nur staatlich, sondern auch privat gefördert werden soll.

Im zweiten Teil haben wir doch etwas strukturierter - mit Karteikarten - gearbeitet. Wir haben die wichtigsten Punkte herausgearbeitet und sind zu dem Ergebnis gekommen, das vor Ihnen liegt und das mein Kollege Ihnen näher vorstellen wird.

(Beifall)

Nikolaus Haufler: Herr Präsident! Liebe Kollegen! Zwei klare Botschaften an die deutsche Kulturpolitik will unser Arbeitskreis von diesem Haus aus senden:

Erstens. Wir wollen die deutsche Kultur erhalten und stärken, und zwar in ihrer ganzen Vielfalt.

(Teilweise Beifall)

Wir sind nicht, wie manchmal abgestempelt, eine kulturell desinteressierte Spaßgeneration. Unser Kulturhorizont geht durchaus über MTV und Ähnliches hinaus.

(Vereinzelt Beifall)

Auf das vielfältige Kulturerbe in Deutschland, welches jahrhundertlang aufgebaut wurde, sind wir stolz. Dieses Erbe wollen wir erhalten, stärken und mehrten.

(Teilweise Beifall)

Zweitens. Wir wissen, dass der Politik dafür zwei Wege offen stehen: einerseits Gesetze, andererseits Geld. Wir wissen aber auch, dass das Geld überall knapp ist. Deswegen müssen wir es gerade im Kulturbereich besser und effizienter einsetzen.

Mit dem Geld kann man genau dann besser haushalten, wenn es nicht nach abstrakten Kriterien von oben herab vergeben wird, sondern wenn unten, in den Kommunen, darüber entschieden wird, wie Kultur gefördert werden soll. Deshalb muss der Bund sowohl Kompetenzen als auch die Finanzierung zu einem sehr großen Teil an die Kommunen abtreten.

Wir können über die vielen Menschen in Deutschland froh sein, die sich aus eigenem Antrieb ehrenamtlich um die verschiedensten Formen der Kulturförderung kümmern,

(Teilweise Beifall)

zum Beispiel indem sie Kulturförderung organisieren oder einfach nur sponsern. Wenn wir diese privaten Vereine und Institutionen in Zukunft deutlich stärker unterstützen, bekommen wir für einen relativ niedrigen Beitrag sehr viel zurück. Das Engagement und die Energie solcher Initiativen und Vereine sowie der von Unternehmen getragenen Stiftungen sind ein sehr wertvoller Beitrag zur Steigerung der Kulturqualität in unserem Land.

Danke sehr.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Vielen Dank.

Änderungsanträge liegen mir nicht vor. Es gibt aber eine Wortmeldung von Volker Abt aus Baden-Württemberg.

Volker Abt: Ich finde es großartig, dass die Kultur in Deutschland gefördert werden soll. Das wollen wir alle. Wir wollen unser kulturelles Erbe erhalten.

Ich sehe die Stichworte „fördern“, „verteilen“ und „Kultur finanzieren“, allerdings keinen einzigen Vorschlag zur Finanzierung. Sie sagen: Wir müssen irgendwoher das Geld bekommen und es an die Kommunen verteilen. - Aber Kultur muss auch finanzierbar sein. Kultur ist wichtig, aber die Finanzierung auch. Wenn Sie diesem Papier zustimmen wollen, machen Sie sich Gedanken, wie Sie das bezahlen wollen!

Außerdem ist Kultur Ländersache. Wir sollen Geld bereitstellen, das die Länder dann für ihre private Kultur ausgeben. Das halte ich für ein bisschen seltsam.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Herr Haufler.

Nikolaus Haufler: Die Behauptung, dass keine Finanzierungsmöglichkeiten angeboten werden, ist nicht ganz richtig. Es ist doch ganz klar: Die Forderung, Stiftungen und privatwirtschaftliche Organisationen zu unterstützen, ist gleichzeitig ein Beitrag zur Finanzierung. Denn diese Menschen wollen

nicht nur eine Theatergruppe betreiben, sondern stecken auch eigenes Geld in ihr Hobby. Wenn wir nur ein bisschen dazuschießen, dann zeigen wir ihnen, dass wir sie ernst nehmen. Dann werden sie auch weiterhin Geld in ihr Hobby investieren und damit der Gesamtgesellschaft etwas Gutes tun. Insofern sehe ich überhaupt kein Problem mit der Finanzierung.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Die letzte Wortmeldung kommt von Tobias Bauschke, Bayern. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Tobias Bauschke: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Entschuldigung für den Dialekt. Falls jemand ihn nicht versteht, soll er sich beschweren.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Wir haben ja Simultandolmetscher hier.

(Heiterkeit)

Tobias Bauschke: Wir haben in diesem Arbeitskreis mit zwei ausgezeichneten MdBs zusammenarbeiten können. Beide haben uns versichert, dass es im Bundeshaushalt für Kultur 1 Milliarde Euro gibt, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe. Es wurde beschlossen, diesen Haushalt dafür zu verwenden. Die Deutsche Welle wird zum Beispiel mit einem Drittel dieses Haushalts gefördert. Wir würden da Mittel kürzen und diese für die Stiftungen verwenden. Die genaue Finanzierung müsste man anhand genauer Zahlen besprechen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: Ich schließe die Aussprache.

Es gibt zu dem vorliegenden Text des Arbeitskreises einen Änderungsantrag. Hierbei geht es um folgenden Satz im letzten Absatz:

Um das Eigenengagement zu stärken, müssen Privatisierungen und Stiftungen von Seiten des Bundes gefördert werden.

Es wird gewünscht, das Wort „Stiftungen“ zu streichen. Zur Begründung heißt es, dass Stiftungen über ihren Stiftungshaushalt und

nicht aus Bundesmitteln finanziert würden. - Mir fällt dazu manches ein; das trage ich jetzt nicht vor.

Wir stimmen zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Wer ihm folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über die Beschlussempfehlung des Arbeitskreises in der vorgelegten Fassung ab. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Text bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte mich im Namen der überschaubaren Zahl der Kulturpolitiker in diesem Hause für die Unterstützung, die in dieser Resolution zum Ausdruck kommt, herzlich bedanken. Es ist ganz wichtig, dass von denjenigen, für die Kunst und Kultur stattfinden, immer wieder deutlich gemacht wird, dass man diesen Bereich, der nicht notwendigerweise für eine ganz zentrale politische Aufgabe gehalten wird, nicht für das berühmte Sahnehäubchen, sondern für eine wichtige öffentliche Aufgabe hält.

Da wir nun fast wieder im Zeitplan sind, machen wir jetzt die gewünschte zehnminütige Pause.

(Beifall)

Um 11.10 Uhr fahren wir mit den Beratungen fort, um für die übrigen Arbeitskreise etwa die gleiche Beratungszeit zur Verfügung zu haben. Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 10.59 bis
11.10 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer! Ich darf vielleicht - zumindest heute - auch sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Die Berichterstatter der Arbeitskreise 7 und 8 sind noch nicht anwesend. Deshalb rufe ich nun den Arbeitskreis 9 auf:

Die Familie - Auslaufmodell, Zukunftsmodell, neue Rollenverteilung?

Die Berichterstattung haben Catharina Nintzel und Katharina Meurer. Catharina Nintzel

ist aus Frankreich und Katharina Meurer aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Sie haben mir gesagt, dass sie sich die Berichterstattung teilen wollen. Damit sind Sie sicher einverstanden. - Ich bitte, mit der Berichterstattung zu beginnen.

Katharina Meurer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Jugendparlamentarier und Jugendparlamentarierinnen! Symptomatisch für den Stellenwert der Familie in unserer Gesellschaft war in unserem Arbeitskreis „Die Familie - Auslaufmodell, Zukunftsmodell, neue Rollenverteilung?“, dass zwei Drittel der Teilnehmer diesen Arbeitskreis nicht oder nur als dritte Priorität gewählt hatten. Wer jetzt allerdings denkt, dass es an Diskussionsbeteiligung mangelte, der irrt. Schon nach kurzer Zeit war klar, dass Familie alle betrifft und niemand darum herumkommt, sich mit der Thematik auseinander zu setzen. Wir haben viel diskutiert und Beschlüsse gefasst, die als Impulse angesehen werden sollen und die wir Ihnen hiermit vorstellen möchten, bevor wir darüber abstimmen.

Catharina Nintzel: Liebe Präsidentin! Liebes Plenum! Salut les Français! Die Familie ist nicht nur die kleinste soziale Einheit unserer Gesellschaft, sie ist und bleibt auch unverzichtbar. Daher muss Familie - das ist nach unserer Definition die Gemeinschaft von verheirateten und nicht verheirateten Eltern, allein erziehenden Müttern und Vätern sowie Adoptiv-, Stief- und Pflegeeltern mit ihren Kindern - das Zukunftsmodell sein. Finanzielle Aspekte dürfen auf keinen Fall ein Grund für die Entscheidung gegen Kinder sein.

Wir befürworten ein partnerschaftliches Miteinander von Müttern und Vätern, das vor allem den Vätern eine stärkere Einbindung in die Erziehung ihrer Kinder ermöglicht. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind besonders drei Bereiche zu unterstützen: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern sowie die finanzielle Förderung bzw. Entlastung der Familien. Wir fordern daher, -

Katharina Meurer: - dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch der Ausbau des Betreuungsangebotes, auch für Kinder unter drei Jahren, gefördert wird. Dies wird in Frankreich seit Jahren erfolg-

reich praktiziert. Doch in Deutschland gibt es darauf keinen rechtlichen Anspruch.

Weiterhin fordern wir den gezielten Ausbau des Nachmittagsangebots für Kinder von drei bis sechs Jahren. In der ehemaligen DDR, in der nicht alles so positiv war wie dieses - das muss man klar sagen -, war dies Normalität,

(Teilweise Beifall)

wodurch auch die Frauenerwerbsquote wesentlich höher war. Ebenso werden hierdurch soziale Kompetenzen der Kinder gefördert.

Auf das Konzept der offenen Ganztagschule möchte ich als letzten Punkt zu sprechen kommen. Wir haben uns nicht vorgestellt, dass die offene Ganztagschule eine Verlängerung der Halbtagsvariante, wie wir sie heute kennen, sein soll. Es soll vielmehr ein aktives Miteinander von Schule und örtlichen Vereinen geben, die im Übrigen alle ihr Leid über zurückgehende Mitgliederzahlen klagen.

Das bisher bestehende Vormittagsprogramm soll durch Arbeitsgemeinschaften von gemeinnützigen Vereinen und durch eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung ergänzt werden. Das fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bietet Chancen für die Vereine, in denen qualifizierte Betreuung an der Tagesordnung ist. Man sieht heute, dass viele Kinder nachmittags vor dem Fernseher oder dem Gameboy sitzen, weil es an Betreuung mangelt und Eltern oft zu beschäftigt oder überfordert sind.

Catharina Nintzel: Damit kommen wir zu einem Kritikpunkt. Es wurde kritisiert, dass heutzutage viele Eltern Kindergärten mit Nachmittagsangebot als Möglichkeit sehen, ihre Kinder einfach abzugeben, weil sie nicht wissen, was sie mit ihnen anfangen sollen, und weil sie nicht wissen, welche Pflichten und welche Verantwortung sie haben und wie sie mit ihren Kindern umgehen sollen.

Deshalb wollen wir die Elternkompetenz verbessern und fordern schon in der Schule eine frühzeitige Vorbereitung auf das Elternsein, zum Beispiel durch praktische Pädagogik als Unterrichtsfach. Andererseits muss verhindert werden, dass Eltern zu jung sind. Das wollen wir durch eine bessere Aufklärung über Verhütungsmethoden und den erleichterten Zugang zu Verhütungsmitteln erreichen. Außerdem soll während der Schwangerschaft die Teilnahme beider Elternteile an einem Kurs verpflichtend sein, an

dessen Ende man einen so genannten Elternführerschein bekommt. In diesem Kurs lernt man, wie man mit Kindern umgeht, wie man sie bessern fördern kann und wie eine gesunde Ernährung aussieht. Außerdem fordern wir, dass besonders Väter besser darüber informiert werden, wie sie die Elternzeit in Anspruch nehmen können.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Bitte achten Sie auf die Redezeit!

Catharina Nintzel: Als Letztes haben wir uns mit der finanziellen Seite des Themas beschäftigt und sind zu dem Entschluss gekommen, dass Familien mit Kindern unbedingt steuerlich entlastet werden müssen.

(Beifall)

Es kann nicht sein, dass Kinder ein Luxusgut sind, und es kann auch nicht sein, dass der Wunsch nach einem Kind am Geld scheitert.

Danke schön.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Vielen Dank den Berichterstatte(r)innen.

Wir kommen zur Aussprache. Als Erster hat sich Isho Can aus Nordrhein-Westfalen gemeldet.

Isho Can: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Jugendabgeordnete! Mir persönlich ist es ein großes Anliegen, zwei Punkte aus diesem Dossier hervorzuheben und sie Ihnen näher zu bringen, um die Wichtigkeit dieser Punkte deutlich zu machen.

Unter Nr. 1 des Entschließungsantrags wird der Ausbau der offenen Ganztagschulen unter Einbeziehung von örtlichen Vereinen, Verbänden etc. für den Nachmittag gefordert. Für uns ist es ganz wichtig, dass bei einer Gleichberechtigung von Mann und Frau und der gleichen Arbeitsleistung auch die Möglichkeit besteht, Kinder vernünftig zu betreuen und damit den Familien damit ein vernünftiges Leben zu ermöglichen.

(Beifall)

Ich halte es aber für fragwürdig, Kinder nachmittags einfach abzugeben und betreuen zu lassen, ohne dass sie etwas Sinnvolles tun. Ich halte es für vernünftig, die Arbeit örtlicher Sportvereine, Kulturvereine oder auch Kunstvereine mit der Arbeit der Schulen zu vernetzen, damit die Kinder die Möglich-

keit haben, ihren Hobbys nach der Schule nachzugehen und diese mit der Schule zu vereinbaren.

(Beifall)

Ich möchte noch die unter Nr. 3 genannte finanzielle Entlastung von Familien hervorheben. Die Durchschnittsfamilie in Deutschland hat ungefähr 1,3 Kinder. Wir werden im Jahr 2050 nicht mehr als 70 Millionen Menschen in Deutschland haben. Das wird für uns ein Riesenproblem werden. Familienförderung kann nur dann funktionieren, wenn Familien finanziell abgesichert sind. Es ist wichtig, dass wir Familien mit Kindern stärker entlasten, damit sie ihren Kindern mehr bieten können und ein ordentliches Leben haben. Es kann nicht sein, dass ein Arbeitnehmer ohne Kinder mehr Geld in der Tasche hat als diejenigen, die Kinder erziehen. Denn diese Kinder müssen später die Rente derer finanzieren, die ein gutes Leben gehabt und keine Kinder in die Welt gesetzt haben. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall)

Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn bei der Abstimmung diesen beiden Punkten auf jeden Fall zugestimmt würde.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Der nächste Redner ist Max Schoppen, Hessen.

Maximilian Schoppen: Ich möchte einen Änderungsantrag zu Nr. 3 des Entschließungsantrags einbringen. Ich beantrage, die Worte „bei gleichzeitiger stärkerer Belastung von Kinderlosen“ zu streichen; denn es gibt durchaus wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch private Gründe, warum man keine Kinder kriegen will oder sogar keine kriegen kann. Deshalb ergibt dieser Satz keinen Sinn.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Der nächste Redner ist Daniel Forster, Bayern.

Daniel Forster: Ich möchte mich zur Ganztagsschulbetreuung äußern. Im Entschließungsantrag steht, dass es schon für

Drei- bis Sechsjährige eine Nachmittagsbetreuung geben soll. Wir sollten es nicht mit finanziellen Mitteln auch noch fördern, dass Drei- bis Sechsjährige mehr von Lehrern oder Betreuern als von ihren Eltern erzogen werden.

(Teilweise Beifall)

Es gibt Familien, die es sich nicht leisten können, dass sich ein Elternteil ausschließlich um die Kinder kümmert. Diese Familien sollten wir unterstützen, damit sie die Möglichkeit erhalten, dass sich der Vater oder die Mutter ganz um die Kinder kümmert, wenn sie es wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Aspekt ist in dem vorliegenden Entschließungsantrag nicht genügend berücksichtigt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Der nächste Redner ist Mario Kasselmann, Niedersachsen.

Mario Kasselmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach ist Familie da, wo Kinder und Eltern zusammen sind. Ganztagschulen und Ganztagskindergärten sind Abstellplätze, die wir nicht fördern sollten.

(Teilweise Beifall)

Auch Sportvereine usw. sind keine Abstellplätze für Kinder. Das muss man sich einmal klar machen. Man sollte es den Leuten nicht so leicht machen, ihre Kinder abzugeben, weil sie lieber arbeiten möchten.

(Teilweise Beifall)

Das ist diese Sozipolitik: Alles gleichmachen, alle abstellen.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Ich glaube, das wird die Mehrheit dieses Hauses ablehnen.

Danke schön.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Die nächste Rednerin ist Katharina Stzelczyk, Nordrhein-Westfalen.

Katharina Stzelczyk: Man sollte es den Eltern überlassen, zu entscheiden, ob die Väter zu Hause bleiben und dafür die Mütter arbeiten gehen. Man sollte auch den Eltern

überlassen, wie sie ihre Kinder erziehen. Eine verpflichtende Teilnahme an einem Kurs, in dem man einen Elternführerschein erwerben kann, ist ein massiver Eingriff in die Privatsphäre, weil es nicht Sache der Öffentlichkeit oder des Staates ist, zu bestimmen, welche Werte die Eltern ihren Kindern vermitteln.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Die nächste Rednerin ist Clara Herrmann, Berlin.

Clara Herrmann: Diejenigen, die auf der rechten Seite des Hauses sitzen, vertreten offenbar die Meinung, Frauen gehörten an den Herd. Super! Das kann doch nicht die Familienpolitik der Zukunft und nicht die Familienpolitik unserer Generation sein.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Generell möchte ich aus frauenpolitischer Sicht sagen, dass ich es sehr schade finde, dass sich auch an dieser Debatte nur ein prozentual kleiner Anteil von Frauen beteiligt. Ich fordere die Frauen auf: Sagt etwas! Ihr seid gut! Ihr könnt es!

(Teilweise Beifall)

Ich finde es erbärmlich, dass keiner dieser Anträge wirklich „durchgegendert“ ist. Ich habe einen entsprechenden Antrag in meinem Arbeitskreis gestellt, aber anscheinend ist den Herren der Schöpfung Gleichberechtigung nicht sehr wichtig.

(Vereinzelt Beifall - Vereinzelt Widerspruch - Zuruf: Hör auf!)

Ich habe noch einen Änderungsantrag, den ich der Präsidentin schriftlich vorlegen werde. Es geht um die Gewährleistung der ihnen zustehenden Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze für alle und jeden.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Der nächste Redner ist Claudius Senst, Thüringen.

Claudius Senst: Ich möchte auf die ersten Punkte des Entschließungsantrags zurückkommen. Es ist unverantwortlich, für unter Dreijährige Kindergartenplätze oder

Ganztagsbetreuungsplätze zu fordern. Das bedeutet, dass die unter Dreijährigen von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends abgeschoben werden.

(Teilweise Beifall)

Das darf nicht sein. In den ersten drei Jahren werden soziale Grundstrukturen ausgebildet, die durch eine Ganztagsbetreuung zerstört werden. Das muss auf jeden Fall unterbunden werden.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Der nächste Redner ist Maximilian Ditmer, Bayern.

Maximilian Ditmer: Dass man Kinderlose belasten soll, kann man nicht unterstützen. Wir sollten nicht versuchen, das durchzusetzen. Es gibt viele Gründe, warum man keine Kinder bekommt, zum Beispiel Krankheit. Es gibt auch Leute, die einfach keine Kinder wollen.

Viele hier scheinen Angst zu haben, dass die Elternrechte durch die Ganztagschule oder die Ganztagsbetreuung beschnitten werden. Ich sehe das anders. Wenn Eltern und Kinder das wollen und Kinder ihre Freizeit in der Schule weiter gestalten wollen, was auch im Arbeitskreis „Einwanderung nach Deutschland - Deutschland ein Einwanderungsland?“ mit Blick auf die Förderung der Integration eine Rolle gespielt hat, dann sollen sie das tun. Das hat nichts mit einer Beschneidung der Elternrechte zu tun; es handelt sich vielmehr um eine Förderung, mit der der Horizont unserer Kinder erweitert wird.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Es stehen noch acht Redner auf der Liste. Wir haben aber die Redezeit schon überschritten. Wenn jeder nur eine halbe Minute spricht, dann könnten noch alle reden. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Debatte jetzt gleich zu beenden und zur Abstimmung zu kommen.

(Teilweise Beifall - Zurufe: Nein!)

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob die acht Redner noch zu Wort kommen sollen. Wer dafür ist, die Redner nicht mehr zu Wort kommen zu lassen, den bitte ich um das

Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ersteres war eindeutig die Mehrheit.

Deswegen kommen wir jetzt zu den Abstimmungen über den Entschließungsantrag des Arbeitskreises 9. Dazu gibt es eine Reihe von Änderungsanträgen.

Zunächst liegen zwei inhaltlich gleiche Anträge zur Geschäftsordnung vor, nicht nur über die einzelnen Punkte, sondern auch über die einzelnen Spiegelstriche der Absätze separat abzustimmen.

Wer für diesen Geschäftsordnungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich konnte nicht eindeutig feststellen, wer die Mehrheit hatte.

(Zurufe: Hammelsprung!)

Wegen eines Geschäftsordnungsantrags wollen wir keinen Hammelsprung durchführen; bei einer inhaltlichen Frage wäre das okay.

Ich lasse noch einmal abstimmen. Wer für den Geschäftsordnungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ersteres war eindeutig die Mehrheit.

(Teilweise Beifall)

Wir stimmen über die einzelnen Punkte und Spiegelstriche getrennt ab.

Ich komme nun zum Entschließungsantrag. Für das Eingangsstatement liegt mir ein Änderungsantrag vor. Folgender Passus soll eingefügt werden:

Die beschlossene Ehe gleichgeschlechtlicher Partner darf nicht gesetzlich verankert sein und muss zurückgenommen werden, um die Ehe als Festigung der Familie hervorzuheben, da nur durch sie die Zukunft unseres Landes gesichert wird.

(Vereinzelt Beifall - Zurufe: Oh!)

Ich bitte den Antragsteller, Mike Ulbricht aus Nordrhein-Westfalen, mir zu sagen, an welcher Stelle dies eingefügt werden soll.

(Vereinzelt Beifall - Teilweise Lachen - Zurufe)

Mike Ulbricht: Ihr kennt mich doch alle.

(Vereinzelt Beifall)

Ich würde diesen Passus gleich im ersten Absatz vor „Daher muss Familie ...“ einfügen.

Da es ein besonders wichtiger Punkt ist, würde ich ihn an die erste Stelle setzen. Ich könnte auch ausführlich begründen, warum ich der Meinung bin - ich denke, meine Meinung entspricht der vieler anderer hier -, dass der Antrag so gestellt werden muss.

(Vereinzelt Beifall - Zuruf: Lass es sein!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich möchte jetzt keine Begründung hören; es reicht vollkommen aus, dass ich weiß, wo dieser Passus eingefügt werden soll.

(Teilweise Beifall - Mike Ulbricht:
Nach dem zweiten Satz! Ich denke, das ist dann auch für die Linken noch verständlich, da sie ja hoffentlich bis drei zählen können!)

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, dass der Passus „Die beschlossene Ehe gleichgeschlechtlicher Partner darf nicht gesetzlich verankert sein und muss zurückgenommen werden, um die Ehe als Festigung der Familie hervorzuheben, da nur durch sie die Zukunft unseres Landes gesichert wird“ entsprechend dem Änderungsantrag nach dem ersten Satz eingefügt wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Letzteres war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Wortlaut des Vorspanns, also von „Die Familie ist die kleinste soziale Einheit“ bis zum dritten Aufzählungspunkt „Finanzielle Förderung/Entlastung der Familien“. Wer für die jetzige Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Wortlaut des Vorspanns so beschlossen.

Damit kommen wir zu Punkt 1, zu dem es einen Änderungsantrag gibt. Danach soll folgender Satz unter Punkt 1 eingefügt werden:

Der Staat muss die rechtlich zustehenden Kindertages- und Kindergartenplätze flächendeckend garantieren.

Ich bitte darum, mir mitzuteilen, wo genau er eingefügt werden soll.

(Zuruf: Als neuer Punkt!)

- Er soll als neuer Punkt, also als vierter Spiegelstrich, eingefügt werden.

Ich komme zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass der Zusatzpunkt „Der Staat muss die rechtlich zustehenden Kindertages- und Kindergartenplätze flächendeckend garantieren“ als vierter Spiegelstrich in Punkt 1 eingefügt wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

(Teilweise Beifall)

Zu Punkt 1 liegen mir keine weiteren Änderungsanträge vor, weswegen wir über die einzelnen Spiegelstriche jetzt abstimmen können.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den ersten Absatz, der lautet:

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen zu können, müssen ausreichende, zielgerichtete und qualitativ gute Kinderbetreuungsplätze zu sozial verträglichen Bedingungen angeboten werden:

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist er so beschlossen.

Nun kommen wir zum ersten Spiegelstrich: „Ausbau der Angebote für unter Dreijährige“. Wer für diesen Wortlaut ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist auch dies so beschlossen.

Der zweite Spiegelstrich lautet: „Ausbau der Angebote für Drei- bis Sechsjährige auf den Nachmittag“. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über den dritten Spiegelstrich.

(Christian Carmienke meldet sich zu Wort)

- Wir befinden uns in der Abstimmung, während der eigentlich keine Wortmeldungen zulässig sind.

(Christian Carmienke: Ich hatte einen Änderungsantrag gestellt, der nicht zur Abstimmung gestellt wurde! Er muss vorliegen!)

- Darf ich bitte wissen, welcher Änderungsantrag das ist?

(Christian Carmienke: Das Wort „offenen“ sollte durch das Wort „freiwilligen“ ersetzt werden!)

- Das konnte ich nicht ahnen.

(Christian Carmienke: Es gehört zu Punkt 1! Punkt 1 steht davor!)

- Nein, auf der schriftlichen Unterlage, die Sie eingereicht haben, steht kein Punkt. Deswegen konnte ich es nicht wissen.

(Christian Carmienke: Zum letzten Spiegelstrich gehört das! „Offenen“ soll durch „freiwilligen“ ersetzt werden!)

Der Wortlaut des letzten Spiegelstrichs unter Punkt 1 soll gemäß dem Änderungsantrag also folgendermaßen lauten: „Ausbau der freiwilligen Ganztagschulen unter Einbeziehung von örtlichen Vereinen, Verbänden etc. für den Nachmittag“. Es sollen also keinen offenen, sondern freiwillige Ganztagschulen sein. Wer für die freiwilligen Ganztagschulen, also für den Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ersteres war die Mehrheit. Also wird in diesem Spiegelstrich das Wort „offenen“ durch das Wort „freiwilligen“ ersetzt.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen nun zu Punkt 2, der mit „Die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern soll erreicht werden durch“ beginnt.

Für den ersten Spiegelstrich „vorzeitige Vorbereitung auf die Elternschaft durch das ergänzende Angebot von zum Beispiel praktischer Pädagogik als Unterrichtsfach an weiterführenden Schulen“ liegt mit kein Änderungsantrag vor. Wer für diesen Wortlaut ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der erste Spiegelstrich so beschlossen.

Zu Spiegelstrich 2 liegt mir ein Änderungsantrag vor. Danach wird beantragt, dass der zweite Spiegelstrich - „bessere Aufklärung über Verhütungsmethoden und den erleichterten Zugang zu Verhütungsmitteln“ - vollständig gestrichen wird. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt. Somit wird der zweite Spiegelstrich nicht gestrichen.

(Vereinzelt Beifall)

Weitere Änderungsanträge zum zweiten Spiegelstrich liegen mir nicht vor.

Wir kommen zu Spiegelstrich 3 - „verpflichtende Teilnahme beider Elternteile am so genannten Elternführerschein während der Schwangerschaft“. Hierzu liegen mir zwei Änderungsanträge vor.

In dem einen wird beantragt, den gesamten Spiegelstrich zu streichen. Wer für die Streichung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Gemäß dem zweiten Änderungsantrag soll der Ausdruck „verpflichtende Teilnahme“ durch den Ausdruck „freiwillige Teilnahme“ ersetzt werden. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag angenommen und das Wort „verpflichtende“ durch das Wort „freiwillige“ zu ersetzen.

(Teilweise Beifall)

Ich komme nun zum letzten Spiegelstrich - „bessere Informationen für Väter über Möglichkeiten der Inanspruchnahme von „Elternzeit““ - unter Punkt 2. Wer für diesen in unveränderter Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Somit ist der letzte Spiegelstrich so beschlossen.

Mir liegt ein weiterer Änderungsantrag vor, demgemäß der Passus „zustehende elterliche Sorge für Väter von nicht ehelichen Kindern“ in einem fünften Spiegelstrich ergänzend eingefügt werden soll. Das ist wohl so zu verstehen, dass die Väter von nicht ehelichen Kindern das Sorgerecht für ihre Kinder erhalten dürfen. Wer für diesen Ergänzungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es gab eine überwiegende Zahl von Enthaltungen. Die Zahl der Ja-Stimmen ist aber größer als die Zahl der Nein-Stimmen. Somit ist dieser Ergänzungsantrag so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 3, der mit „Die finanzielle Benachteiligung von Familien muss beendet werden durch“ beginnt. Mir liegt ein Änderungsantrag vor. Danach soll der erste Spiegelstrich gänzlich gestrichen werden.

(Maximilian Schoppen: Nein!)

- Mir liegt ein Änderungsantrag vor, auf dem steht, dass beim ersten Spiegelstrich in

Punkt 3 „stärkere Belastung von Kinderlosen“ gestrichen werden soll. Vielleicht kann der Antragsteller eine kurze Erklärung geben.

Maximilian Schoppen: Es geht nicht um die komplette Streichung dieses Spiegelstrichs, sondern nur um den ergänzenden Zusatz „bei gleichzeitiger stärkerer Belastung von Kinderlosen“. Dieser Zusatz soll gestrichen werden. Das hatte ich vorhin schon begründet.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Wir verstehen uns richtig: Es geht um den ersten Spiegelstrich. Sie haben geschrieben, dass der Passus ab „bei gleichzeitiger“ gestrichen werden soll.

(Maximilian Schoppen: Ja! Ab „bei gleichzeitiger“ soll der Spiegelstrich gestrichen werden!)

- Es soll also heißen: „steuerliche Entlastung von Familien“. Der Rest des Satzes soll gestrichen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ersteres war die Mehrheit. Damit ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Mir liegt ein weiterer Änderungsantrag zum ersten Spiegelstrich unter Punkt 3 vor. Danach soll der Passus „steuerliche Entlastung von Familien“ durch „und Alleinerziehenden“ ergänzt werden, wobei der ergänzende Passus „bei gleichzeitiger stärkerer Belastung von Kinderlosen“ beibehalten werden soll. Dieser ist aufgrund der Annahme des gerade behandelten Antrags hinfällig geworden.

Damit haben wir alle Änderungsanträge in diesem Entschließungsantrag abgehandelt.

Wir kommen zurück zur Beschlussfassung über den Gesamtantrag mit den jetzt beschlossenen Zusatzpunkten. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit ist er so beschlossen.

(Teilweise Beifall)

Damit haben Arbeitskreis 9 abgehandelt.

(Zuruf: Ich hatte noch einen weiteren Änderungsantrag abgegeben! Da bin ich mir ganz sicher! Punkt 4 wollte ich ergänzt haben!)

- Es tut mir Leid, aber ich habe ihn definitiv nicht vorliegen.

Ich rufe nun Arbeitskreis 7 auf:

Zukunft der UN - Instrument von gestern oder Friedensgarant von morgen?

Gemeinsame Berichtersteller sind Juliane Schleppers aus Sachsen und Sven Rieper aus Schleswig-Holstein.

(Teilweise Beifall)

Sven Rieper: Guten Morgen, sehr verehrte Präsidentin! Moin, Moin und grüß Gott! Wir haben uns über Reformen insbesondere der Struktur der UN - als Beispiel sei der Sicherheitsrat genannt - Gedanken gemacht. Diese Reformen, über die wir in unserem Arbeitskreis diskutiert haben, sind für die Handlungs- und Beschlussfähigkeit der Vereinten Nationen in einer sich verändernden Welt grundlegend.

In Anbetracht der jüngsten Konfliktsituationen - genannt seien die Kosovo-Krise 1998, die Terroranschläge vom 11. September und der Irakkrieg im vergangenen März und April - sind Zweifel an der Fähigkeit der UN aufgekommen. Wir fragen uns: Können die Vereinten Nationen ihrer zentralen Aufgabe der Wahrung von Frieden und Freiheit noch gerecht werden?

In Erwägung, dass die Rolle der UN als tragendes Friedensinstrument der Staatengemeinschaft nicht substituierbar ist und die grundlegenden Prinzipien der UN-Charta wie Chancengleichheit für die einzelnen Staaten und Gewaltverbot nach wie vor eine überragende Bedeutung haben, möge das Parlament Folgendes beschließen:

Wir sind besorgt über die Unterrepräsentation einiger Teile der Welt. Daher bedarf es einer Ausweitung der Anzahl der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates durch die Aufnahme jeweils eines Vertreters von Asien, Südamerika und Afrika.

(Teilweise Beifall)

Zusätzlich wird der längerfristigen Entwicklung Europas durch die Zusammenlegung der Sitze der Vertreter Frankreichs und Großbritanniens zu einem gemeinsamen europäischen Sitz Rechnung getragen.

(Vereinzelt Beifall)

Zur Wahrung der Handlungsfähigkeit im durch zusätzliche Vetomächte erweiterten

Sicherheitsrat kann eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrates ein Veto überstimmen.

(Teilweise Beifall)

Außerdem soll eine Begründungspflicht bei der Vetoausübung für die Erhöhung der Transparenz sorgen.

(Teilweise Beifall)

Über die sich verändernde Rolle der UN in der Weltgemeinschaft nun meine Kollegin.

(Vereinzelt Beifall)

Juliane Schleppers: Sehr geehrte Bundestagsvizepräsidentin! Liebe Teilnehmer von „Jugend und Parlament“! Zunächst einmal möchte ich mich dafür entschuldigen, dass es so lange gedauert hat. Wir mussten grundlegende Korrekturen an unserem Resolutionsentwurf vornehmen, weil er ansonsten nicht gestimmt hätte.

In unserem Arbeitskreis wurde viel diskutiert. Themen wie Sicherheitsrat, UN-Truppen und globale Verantwortung wurden angeschnitten. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Vereinten Nationen in der Form, wie sie seit 1945 existieren, den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden.

Um die Akzeptanz von untergeordneten Institutionen der Vereinten Nationen besonders in den Augen der Weltöffentlichkeit zu vergrößern, ist eine Stärkung sowohl der Judikative als auch der Exekutive notwendig. Eine verbesserte Kooperation zwischen der UN bzw. ihren untergeordneten Institutionen und anderen internationalen Organisationen sollte damit einhergehen. Diese Kooperation wird aber nur dann erhöht, wenn die Fähigkeit der Institutionen, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen, in dem Maße wächst, in dem die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder, also der Staaten und Regierungen, vorhanden ist. Das heißt, solange die Staaten nicht gelernt haben, dass die Zeit uneingeschränkter Souveränität und Handlungsfähigkeit vorbei ist und wir mehr denn je auf Zusammenarbeit und globale Verantwortung angewiesen sind, wird sich auch die Handlungsfähigkeit der UN nicht verändern. Dass die Staaten dies lernen, hängt nicht zuletzt auch von den Menschen und Gesellschaften ab, die sie repräsentieren.

In weiteren Diskussionen ergab sich die Meinung, zukünftig nichtdemokratische Län-

der kategorisch aus der UN auszuschließen. Da wir aber nicht entscheiden können, zum Beispiel China aus dem Sicherheitsrat zu werfen, fordern wir eine Verstärkung von Demokratisierungsprozessen. Zur Förderung des Demokratisierungsprozesses in den Vereinten Nationen ist es weiterhin erforderlich, nichtstaatliche Akteure mit einzubinden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich schließe mit einem Satz, der in unserem Arbeitskreis gefallen ist - ich denke, er ist ganz wichtig -: Das Wichtigste ist, dass die Staaten in der heutigen Zeit Verantwortung füreinander übernehmen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Danke schön. - Bevor ich die Redeliste öffne, muss ich über einen Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen, der lautet:

Hiermit beantrage ich die Einführung einer weich quotierten Redeliste zwischen den Geschlechtern, um zahlreichen Forderungen des Plenums nachzukommen.

Vielleicht kann Fabian Tschirnitz den Antrag kurz begründen.

Fabian Tschirnitz: Es geht um das, was vorhin schon zur Sprache kam, nämlich um den sehr geringen Anteil der Frauen an der Aussprache über die Anträge hier im Plenum.

(Vereinzelt Beifall)

So kann es einfach nicht sein. Wenn ich mich umschaue, dann sehe ich, dass die eine Hälfte weiblich und die andere Hälfte männlich ist. Deshalb sollten die Redebeiträge zur Hälfte von männlichen und zur Hälfte von weiblichen Teilnehmern kommen. Weich quotiert soll die Redeliste sein, damit auch zwei Männer hintereinander reden dürfen, falls nicht genügend Frauen auf der Redeliste stehen. Das fände ich mehr als fair.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Danke schön. - Es soll also nicht strikt gehandhabt werden; aber es soll schon auf die Ausgewogenheit der Geschlechter auf der Redeliste geachtet werden.

Gibt es jemanden, der gegen diesen Geschäftsordnungsantrag sprechen möchte?

(Kathrin Seidl und Tobias Bauschke
melden sich zu Wort)

Tobias Bauschke: Sollte nicht lieber zuerst eine Frau dagegen sprechen?

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Bei einem Geschäftsordnungsantrag ist es folgendermaßen: Eine Person kann dafür - das ist bereits geschehen - und eine Person kann dagegen reden. Zwei Gegenreden sind also nicht möglich. Aufgrund der zwei Wortmeldungen habe ich jetzt meine Schwierigkeiten. Als Erste hatte sich aber Kathrin Seidl gemeldet, der ich nunmehr das Wort zur Gegenrede erteile. Im Anschluss daran stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag ab.

Kathrin Seidl: Wenn ich etwas sagen möchte, dann tue ich das auch. Das war bis jetzt noch nicht der Fall, das wird aber noch der Fall sein. Wie soll man ein ausgewogenes Rederecht herstellen, wenn keine Frau einen Antrag stellt, reden zu dürfen? Das ist doch Schwachsinn.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich lasse keine weiteren Wortmeldungen zu, da es sich um einen Geschäftsordnungsantrag handelt und jeweils eine Person dafür und dagegen gesprochen hat.

Nun lasse ich über den bereits zitierten Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Ich wiederhole den Wortlaut:

Hiermit beantrage ich die Einführung einer weich quotierten Redeliste

- also einer ausgewogenen Redeliste -

zwischen den Geschlechtern, um zahlreichen Forderungen des Plenums nachzukommen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Teilweise Beifall)

Es stehen wieder sehr viele Rednerinnen und Redner auf der Redeliste und ich bitte Sie, eine Redezeit von einer Minute einzuhalten. Als erstem Redner erteile ich nun Arne Habel aus Hessen das Wort.

Arne Habel: Eine Flexibilisierung des Vetorechts in den Vereinten Nationen muss auch dazu führen, dass im Sicherheitsrat wieder Weltpolitik gemacht werden kann und dass er nicht zu einem Affentheater oder einer Quasselbude verkommt.

Im Augenblick kann alles an einem Staat scheitern. Er kann seit über 50 Jahren auf sein Vetorecht pochen und es immer wieder einsetzen. Es kann nicht sein, dass die Weltpolitik weiterhin von Triumviraten - sei es eines aus Schröder, Chirac und Putin oder eines aus Bush, Kwasniewski und Blair - gemacht wird.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Im Plenarsaal des Weltsicherheitsrates muss wieder Politik gemacht werden können. Um das zu erreichen, müssen die Vereinten Nationen handlungsfähig sein.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich rufe jetzt Leopold Hahn als Redner auf.

Leopold Hahn: Verehrte Frau Präsidentin! Hochverehrtes Publikum! Ich halte den Wortlaut der Resolution und die Berichte für Wunschdenken. Ich möchte nicht so weit gehen, die UNO als eine Institution von gestern zu bezeichnen. Aber ich befürchte, sie ist und bleibt eine Institution am Rande. Die UNO ist 1945 als Kollektivhegemonie gegründet worden. Das heißt, der Sicherheitsrat kann arbeiten, wenn sich alle Vetomächte einig sind, und er kann nicht arbeiten, wenn sie sich nicht einig sind. In letzterem Fall wird die Politik außerhalb des Sicherheitsrates gemacht.

Die Nationalstaaten werden nach Maßgabe ihrer Interessen weiterhin die entscheidenden Akteure bleiben. Sie haben im Vergleich zu Nichtregierungsorganisationen die höchste Legitimität. Nichtregierungsorganisationen hat niemand gewählt. Auch die UNO ist von fragwürdiger Legitimität, zumindest dann, wenn man davon ausgeht, dass jeder Nationalstaat das gleiche Recht haben soll - eine Forderung, die sich gegen den Sicher-

heitsrat richtet. Bei gleichem Recht könnte man keinen Staat ausschließen, selbst dann nicht, wenn er keine Demokratie ist.

Ich möchte keinen Antrag stellen. Ich möchte auch nicht an euch appellieren, dagegenzustimmen. Worüber wir abstimmen, ist völlig wurst; denn die Wirklichkeit hält sich nicht an unsere idealistischen Betrachtungen. Sie bleibt, wie sie ist.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Da so viele reden wollen, möchte ich noch einmal daran erinnern, dass jeder nur eine Minute Redezeit zur Verfügung hat.

Als Nächster hat Kai Whittaker, Baden-Württemberg, das Wort.

Kai Whittaker: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war froh, zu sitzen, als ich diese Resolution gelesen habe; sonst wäre ich wahrscheinlich umgefallen. Ich halte es für vermessen, als Deutscher Bundestag unseren Freunden und Verbündeten England und Frankreich vorzuschreiben, was sie zu machen haben. Die Zusammenlegung der beiden Sitze gefährdet die europäische Integration und die Europäische Union.

(Teilweise Beifall - Zuruf: Das Gegenteil ist der Fall!)

Es ist sogar noch viel schlimmer: Es ist ein politisches Armutszeugnis, solche Forderungen aufzustellen, weil wir damit die europäische Position weltweit schwächen, was dazu führt, dass wir die sicherheitspolitischen Ziele der Europäischen Union und der europäischen Nationalstaaten nicht mehr ausreichend umsetzen können. Damit wird die Sicherheit der Bürger auch in Deutschland gefährdet. Gerade nach dem 11. September muss die westliche Welt vor terroristischen Anschlägen geschützt werden. Daran bestehen hoffentlich keine Zweifel.

Mir fehlt die Forderung des Deutschen Bundestages nach einem ständigen Sitz für die Bundesrepublik im Sicherheitsrat der UN. Schließlich sind wir die drittgrößte Wirtschaftskraft der Welt.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Denken Sie an Ihre Redezeit! Sie merken, eine Minute ist extrem wenig.

Kai Whittaker: Ich weiß; ich bin bei meinem Abschlussatz.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das war zwar gerade eine schöne Schlussforderung, aber bitte.

Kai Whittaker: Gerade der Irakkonflikt hat gezeigt, wie unwirtschaftlich und ineffizient die UN arbeiten. In dieser Resolution ist nicht festgelegt, wie die UN zukünftig wo, wann, wieso, weshalb eingreifen sollen. Deshalb fordere ich die Ablehnung dieser Resolution.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich schlage vor, dass wir die Redeliste schließen; sonst kommen wir über diesen Arbeitskreis nicht hinaus. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung dazu, dass zu diesem Punkt nur noch drei Redner reden; sonst schaffen wir die Besprechung der Ergebnisse der anderen Arbeitskreise nicht mehr.

(Beifall)

Als Nächster hat Johannes Ludwig das Wort. Bitte.

Johannes Ludwig: Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend und Parlament“! Liebe Genossinnen und Genossen!

(Teilweise Beifall - Teilweise Lachen)

Liebe Damen und Herren von der CDU/CSU-Fraktion, Sie haben damit angefangen. - Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen.

Diese idealistischen Vorstellungen von der Veränderung der UN halte ich für recht sinnlos. Wie wir alle am Irakkrieg und anderen Ereignissen gemerkt haben, sind Veränderungen in der Struktur der UN nötig. Allerdings können sie so nicht erfolgen. Wie wollen wir bitte schön die Stimmen Großbritanniens und Frankreichs, deren Positionen im UN-Sicherheitsrat unterschiedlicher nicht sein könnten, zusammenlegen?

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen schon warten, bis eine gemeinsame europäische Außenpolitik, bei der alle Staaten gleichberechtigt sind, verwirklicht ist, ehe wir Europa einen Sitz geben können.

Nach welchem Prinzip sollen die Staaten aus Asien, Südamerika und Afrika ausgewählt werden? Ich sehe keine Möglichkeit, objektiv zu entscheiden, welcher Staat vertreten sein soll und welcher nicht.

Eine Reform dieses wichtigen Gremiums der UN ist also nötig. Allerdings sehe ich in dieser Resolution keinen Weg, dies sinnvoll zu umzusetzen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Als Nächster hat Harry Müller das Wort.

Harry Marius Müller: Das Ziel, innerhalb der Vereinten Nationen Transparenz und Demokratie zu schaffen, teile ich mit den Resolutionsverfassern. Letztlich stört mich aber ganz explizit der letzte Punkt dieser Resolution, nämlich die Forderung nach erweiterter Einbindung von Nichtregierungsorganisationen. Eine Demokratisierung der UN bedeutet meiner Meinung nach, dass man demokratische Institutionen stützt. Die NGOs, die hier genannt werden, haben aber nicht das Mandat des Volkes, sondern das Mandat der Straße. Sie werden durch Publikationen angeheizt und spiegeln meiner Meinung nach nicht die wirklichen Meinungsbilder der jeweiligen Bevölkerung der Länder wider.

(Vereinzelt Beifall)

- Danke schön.

Deswegen geht von diesem Punkt ein völlig falsches Signal aus, was die Stärkung von Demokratie angeht. Der parlamentarische Diskurs innerhalb der Vereinten Nationen muss unterstützt werden, nicht jegliche Arbeit der außerparlamentarischen Opposition, wie sie von solchen Organisationen betrieben wird. Deren Ziele mögen durchaus löslich sein. In der Durchführung aber halte ich gerade diesen Punkt für sehr schwierig; denn solche Organisationen entstehen bei jeder Fragestellung neu. Sobald man sich mit einer Organisation geeinigt hat, werden gegen diese Einigung wieder andere Gruppen protestieren, die außerhalb der UN ihre Positionen publik machen und die Leute anheizen.

(Vereinzelt Beifall)

Hier wird keine Transparenz geschaffen, sondern ein Chaos.

(Zurufe: Redezeit!)

Deswegen plädiere ich dafür, den letzten Absatz dieser Resolution zu streichen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Alexander auf dem Keller hat nun als Letzter das Wort.

Alexander auf dem Keller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geehrte Präsidentin! Was uns heute vorgelegt wurde, ist süße Zukunftsmusik; denn man macht drei Schritte vor dem ersten Schritt. Das, was formuliert wurde, klingt schön und gut: ein vereintes Europa, repräsentiert durch einen Vertreter im Sicherheitsrat. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Die Amerikaner, Russen, Chinesen würden uns dann überstimmen. Wir müssen uns doch die Souveränität der einzelnen Staaten Europas zunutze machen. Ich würde eher beantragen, auch Deutschland als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat zu berufen,

(Teilweise Beifall)

damit wir die gemeinsame europäische Außenpolitik - auf diese arbeiten wir hin - durch die einzelnen Staaten vertreten und uns gegen andere durchsetzen können. So muss man dies als Europäer sehen und darf keine Weichspülerei betreiben.

Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Wir sind am Ende der Aussprache.

Jetzt kommen Abstimmungen über eine ganze Reihe von Änderungsanträgen. Mir wurde mitgeteilt, dass dabei abschnittsweise vorgegangen wird. Da Sie das bisher so gemacht haben, werden wir weiterhin so verfahren.

Gibt es Änderungsanträge zum ersten Absatz? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Änderungsanträge zum zweiten Absatz? - Auch das ist nicht der Fall.

Mir liegt eine ganze Reihe von Änderungsanträgen zum dritten Absatz vor. Ich trage sie einmal der Reihe nach vor. In dem ersten Änderungsantrag wird gefordert, den dritten Absatz ganz zu streichen. In dem

zweiten geht es darum, den Absatz zu ersetzen durch:

Besorgt über die Unterrepräsentation einiger Teile der Welt, bedarf es einer Ausweitung der Anzahl der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates durch Aufnahme von Vertretern aus Asien, Südamerika und Afrika.

Laut dem dritten Änderungsantrag soll der Absatz gestrichen werden. Dieser Änderungsantrag ist praktisch mit dem ersten identisch.

Ich glaube, diese Änderungsanträge sind relativ verständlich.

Möchte jemand diese Änderungsanträge begründen? - Bitte.

Nikolaus Haufler: Der dritte Absatz muss gestrichen werden, weil es nicht Sinn der UN sein kann, irgendwelche Länder herauszugreifen und ihnen ein Vetorecht zu geben, weil sie ständiges Mitglied sind. Um ständiges Mitglied zu werden, muss ein Land bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Diese Auswahl darf nicht willkürlich erfolgen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass auch Deutschland noch nicht so weit ist, um ständiges Mitglied zu werden, weil unsere Regierung überhaupt keine Ahnung hat, wie man Außenpolitik betreibt.

(Teilweise Beifall - Teilweise Lachen)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Meines Erachtens müssen wir jetzt über den am weitesten gehenden Änderungsantrag abstimmen, nämlich den dritten Absatz ganz zu streichen. Dem ist der Änderungsantrag gegenüberzustellen, den Absatz durch die bereits vorgelesene Formulierung zu ersetzen:

Besorgt über die Unterrepräsentation einiger Teile der Welt, bedarf es einer Ausweitung der Anzahl der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates durch Aufnahme von Vertretern aus Asien, Südamerika und Afrika.

Jetzt können Sie entweder dafür stimmen, den Absatz ganz zu streichen, oder dafür, ihn so zu ersetzen. Wer ist für die vollständige Streichung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen hat sich die Mehrheit dafür entschieden, diesen Absatz

durch den eben vorgelesenen Text zu ersetzen.

(Teilweise Beifall)

Nun kommen wir zum vierten Absatz. Dazu liegen mehrere Änderungsanträge vor. In einem Änderungsantrag wird gefordert, den ersten Satz dieses Absatzes zu streichen. Außerdem soll die Abschaffung des Vetorechts im UN-Sicherheitsrat als Ergänzung zum vierten Absatz eingefügt werden.

Möchte jemand zu den Änderungsanträgen zum vierten Absatz das Wort ergreifen? - Bitte.

Philipp Lammers: Frau Präsidentin! Liebe Mitteilnehmerinnen und Mitteilnehmer! Ich denke, dass das Vetorecht in der Vergangenheit sehr stark dazu beigetragen hat, die UNO zu stabilisieren und sie zu einem Instrument zu machen, das auch Krisenzeiten überdauert. Wenn man zum Beispiel Krieg gegen den erklärten Willen einer Großmacht wie den der USA führt, dann frage ich mich, wohin das führen soll. Das kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass die Weltorganisation auseinander bricht. Das dürfte für uns alle ein Schreckensszenario sein. Es kommt auch im zweiten Abschnitt zum Ausdruck, dass die Weltgemeinschaft „nicht substituierbar ist“. Deswegen möchte ich an euch appellieren, für die Beibehaltung des Vetorechts zu stimmen.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich sehe gerade, dass mir noch weitere Änderungsanträge zum vierten Absatz vorliegen. Diese werde ich der Reihe nach vorstellen. Der erste Änderungsantrag beinhaltet die ersatzlose Streichung des Vorschlags, die Sitze Frankreichs und Großbritanniens zu einem europäischen Sitz zusammenzufassen. Nach dem nächsten Änderungsantrag soll der zweite Satz durch folgende Formulierung ersetzt werden:

Zur Wahrung der Handlungsfähigkeit sollten alle Staaten gleich behandelt werden und sowohl die ständigen als auch die gewählten Staaten kein Vetorecht mehr haben.

Das entspräche sinngemäß der Abschaffung des Vetorechts.

Der am weitesten gehende Änderungsantrag beinhaltet die Forderung nach Abschaffung des Vetorechts. Darüber werden wir als Erstes abstimmen und dann die einzelnen Varianten behandeln. Wer ist für die Abschaffung des Vetorechts? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Die Mehrheit ist gegen diesen Vorschlag. Die Abschaffung des Vetorechts ist damit abgelehnt worden.

(Teilweise Beifall)

Als Nächstes komme ich zu dem Änderungsantrag, den Vorschlag, die Sitze Frankreichs und Großbritanniens zu einem europäischen Sitz zusammenzufassen, ersatzlos zu streichen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich bin der Meinung, dass damit die weiteren Änderungsanträge zum vierten Absatz abgehandelt sind.

Es liegt ein Änderungsantrag zum fünften Absatz vor:

Nur international anerkannte Staaten besitzen Stimmrecht, UN-Organisationen und nichtstaatliche Organisationen eine beratende Stimme.

Eine Frage zur Geschäftsordnung?

Oona Grünebaum: Ich habe eine Frage an den Antragsteller. Was sind international anerkannte Staaten?

Arne Habel: Dies bezieht sich auf Staaten, die von der internationalen Staatengemeinschaft, sprich: von der UNO, anerkannt sind, zu denen die anderen Staaten der UNO diplomatische Beziehungen unterhalten und die als Vertragspartner zur Verfügung stehen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Es handelt sich um anerkannte Staaten im Sinne des Völkerrechts.

Wir kommen wieder zu dem Änderungsantrag:

Nur international anerkannte Staaten besitzen Stimmrecht, UN-Organisationen und nichtstaatliche Organisationen eine beratende Stimme.

Wer ist für die Hinzufügung dieses Satzes zum fünften Absatz? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei sehr vielen Enthaltungen

hat die Mehrheit die Hinzufügung dieses Satzes abgelehnt.

Es gibt noch den Änderungsantrag auf Streichung des letzten Absatzes:

Zu einer Erhöhung des Demokratisierungsprozesses in den UN ist eine erweiterte Einbindung nichtstaatlicher Akteure (NGOs) erforderlich.

Wer möchte diesen Absatz ganz streichen? - Wer ist dagegen? - Das ist sehr knapp. Es ist für uns schwierig, zu entscheiden, was die Mehrheit ist. Bitte stehen Sie dieses Mal bei der Abstimmung auf. Wer ist dafür, diesen Absatz zu streichen? - Wer ist dagegen? - Das Präsidium ist der Meinung, dass das Letztere eine sehr knappe Mehrheit war.

(Teilweise Beifall)

Da Sie das zum Glück nicht anzweifeln, müssen wir keinen Hammelsprung durchführen.

Jetzt sind wir mit dem Text durch. Das heißt, wir müssen jetzt nur noch klären, wer dieser geänderten, aber im Wesentlichen bestätigten Resolution des Arbeitskreises 7 insgesamt zustimmt. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das Erste war die klare Mehrheit.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen nun zum Arbeitskreis 8:

Gerechtigkeit der Generationen - Folgen des demographischen Wandels in Deutschland

Es berichten Niklas Potrafke aus Berlin und Franziska Knoefel aus Niedersachsen. Franziska Knoefel beginnt.

Franziska Knoefel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Wir haben uns bei der Bearbeitung unseres Themas in fünf Arbeitsgruppen aufgeteilt. Die verschiedenen Ergebnisse werden wir euch hier erläutern.

Als Erstes haben wir uns die Frage gestellt: Wie gehen wir mit einem Generationenvertrag um, dem wir noch nicht einmal zugestimmt haben?

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Es ist für den Redner sehr störend, wenn - das geschieht auch bei unseren Sitzungen - viele laut verhandeln. - Bitte, Sie haben das Wort.

Franziska Knoefel: Wir finden, dass dies eine Entweder-oder-Entscheidung ist. Das heißt, entweder müssen wir den Älteren Leistungen streichen oder die Jugend stärker belasten.

Dabei trat die Frage auf: Wie sieht die momentane Situation beim Generationenvertrag aus? Aufgrund des demographischen Wandels ist ein Ungleichgewicht in unserem Sozialsystem entstanden. Hohe Arbeitslosigkeit - freiwillige oder unfreiwillige -, die unsere Kassen belastet, und die Veränderung des Familienbildes haben dazu beigetragen. Der Generationenvertrag, der uns momentan vorliegt, gewährleistet keine Generationengerechtigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Nächste Fragestellung: Sollen Gesundheitsleistungen für Ältere rationiert werden? Nein. Gleichberechtigung im Gesundheitssystem ist unbedingt notwendig.

(Teilweise Beifall)

Wir meinen, dass eher die unberechtigte Inanspruchnahme von Leistungen gemindert werden sollte. Dazu haben wir einige Vorschläge gemacht: Zuzahlungen zu Medikamenten müssen geleistet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Höhere Transparenz zwischen Ärzten, Krankenkassen und Patienten ist ganz wichtig. Chipkarten für Patienten müssen eingeführt werden. Ebenso müssen die Leistungen der Ärzte überprüft und gewährleistet werden. Dort darf es nicht zu Unregelmäßigkeiten kommen.

Um eine Gleichberechtigung zu gewährleisten, haben wir noch aufgenommen, dass Rentner von ihrer Rente einen angemessenen Beitrag in einen Gesundheitsfonds zahlen müssen.

Jetzt gebe ich das Wort an Niklas weiter.

(Teilweise Beifall)

Niklas Potrafke: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat eben den ersten Teil unserer Ergebnisse aus dem Arbeitskreis vorgestellt. Ich möchte nun im zweiten Teil unsere Forderung nach einer

dynamischeren Betrachtungsweise im politischen Prozess vorstellen.

Wir haben uns zunächst mit der Definition des Begriffes Generationenvertrag beschäftigt und uns gefragt, ob der Begriff Generationenvertrag nur das Hin- und Herschieben von finanziellen Leistungen beinhaltet. Ergebnis war, dass dieser Begriff weiter gefasst werden muss. Leistungen, die auf dem Verständnis von Geben und Nehmen im innerfamiliären Prozess beruhen - auch daran denkt man bei diesem Begriff -, sollten finanziell nicht berücksichtigt werden. Dazu zählen wir beispielsweise Leistungen von Menschen, die sich um ihre Eltern kümmern. So etwas sollte unserer Ansicht nach keine finanzielle Berücksichtigung finden.

Die andere Frage, die wir im Folgenden diskutiert haben, war, inwieweit Unterschiede innerhalb einer Generation bestehen. Wir haben die Existenz dieser Unterschiede bejaht und sie an der Entscheidung festgemacht, Kinder in die Welt zu setzen. Im Gegensatz zu dem vorherigen Punkt sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass für Eltern, die sich bewusst gegen Beruf und Karriere und für das Erziehen von Kindern entscheiden, durch familienpolitische Maßnahmen Ausgleich geschaffen werden müssen, beispielsweise bei der Rente in Form von Boni- oder Prämiensystemen.

(Vereinzelt Beifall)

Welche Schlussfolgerungen haben wir daraus im Hinblick auf die Maßnahmen gezogen? Natürlich haben wir über die alltäglichen Problemstellungen Rente und Gesundheit diskutiert. Wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass bei der Rente vom Umlageverfahren auf Kapitaldeckung umgestellt werden muss. Beim Thema Gesundheit haben wir uns mit den beiden aus dem politischen Tagesgeschäft geprägten Begriffen Kopfpauschale und Bürgerversicherung beschäftigt.

Aber was uns wichtig ist - diese Forderung ist verhältnismäßig allgemein, das meinte ich vorhin mit „dynamischer Betrachtungsweise“ -, ist ein längerfristig orientiertes Handeln in der Politik. Es ist entscheidend, dass die Situation der Generationen in einem längeren Zeithorizont Berücksichtigung findet und Sozialsysteme reformiert werden können.

Das wiederum hat uns an weitere Politikfelder herangeführt. Das schließt den Kreis - ich möchte meine Redezeit nicht überschrei-

ten -, weil man dabei in den Bereich von Familienpolitik, Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik hineinkommt. Ich wollte einfach nur deutlich machen, dass dieses Thema doch recht komplex ist.

Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Danke für die vorbildliche Kürze Ihrer Rede. Sie gehören zu den wenigen, die die Redezeit nicht einmal ganz ausgeschöpft haben.

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Bisher hat sich erst ein Redner gemeldet. Wenn noch jemand reden möchte, ist die Chance groß, auf die Rednerliste zu kommen. Benjamin Schnürer ist der erste Redner.

Benjamin Schnürer: Ich war im Arbeitskreis 8.

Ich möchte kurz auf zwei wichtige Dinge hinweisen:

Zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen gehört auch - darin waren wir uns einig -, dass jemandem, der 40 Jahre lang Beiträge geleistet hat, die Rente nicht gekürzt wird. Ein Systemwechsel ist zwar notwendig, in ihn dürfen die jetzigen Rentner aber nicht einbezogen werden; das heißt, dass der Systemwechsel gestaffelt eingeführt werden muss.

(Vereinzelt Beifall)

Das jetzige System wird sicherlich nicht mehr funktionieren, wenn wir Rentner sind. Ich finde es aber unzumutbar, den jetzigen Rentnern ein neues System aufzudrücken. Damit würde ihr Vertrauen in das System enttäuscht. Ich wünsche mir, dass dieser Ansatz hier unterstützt wird.

Kinderlose müssen bei der Rente in Zukunft deutlich benachteiligt werden. Die Versorgung eines Kindes kostet im Laufe des Lebens mehrere hunderttausend Euro. Wer kein Kind aufzieht, tut für die Gesellschaft in diesem Bereich nichts; das heißt, er sichert die Rente nicht.

(Teilweise Beifall)

Jeder sollte zwar eine gewisse Grundrente bekommen; es ist aber sehr wichtig, dass Eltern, die zwei oder drei Kinder bekommen haben, einen ordentlichen Zuschlag auf ihre Rente erhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Nächste Rednerin ist Oona Grünebaum.

Oona Grünebaum: Ich möchte auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Unter Abs. II, zweiter Spiegelstrich, steht: „Die so genannte Chipkarte sowie eine bessere Kontrolle und Prüfung der Ärzte ...“ Dazu habe ich einen Änderungsantrag gestellt, den ich begründen möchte: Ich beantrage die Streichung dieses Satzes. Ich halte es für nicht akzeptabel, in der Gesundheitsversorgung eine Chipkarte einzuführen. Der Patient hat nämlich keinerlei Einsicht in das, was auf dieser Chipkarte gespeichert ist. Er kann überhaupt nicht nachvollziehen, wer welche Informationen eingibt und welche Daten gespeichert sind. Ich möchte nicht, dass persönliche Daten des Patienten für ihn unzugänglich gemacht werden. Das Gesundheitssystem muss weiterhin transparent bleiben.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Dieses Mal ist die Rednerliste quotiert. Jetzt kommt wieder ein Mann: Alexander Bode. Anschließend spricht Anke Seifert.

Alexander Bode: Ich möchte an die Vorstellung dieses Arbeitskreises bezüglich Abs. V anknüpfen. Ihr habt zwar langfristige politische Maßnahmen gefordert; eure Ausführungen waren aber sehr allgemein gehalten. Ihr habt keine besonderen Forderungen gestellt. Wir sind unter anderem hier, um Beschlüsse zu fassen. Deswegen stelle ich einen Änderungsantrag, der sich im Wesentlichen an dem orientiert, was heute schon diskutiert wurde: Dem demographischen Wandel soll dadurch Rechnung getragen werden, dass im Bereich der Rente auf ein Kapitaldeckungsverfahren umgestiegen wird.

Im Bereich der Gesundheit greife ich die Forderung nach der Einführung von einkommensunabhängigen Kopfpauschalen auf; sie fand eine knappe Mehrheit. Ich füge hinzu, dass die privaten Krankenversicherungen weiterhin einen festen Platz neben den gesetzlichen Krankenversicherungen haben sollen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Nächste Rednerin ist Anke Seifert.

Anke Seifert: Ich möchte mich zum ersten Spiegelstrich unter Abs. II äußern. Unter

Abs. II steht, dass Gleichberechtigung im Gesundheitswesen unbedingt notwendig ist. Die Gleichberechtigung ist bei einer Zuzahlung zu gewissen Medikamenten und Spezialleistungen aber gefährdet. Zuzahlungen zu gewissen Medikamenten müssen schon heute geleistet werden. Das ist zwar nicht sehr viel; die Belastung trifft aber vor allen Dingen chronisch Kranke. Es ist nicht in Ordnung, wenn Leute, die durch ihre chronische Krankheit sowieso schon benachteiligt sind, auch noch finanziell benachteiligt werden.

(Teilweise Beifall)

Dies führt unweigerlich zu einer Zweiklassengesellschaft im Gesundheitssystem, was nicht tolerierbar ist. Ich fordere vielmehr, dass auf überflüssige Arztbesuche verzichtet wird. Wegen jedes Hustens muss man nicht unbedingt zum Arzt gehen.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Als nächster Redner hat Daniel Schubert das Wort.

Daniel Schubert: Ich war ebenfalls im Arbeitskreis 8.

Zuerst möchte ich etwas zur Chipkarte sagen. Natürlich kann die Chipkarte in der Form eingeführt werden, dass die darauf gespeicherten Daten für den Patienten zugänglich sind. Dieser Vorbehalt kann ausgeräumt werden.

Es ist nötig, dass der Arzt weiß, was der Patient schon verschrieben bekommen hat, damit keine Fehlversorgung erfolgt. Dem Arzt sollten Informationen über das Krankheitsbild des Patienten zur Verfügung stehen.

(Teilweise Beifall)

Dadurch würden - auch das wurde gefordert - überflüssige Arztbesuche wegfallen.

In unserem Arbeitskreis haben wir uns dafür ausgesprochen, Erziehungszeiten besonders, also noch stärker als bisher, zu fördern. Sie sollen auf die Rente angerechnet werden. Außerdem sollten während der Erziehungszeiten finanzielle Unterstützungen gewährt werden.

Unser Vorschlag, dass Zuzahlungen zu Medikamenten geleistet werden, bezog sich darauf, dass billigere Medikamente bevorzugt werden sollen, wenn sie mit den teuren vergleichbar sind. Es sollten nicht übermäßig teure Produkte eingekauft werden.

Ich möchte mich noch zum Antrag bezüglich des Kapitaldeckungsverfahrens im Bereich der Rente äußern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir vollständig zum Kapitaldeckungsverfahren überwechseln. Es wäre nämlich unserer Generation gegenüber ungerecht, wenn wir die Lasten für die heutigen Rentner tragen und gleichzeitig unsere Rente vollständig finanzieren müssten. Deshalb sollten wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: In Anbetracht der verbliebenen Zeit spricht jetzt nur noch Franziska Knoefel. Uns liegt eine Reihe von Änderungsanträgen vor.

Franziska Knoefel: Ich möchte noch etwas zur Chipkarte sagen, die jeder Patient bei sich tragen soll. Das soll folgendermaßen funktionieren: Wenn ich meinen Arzt wechsle, soll dieser wissen, dass einige Untersuchungen bereits gemacht wurden. Eine Allergie muss beispielsweise nicht viermal untersucht werden. Dadurch sollen Kosten eingespart werden. Es soll sichergestellt werden, dass der Patient nicht ausgebeutet wird und dass eine Untersuchung nicht mehrmals durchgeführt wird. Von mehrmaligen Untersuchungen profitiert nämlich nur der Arzt und das geht zulasten der Patienten. Es ist von Vorteil, wenn der Patient die Chipkarte beim Arztwechsel vorlegen kann.

(Teilweise Beifall)

Zu den Medikamenten möchte ich Folgendes sagen: Wie viele Menschen gehen in Deutschland zum Arzt, lassen sich wegen irgendetwas krankschreiben und bekommen auch noch das teuerste Medikament verschrieben? Wenn der Patient zum Medikament aber etwas zuzahlen muss, überlegt er es sich dreimal, ob er eine teure oder eine billigere Kopfschmerztablette nimmt. Das billigere Medikament ist mit Sicherheit nicht schlechter. Es geht darum, Geld einzusparen.

Das soll nicht zulasten der chronisch Kranken gehen. Es können sicherlich Kompromisse gefunden werden. Leute aber, die andauernd Kopfschmerzen haben, die nur zum Arzt rennen, weil sie krankgeschrieben werden wollen, sollen das billigere Produkt kaufen. Dieser Vorschlag bezieht sich nicht auf alle Medikamente, sondern nur auf spezielle.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Änderungsanträge. Ich habe in der Kürze der Zeit nicht begriffen, wie die Änderungen im Einzelnen aussehen. Ich muss diesbezüglich nachfragen.

Es wird beantragt, unter Abs. I, Punkt 4, den Satz „Fehlende moralische Werte bringen Leute dazu, freiwillig arbeitslos zu werden (absichtliches Leben auf Kosten des Staates von Sozialhilfe)“ zu streichen.

Tobias Blesch beantragt, den Satz „Dieser Systemwechsel kann jedoch nur gestaffelt eingeleitet werden, da sonst die jetzigen Rentner unsolidarisch behandelt würden“ unter Abs. I durch den Satz „Die dramatischen Finanzierungsprobleme zum heutigen Zeitpunkt in den Sozialsystemen und die abzusehende Verschärfung verlangen nach einem angemessenen Beitrag der gegenwärtigen Rentnergeneration“ zu ersetzen.

Ist das so weit klar oder müssen noch Erklärungen erfolgen? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann stimmen wir jetzt über diese beiden Änderungsanträge ab.

Wer ist dafür, den Punkt 4 unter Abs. I zu streichen? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Es gibt viele Enthaltungen. Die Gegenstimmen überwiegen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Der Wortlaut bleibt bestehen.

(Teilweise Beifall)

Wer ist für die Ersetzung des Satzes „Dieser Systemwechsel kann jedoch ...“ durch den Satz, den ich Ihnen eben vorgelesen habe? - Wer ist dafür, dass der Text in der Ihnen vorliegenden Form bestehen bleibt? - Enthaltungen? - Trotz vieler Enthaltungen gibt es eine Zustimmung zu dem Text in der vorliegenden Form.

Nächster Änderungsantrag. Es wird eine Ergänzung des letzten Satzes unter Abs. I gefordert. Der Satz „Ebenso muss das System zügig neu strukturiert werden“ soll ergänzt werden um die Worte „und Kontrolle sozialen Missbrauchs verhindert werden“. Wer ist dafür, die von Florian Schiller vorgeschlagene Ergänzung aufzunehmen? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt. Der Abs. I bleibt unverändert.

Wir kommen jetzt zum Abs. II. Auf die Chipkarte ist schon vorhin Bezug genommen

worden. Es wird beantragt, den zweiten Spiegelstrich unter Abs. II ersatzlos zu streichen. Zu diesem Punkt brauche ich das Wort nicht mehr zu erteilen, weil dazu schon gesprochen wurde.

Wer ist dafür, den Absatz über die Chipkarte ersatzlos zu streichen? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Antrag auf Streichung hat keine Zustimmung gefunden. Die Mehrheit war dafür, den Text so zu belassen.

Zu Abs. III liegen keine Änderungsanträge vor.

Wir kommen zu Abs. IV. Der Satz „Für kinderlose Ehen soll das Ehegattensplitting abgeschafft werden“ soll eingefügt werden. Das ist ein Antrag von Daniel Forster. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Die absolute Mehrheit sind zwar die Enthaltungen; es gab aber mehr Stimmen dafür als dagegen.

(Teilweise Beifall)

Das ist zwar eine sehr schwache Basis für diesen Antrag; nach den Regeln ist der Änderungsantrag damit aber angenommen worden. Der Satz „Für kinderlose Ehen soll das Ehegattensplitting abgeschafft werden“ wird hinzugefügt. Daniel Forster, können Sie bitte sagen, wo dieser Satz eingefügt werden soll?

Daniel Forster: Dieser Satz soll am Ende angefügt werden.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ferner wird beantragt, die Zeilen vier bis neun des Abs. V, von „Bezüglich der Gesundheitsreform ...“ bis „... deutlich gemacht“, zu streichen. Stattdessen soll es heißen:

Der demographische Wandel erfordert den Wechsel im Bereich Rente auf ein Kapitaldeckungsverfahren. Dabei sind geeignete Übergangsfristen zu wählen. Im Bereich der Gesundheit sollen einkommensunabhängige Pauschalprämien für alle Bürger die Finanzierung der Krankenversicherung gewährleisten. Neben den gesetzlichen sollen weiterhin private Krankenversicherungen das gesetzliche Gesundheitssystem ergänzen.

Es handelt sich also um einen Alternativvorschlag. Wird eine Begründung gewünscht?

(Benjamin Schnürer: Gegenrede!)

- Wenn man dagegen reden kann, kann man auch dafür reden. Wollen Sie Pro und Kontra hören? Wer stimmt dafür, dass das Pro und Kontra noch einmal eröffnet wird? - Wer ist dagegen? - Die Mehrheit ist dafür, dass wir sofort abstimmen.

Sollen im Abs. V die Zeilen 4 bis 9 durch den eben vorgeschlagenen Text ersetzt werden? Wer ist dafür, die Zeilen 4 bis 9 zu ersetzen? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Die Mehrheit stimmt dafür, den Text in der ursprünglichen Form beizubehalten. Es ist relativ schwierig, in der Kürze der Zeit über Alternativvorschläge abzustimmen. Wie im wirklichen Leben stehen wir auch hier unter enormem Zeitdruck.

Wir haben nun über alle Änderungsanträge abgestimmt.

Ich bitte Sie nun, über die Beschlussempfehlung des Arbeitskreises 8 abzustimmen. Wer ist für die Beschlussempfehlung in der jetzigen Form? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist die Beschlussempfehlung mit überwiegender Mehrheit angenommen worden.

(Teilweise Beifall)

Der Arbeitskreis 9 wurde schon behandelt. Daher rufe ich jetzt den Arbeitskreis 10 auf:

Biowissenschaftlicher Fortschritt und Menschenbild - Darf alles gemacht werden, was möglich ist?

Berichterstatter sind Tania Pollok und Paul Kleszcz aus Hamburg. Ich bitte die Berichterstatter, ihren Bericht abzugeben.

(Tania Pollok: Ich komme aus Bremen!)

- Tania Pollok kommt aus Bremen. Das ist eine schöne Stadt.

Tania Pollok: Wir haben das Thema „Biowissenschaftlicher Fortschritt und Menschenbild“ behandelt.

(Zurufe: Lauter!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Dieses Problem haben wir gerade bei Frauenstimmen häufiger. Das Mikrofon muss in der Technik jetzt lauter gestellt werden. Solange das nicht geschehen ist, halten wir die Uhr

an. Sie können das Pult übrigens auch niedriger einstellen.

Tania Pollok: Wir haben diese große Frage in drei Themenbereiche - künstliche Befruchtung, Stammzellenforschung und PID, Präimplantationsdiagnostik - aufgeteilt. Innerhalb unseres Arbeitskreises gab es ziemlich viele Meinungsverschiedenheiten. In der Pause haben wir uns mit wenigen Leuten zusammengesetzt und einen Antrag ausgehandelt. Anschließend haben wir ihn mit dem ganzen Arbeitskreis besprochen und darüber abgestimmt. So sind wir zu diesem Ergebnis gekommen.

Wir fordern, dass die Anzahl der gleichzeitig in vitro befruchteten Eizellen bei der künstlichen Befruchtung von derzeit drei auf eine reduziert wird, weil ansonsten zu viele Embryonen eingefroren werden müssen. Man weiß nicht, was man mit den gegenwärtig existierenden eingefrorenen befruchteten Eizellen - in Deutschland sind es etwa 70 bis 100 - machen soll. Über diese Frage haben wir abgestimmt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Eltern entscheiden sollen. Sie sollen zwischen dem Einfrieren, dem Vernichten, der Freigabe zur Stammzellenforschung und der Zurverfügungstellung an andere Elternpaare entscheiden.

Präimplantationsdiagnostik ist in Deutschland zurzeit verboten. Wir sind dafür, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir haben uns gegen die Präimplantationsdiagnostik entschieden, weil wir es als Selektion betrachten, wenn man vor der Einpflanzung der befruchteten Eizelle prüft, ob der Embryo behindert ist.

(Teilweise Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Nächster Redner ist Paul Kleszcz.

Paul Kleszcz: Frau Präsidentin! Liebe Jungparlamentarier! Das Thema „Biowissenschaftlicher Fortschritt“ ist komplex und zerreißt die Gesellschaft in viele verschiedene Gruppierungen. Das Thema umfasst die PID, die Stammzellenforschung an embryonalen Stammzellen, das Klonen von menschlichen Lebewesen und Tieren sowie die Veränderung von Lebensmitteln durch Gentechnik. Vier Stunden Diskussion reichen dafür bei weitem nicht aus. Wir haben gestern festgestellt, dass bei Abstimmungen über Themen, die mit Gesundheit und Krankheit, Leben und

Tod zusammenhängen, nicht der Fraktionszwang entscheidend sein sollte, sondern einzig und allein Moral, Verstand und Menschenwürde.

(Teilweise Beifall)

Deshalb appelliere ich an alle Jungparlamentarier, den Fraktionszwang, der in den bisherigen Debatten vorherrschte, abzulegen, um moralisch und vernünftig zu handeln. Lasst den Verstand walten!

(Teilweise Beifall)

(Vorsitz: Hans-Henner Becker (Besucherdienst))

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Wir haben ein Verfahrensproblem. Um 13 Uhr wollten wir eigentlich in die Auswertung der Veranstaltung einsteigen. Es ist jetzt kurz vor 13 Uhr. Die beiden letzten Arbeitskreise haben wir noch nicht behandelt. Wir befinden uns in der Behandlung des Arbeitskreises 10. Ich möchte ein Meinungsbild darüber herstellen, ob wir mit der Diskussion über die Anträge bis 13.30 Uhr - dann spricht der Präsident das Schlusswort - weitermachen oder jetzt mit der Auswertung beginnen. Uns liegt viel an der Auswertung, um eine Reaktion zu erhalten, um zu erfahren, wie Ihnen die Veranstaltung gefallen hat, was wir beim nächsten Mal besser machen können etc.

Mein Vorschlag ist, die nicht behandelten Resolutionen der Arbeitskreise 10, 11 und 12 den Abgeordneten mit dem Hinweis, dass darüber nicht abgestimmt wurde, zur Kenntnis zu geben. Ich weiß nicht, wie wir es schaffen sollen, innerhalb einer halben Stunde über die noch auf der Agenda stehenden Themen zu diskutieren. Ich bitte um Meinungsäußerungen. Wir sollten gemeinsam eine Entscheidung darüber herbeiführen, wie wir die nächste halbe Stunde verbringen.

Tobias Bauschke, bitte.

Tobias Bauschke: Ich schlage vor, dass wir über die vorliegenden Anträge zum Arbeitskreis 10 abstimmen. Wir sollten dann noch einen Arbeitskreis behandeln. Die Mehrheit sollte entscheiden, welchen Arbeitskreis wir noch behandeln. Die übrigen Materialien lassen wir den Abgeordneten zukommen. Ich denke, das ist das Beste. Wir sollten die Anträge behandeln; denn dieser

demokratische Vorgang ist für mich der Sinn dieser Veranstaltung.

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Erfahrungsgemäß schaffen wir das aber nicht innerhalb einer halben Stunde. Wir sehen ja, wie intensiv die Diskussionen bisher geführt wurden. Das ist das Problem. Der Vorschlag lautet, den Arbeitskreis 10 zu behandeln. Gibt es weitere Vorschläge?

(Tobias Bauschke: Abstimmen, wer welchen Antrag machen will!)

Für den Arbeitskreis 11 liegen uns schon sieben Wortmeldungen vor. Dort gibt es eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. So etwas ist immer hilfreich, bitte.

Mike Ulbricht: Mein Vorschlag lautet, dass wir uns nicht mehr über jedes Wort und jedes Komma streiten, sondern die inhaltliche Debatte fortsetzen. Dann kann jedes Thema behandelt werden. Für den Meinungsaustausch bzw. das Resümee der Veranstaltung liegen Zettel aus, auf denen jeder das Positive und Negative vermerken kann. Jeder kann etwas darauf schreiben. Schreiben können wir zumindest.

(Teilweise Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Dort gibt es noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, bitte.

Johannes Waldschütz: Ich schlage für die kommenden Themen eine Begrenzung der Anzahl der Redebeiträge und eine strenge Zeitbegrenzung vor, die bitte eingehalten werden sollten, damit das weitere Verfahren möglichst effizient ist.

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Ich werde das versuchen.

Vorschlag: Es stehen noch drei Themenbereiche aus. Bis 13.30 Uhr stehen für jedes Thema zehn Minuten zur Verfügung. Wir machen das ganz radikal: Um 13.05 Uhr ist die Abstimmung über den Arbeitskreis 10; um 13.15 Uhr ist die Abstimmung über den Arbeitskreis 11; um 13.25 Uhr ist die Abstimmung über den Arbeitskreis 12, und zwar unabhängig davon wo wir in der Debatte stehen. Okay?

(Teilweise Beifall)

Clara Herrmann aus Berlin hat als nächste Rednerin das Wort.

(Zurufe)

Clara Herrmann: Ihr freut euch schon, was?

(Vereinzelt Beifall)

Ich mache es ganz kurz: Ich habe zwei Änderungsanträge. Ich beantrage die Streichung der Worte „Vernichten, Freigabe zur Stammzellenforschung“ im vierten Absatz sowie die komplette Streichung des fünften Absatzes. Ich appelliere an euer Gewissen sowie an euer Verständnis von Moral und Ethik.

(Vereinzelt Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Bitte, reichen Sie den Änderungsantrag auf einem Zettel ein, damit wir nachher ordentlich darüber abstimmen können.

Nächster Redner ist Michael Löffel.

Michael Löffel: Ich möchte die Aussage meiner Vorrednerin bekräftigen. Auch ich bin für die Streichung des fünften Absatzes und der Worte zur Stammzellenforschung im vierten Absatz. Ich habe entsprechende Anträge vorgelegt. Im Hinblick auf die Redezeit möchte ich das nicht weiter begründen, weil das schon zuvor getan wurde.

(Vereinzelt Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Mir liegen noch vier Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, dass wir diese Wortmeldungen noch abarbeiten und dann in die Abstimmung eintreten. Einverstanden? - Gibt es dazu den Wunsch zur Gegenrede? - Das ist nicht der Fall.

Isho Can ist der nächste Redner.

Isho Can: Ich möchte kurz feststellen: Wir sollten das Verbot der PID auf jeden Fall beibehalten. Denn wenn man schon im Vorfeld anhand des Embryos sagen kann, ob ein Kind behindert sein wird oder nicht, dann könnte dadurch der natürliche Werdegang verkürzt werden. Die meisten Mütter würden einfach sagen: Ich schaue erst einmal, ob das Kind gesund ist. Wenn das der Fall ist, möchte ich das Kind bekommen. - Das war bisher nicht möglich. Deswegen halte ich es

für ethisch absolut verkehrt, wenn wir den Satz, in dem wir uns für das Verbot der PID ausgesprochen haben, streichen würden.

(Vereinzelt Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Christian Schultheiß.

Christian Schultheiß: Auch ich bin für die Streichung des Abs. 5. Denn wir haben in diesem Antrag das Anliegen, die Entstehung überzähliger Embryonen zu verhindern, indem in Abs. 2 steht, dass die Zahl der gleichzeitig künstlich befruchteten Eizellen von drei auf eine reduziert werden soll. Das heißt, es werden keine neuen überzähligen Embryonen entstehen.

Ich halte es für vernünftig, die Stammzellforschung zu verbieten. Dann hätten wir auch nicht das Problem, dass wir zwar embryonale Stammzellen aus dem Ausland importieren, sie aber nicht selber herstellen. Wir sind gegen die Stammzellforschung.

Wir haben überzählige Embryonen. Was machen wir mit ihnen? Wir können sie einfrieren oder wir können mit ihnen forschen. Würden keine neuen überzähligen Embryonen mehr entstehen, wie es in unserem Antrag gefordert wird, hätten wir dieses Problem gelöst. Deshalb bitte ich euch, Abs. 5 zu streichen.

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Als Letzter Andreas Kutschke.

Andreas Kutschke: Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zu bedenken geben: Die Stammzellforschung birgt immenses Potenzial, Leid zu lindern und Leid zu verhindern. Ich denke dabei an die Parkinson-Krankheit, an die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit und an Krebserkrankungen.

(Teilweise Beifall)

Zu den Risiken, die sich daraus ergeben: Galileo Galilei hat die Welt revolutioniert; ansonsten würden wir noch ein heliozentrisches Weltbild haben. Seine Ansichten hat er gegen Widerstände durchgesetzt. Danach ist in der Gesellschaft ein Umbruch passiert. Ein solcher Umbruch kann auch durch die Stammzellforschung zustande kommen; das ist durchaus möglich. Stellen wir uns diesen Risiken! Ansonsten werden wir irgendwann von den Risiken überrollt.

(Teilweise Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Resolution des Arbeitskreises 10. Es ist beantragt worden, wie bei den anderen Anträgen absatzweise abzustimmen. Ich gehe davon aus, dass wir wie bisher vorgehen.

Zum ersten Absatz liegt kein Änderungsantrag - wenn ich etwas falsch mache, möge man mich kritisieren - vor.

Dann lasse ich über den ersten Absatz abstimmen. Wer für diesen Absatz ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Absatz ist bei einigen Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zu Abs. 2. Hierzu gibt es einige Streichungsanträge. - Es wird das Wort zur Begründung einer Streichung gewünscht.

Harry Marius Müller: Wir sollten beim zweiten Absatz dieses Antrages den Blick besonders auf die Betroffenen lenken: auf die Frauen, die sich künstlich befruchten lassen möchten.

(Vereinzelt Beifall)

Derzeit werden grundsätzlich drei Eizellen entnommen, weil die Chance, dass die vorgesehene Behandlung klappt, nicht sehr groß ist. Man kann also mit nur einer Eizelle nicht sicherstellen, dass die Behandlung erfolgreich abgeschlossen werden kann. Die Entnahme von drei Eizellen ist wichtig. Denn die Entnahme von Eizellen ist zum einen teuer und zum anderen für die betroffene Frau mit Schmerzen verbunden. Das darf meiner Meinung nach nicht außer Acht gelassen werden. Hier muss eine Abwägung stattfinden.

Wenn ich persönlich abwägen müsste, so muss ich sagen, dass die Schmerzen der betroffenen Frau, die sich leider behandeln lassen muss, weil sie ihrem Kinderwunsch nicht auf konventionelle Art nachkommen kann, besonders in den Blick zu nehmen sind. Deswegen möchte ich euch bitten, meinem Antrag zuzustimmen, diesen Absatz zum Wohle der Frauen zu streichen.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Dann können wir darüber abstimmen. Wer für die Streichung des Abs. 2 ist, den bitte ich

um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das Erste war die Mehrheit. Der zweite Absatz bleibt also im Antrag stehen.

(Teilweise Beifall)

Zu Abs. 3 liegen keine Änderungsanträge vor. Dann können wir darüber abstimmen lassen. Wer für den Abs. 3 „Gegenwärtig existieren in Deutschland circa 70 bis 100 eingefrorene Embryonen ...“ ist - wir stimmen absatzweise ab; wenn die Mehrheit für Nichtzustimmung ist, kann natürlich ein Absatz herausgenommen werden -, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war bei einigen Enthaltungen die Mehrheit.

Wir kommen zu Abs. 4. Hier gibt es Änderungsanträge. Der weitestgehende beinhaltet die Streichung des Satzteils „Freigabe zur Stammzellforschung“.

(Zuruf)

- Es gibt von Michael Löffel den Antrag, den Satzteil „Freigabe zur Stammzellforschung“ zu streichen. Möchte jemand dazu das Wort?

(Zurufe: Nein!)

- Gut.

Wer dieser Streichung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dieser Absatz bleibt so stehen.

Jetzt zum Änderungsantrag von Eva Kittel. Sie fordert die Streichung der folgenden Teile in Abs. 4: „Vernichten, Freigabe zur Stammzellforschung“. - Möchten Sie dazu noch einmal Stellung nehmen?

(Zurufe: Nein!)

- Doch. Da steht sie.

Eva Kittel: Ich habe einen Antrag eingereicht, der nicht nur die Streichung der Worte „Vernichten, Freigabe zur Stammzellforschung“ umfasst, sondern auch die Streichung des fünften Absatzes. Ich möchte diesen Absatz um den Satz ersetzen, dass die Stammzellforschung generell verboten werden sollte. Denn derzeit ist es ja erlaubt, mit Stammzellen, die aus dem Ausland importiert werden, zu forschen.

Zur Begründung möchte ich sagen, dass die Forschung an adulten Stammzellen zwar selbstverständlich in Ordnung ist, dass aber dafür niemand sein Leben lassen darf. Ein Embryo ist aber werdendes Leben. Zwei Leben kann man nicht gegeneinander abwägen. Man kann nicht sagen: Wir töten einen

Embryo, um einen kranken Menschen zu heilen.

Das Argument, dass Deutschland, wenn wir auf diesem Gebiet nicht forschen, wirtschaftlich Schaden nimmt, ist absolut absurd. Wirtschaftlicher Profit darf nicht über ethische Fragen entscheiden.

(Teilweise Beifall)

In dieser Frage solltet ihr euer Gewissen befragen und euch überlegen, ob ihr einer Entwertung von werdendem menschlichen Leben zugunsten von Forschungszwecken zustimmen wollt.

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Wer für die Streichung der Worte „Vernichten, Freigabe zur Stammzellforschung“ in Abs. 4 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Diese Worte bleiben stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Zu Abs. 5 kommen wir gleich im Anschluss.

Wer für den vierten Absatz in der vorliegenden Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Der Absatz ist somit angenommen.

Zum fünften Absatz liegt also der Änderungsantrag von Eva Kittel vor. Sie hat ihn schon im Zusammenhang mit Abs. 4 begründet. Abs. 5 soll komplett gestrichen und durch den Satz „Wir beantragen, dass Forschung an embryonalen Stammzellen in Deutschland vollständig verboten wird“ ersetzt werden. Weil das der weitergehende Antrag ist, lasse ich über ihn zuerst abstimmen. Wer für die Ersetzung des bisherigen fünften Absatzes durch die Neuformulierung von Eva Kittel ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist die Mehrheit.

Wer für den Absatz in der gegenwärtigen Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das Erste war die Mehrheit.

Zum nächsten Absatz liegt kein Änderungsantrag vor. Dann kann ich darüber abstimmen lassen. Wer für den Absatz in der vorliegenden Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Absatz bleibt stehen.

Nun zum Absatz „Deshalb beantragen wir, das Verbot von PID aufrechtzuerhalten“. Hierzu gibt es einen Änderungsantrag von Nadine Kettenbach. Er lautet: „Deshalb beantragen wir die Einführung von PIDen in

Ausnahmefällen aufrechtzuerhalten.“ Wird dazu noch einmal eine Begründung gewünscht?

(Zurufe: Ja!)

- Die wird gewünscht. - Wo ist Nadine Kettenbach?

Nadine Kettenbach: Bei der PID geht es darum, Krankheiten zu selektieren. Viele Krankheiten, die wir bekommen können, tragen wir schon in unseren Genomen. Man kann sie aussortieren. Die meisten Krankheiten, die im Rahmen der PID festgestellt werden, führen zum Tod, zum Beispiel die Chorea Huntington.

Es geht nicht darum, ein Designerbaby herzustellen, einen Supersportler heranzuzüchten oder das Geschlecht zu bestimmen, sondern in erster Linie um die Vermeidung von Leid bzw. um die Möglichkeit, Leben den bestmöglichen Start zu geben.

(Teilweise Beifall - Zuruf: Gegenrede!)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Ich würde lieber abstimmen lassen; ansonsten halten wir unser Ziel nicht ein.

Wer für die Änderung von Nadine Kettenbach „Deshalb beantragen wir, die Einführung von PIDen in Ausnahmefällen aufrechtzuerhalten“ ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Jetzt wird es spannend. Ich bitte, noch einmal aufzustehen. Wer für die Veränderung ist, den bitte ich aufzustehen. - Gegenprobe! - Wir sind hier oben der Meinung, dass das Erste die Mehrheit war.

(Beifall)

Die Erfahrung der Vizepräsidentin war richtig. Von hier oben sieht es ganz anders aus, als wenn man unten im Saal sitzt.

Wer für den Antrag des Arbeitskreises 10 in Gänze mit den bisher beschlossenen Änderungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist er so angenommen.

(Beifall)

Wir kommen nun zum Arbeitskreis 11:

Hat die Wehrpflicht eine Zukunft?

Luisa Wallenwein: Liebe junge Abgeordnete! Unser Arbeitskreis hat sich mit dem Thema der Wehrpflicht beschäftigt. Es ging dabei darum, ob die Wehrpflicht noch eine Zukunft hat. Dies ist auch hier im Bundestag momentan ein sehr aktuelles Thema, da die FDP in diesem Zusammenhang einen Antrag gestellt hat, über den am Freitag dieser Woche diskutiert werden soll. Er beinhaltet die Forderung nach einer sofortigen Aussetzung der Wehrpflicht und einem schrittweisen Übergang zur Freiwilligenarmee. Nach einer langen Diskussion unsererseits haben wir diesen Antrag mit 16 : 13 Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

(Teilweise Beifall)

Während unserer Debatte sind viele verschiedene Gesichtspunkte aufgegriffen worden. Einige der wichtigsten der beiden Parteien werde ich beispielhaft anführen.

Die Hauptargumente der Befürworter waren zum einen die neuen sicherheitspolitischen Voraussetzungen, die sich zum Beispiel durch den internationalen Terrorismus ergeben. Diese erfordern weiterhin die Wehrpflicht, um eine Aufstellung stärkerer Truppen zu gewährleisten. Außerdem werden die Bündnisaufgaben innerhalb der NATO, der UNO und der EU als Grund angeführt. Als sehr wichtigen Grund haben wir die Verzahnung der Bundeswehr mit der Gesellschaft gesehen, um das Auseinanderweichen von Staats- und Bürgerinteressen zu verhindern. Viele Leute bei uns waren der Meinung, dass in eine Freiwilligenarmee überwiegend militant orientierte Menschen eintreten würden. Darin sehen wir eine Gefahr.

Hauptargumente der Gegner der Wehrpflicht waren, dass die Verfassung keine Legitimation für die Wehrpflicht bietet, außerdem die fehlende Wehrgerechtigkeit, was bei uns zu heftigen Debatten geführt hat. Auch die Gleichberechtigung bzw. die Gleichverpflichtung war ein Argument.

Letztendlich haben wir über die Abschaffung der Wehrpflicht abgestimmt. Mit 15 : 15 Stimmen gab es keine Mehrheit. Somit ist die Abschaffung der Wehrpflicht abgelehnt worden.

Eine breite Zustimmung hat der Wunsch nach mehr Engagement der Jugendlichen im sozialen Bereich gefunden. Als Beispiel wurde das freiwillige soziale Jahr genannt. Die Ableistung eines solchen Jahres könnte man als Erfüllung der Dienstpflicht sehen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb empfiehlt unser Arbeitskreis mit einer Mehrheit von 20 : 7 Stimmen bei drei Enthaltungen, dass die Wehrpflicht unter gesellschafts-, sozial- und verteidigungspolitischen Aspekten im Zeitgeist des 21. Jahrhunderts modifiziert und reformiert werden soll, um auf gerechtere Weise allen einen Einsatz für die Gesellschaft abzuverlangen.

(Teilweise Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Es liegen ungefähr acht Änderungsanträge und 15 Wortmeldungen vor.

(Heiterkeit)

Vorschlag: Ich lasse drei Wortmeldungen zu und dann steigen wir in die Antragsdebatte ein. Wer für meinen Vorschlag, drei Wortmeldungen zuzulassen, ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das Erste war die Mehrheit.

Als Erste hat Julia Reda aus Berlin das Wort.

Julia Reda: Verehrtes Plenum! In vielen anderen Arbeitsgruppen gab es immer wieder das Problem, dass Vorschläge nicht finanzierbar waren. Bei uns ist es genau das Gegenteil: Die Einführung eines Berufsheeres wäre in dieser Größe schlichtweg nicht finanzierbar. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Wehrpflicht aus finanziellen Gründen auf jeden Fall beibehalten werden sollte.

Ich teile die Meinung sowohl der CDU/CSU- als auch der SPD-Fraktion. Die Wehrpflicht sichert die Vernetzung von Gesellschaft und Armee. So ist innerhalb der Armee eine soziale und politische Vielfalt gegeben. Damit kann sich die Armee in der Gesellschaft nicht verselbstständigen.

Was die Demokratisierung Europas betrifft, möchte ich darauf hinweisen, dass die Landesverteidigung gerade im Zuge des Aufkommens des internationalen Terrorismus gewährleistet bleiben muss.

Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Jetzt ist der hier Stehende an der Reihe.

Mike Ulbricht: Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte einen Wortbeitrag zur Erhaltung der Wehrpflicht machen. Sie sollte nicht nur aus finanziellen Gründen beibehalten werden, sondern auch deswegen, weil wir eine starke, personell und materiell geeignete Bundeswehr brauchen, um in der Welt unsere Gedanken von Freiheit und Demokratie verbreiten zu können.

(Teilweise Beifall)

Der UN-Sicherheitsrat wurde angesprochen. Auch da kommen wir nur mit einer starken sowie leistungs- und einsatzfähigen Bundeswehr zurecht. Nur so können wir den Anspruch, unsere Gedanken dort einzubringen, umsetzen.

Wenn wir die Bundeswehr so stark schwächen, dass wir die Wehrpflicht abschaffen, dann ist zu fragen: Was kommt danach? Dann haben wir keine Marine mehr; dann haben wir keine Luftwaffe mehr.

(Zurufe: Oh!)

Dann können wir uns beim besten Willen nicht erlauben, irgendeinen Gedanken in der Welt umzusetzen. Einem US-Verteidigungshaushalt von mehr als 300 Milliarden Dollar können wir uns mit einer geschwächten Bundeswehr nicht mehr entgegenstellen. Unsere Gedanken und unsere Werte wären somit verloren, genauso wie alles andere, was wir vertreten und was wir im Rahmen der Friedenssicherung durch die Bundeswehr in andere Länder transportieren, wobei wir hoffen, dass unsere Werte verstanden und fortgeführt werden. Denn sie haben bei uns seit mehr als 50 Jahren zu einem großen Erfolg geführt. Den sehen wir hier. Wir alle würden hier nicht sitzen, wenn wir keine Demokratie hätten, die es zu verteidigen gilt.

Danke.

(Teilweise Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Als Nächster hat André Bretzke, Schleswig-Holstein, das Wort.

André Bretzke: Herr amtierender Präsident! Liebes Gremium! Ich kann mit diesem Antrag nicht viel anfangen. Da steht, dass die Wehrpflicht abgeschafft werden soll. Eine Begründung fehlt.

Ich denke, die Wehrpflicht ist nicht mehr zeitgemäß.

(Teilweise Beifall)

Eine kleine, gut ausgebildete, starke Truppe kann unseren Bündnisverpflichtungen, die im Ausland eingehalten werden müssen, viel besser nachkommen. Ich fordere, diesem Antrag nicht zuzustimmen, da die Wehrpflicht abgeschafft werden muss.

(Teilweise Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Ich habe jetzt eine Reihe von sehr weitgehenden Anträgen, die alternativ zu dem vorliegenden zu verstehen sind. Es gab offenbar im Arbeitskreis eine Diskussion darüber, wie das gehandhabt werden soll. Es gibt hier einen von ganz vielen unterzeichneten Antrag. Diesen lese ich einmal vor:

Das Plenum fordert die Abschaffung der Wehrpflicht und an dieser statt die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes für alle jungen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Anstelle der Wehrpflichtigenarmee ist eine Berufsarmee aufzubauen.

Ich habe jetzt an diejenigen, die Änderungsanträge in die gleiche Richtung gestellt haben, zum Beispiel an Lucas Guttenberg und andere, die Frage, ob ihre Änderungsanträge durch diese Formulierung überflüssig werden, ob wir also diesen von mir vorgelesenen Antrag als Verhandlungsgrundlage nehmen können.

(Zurufe: Nein!)

- Nein.

Dann ist der am weitesten gehende Antrag der:

Die Wehrpflicht sollte unter gesellschafts-, sozial- und verteidigungspolitischen Aspekten im Zeitgeist des 21. Jahrhunderts abgeschafft werden.

(Teilweise Beifall)

Das ist zweifelsohne der weitestgehende. Er stammt von Markus Maus. Möchte er das begründen? - Wir haben noch 7,5 Minuten.

Markus Maus: Wir sollten die Wehrpflicht auf jeden Fall abschaffen.

(Teilweise Beifall)

Wir haben eine viel zu lange Schulzeit und müssen danach noch zur Bundeswehr. Wir

sind zu alt und auf dem internationalen Arbeitsmarkt überhaupt nicht konkurrenzfähig.

(Teilweise Beifall)

Außerdem ist die Wehrpflicht im Grunde viel zu teuer. Soldaten werden ausgebildet. Derjenige, der den Wehrdienst abgeleistet hat, war drei Monate in der Grundausbildung und hat eine sechswöchige Spezialausbildung gehabt. Er ist kein Soldat.

(Teilweise Beifall)

Ich bitte euch: Ihr könnt nicht glauben, dass diese Soldaten im V-Fall das Land verteidigen können, zumal wir Teil eines Bündnisses sind. Wir sind in der EU. Wenn der V-Fall eintritt, sind wir nicht allein.

Die Ausbildung eines Wehrpflichtigen ist sauteuer und einfach nicht gut.

(Zuruf: Wer schleppt die Sandsäcke bei einer Überschwemmung?)

- Das kann eine Berufsarmee oder das Technische Hilfswerk machen.

Wir sollten auf jeden Fall klar Stellung beziehen und auf keinen Fall der Wehrpflicht zustimmen. Wir werden in unserer Freiheit eingeschränkt und das darf nicht sein.

(Vereinzelt Beifall)

Hans-Henner Becker (Besucherdienst): Ich bitte, genau zu prüfen, ob das, was jetzt gesagt wird, nicht doch mit dem sehr weit gehenden Antrag, den ich vorgelesen habe, in Übereinstimmung steht.

Nun zu einem Antrag, der nicht unterzeichnet worden ist:

Die Beschlussempfehlung möge gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt werden: Die Bundesregierung möge umgehend die Abschaffung der Wehrpflicht einleiten und entsprechende Maßnahmen ... treffen.

Kann ich davon ausgehen, dass zumindest dies durch den Antrag, den ich vorhin vorgelesen habe, erledigt ist?

(Zurufe: Ja!)

- Ja.

Dann komme ich zur Abstimmung über einen Gegenantrag zum Antrag A 11. Frage: Möchte jemand dazu das Wort ergreifen oder ist das durch die Einlassung von gerade eben erledigt? - Dann gehe ich davon aus.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Ich lese ihn einmal vor:

Das Plenum fordert die Abschaffung der Wehrpflicht und an dieser statt die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes für alle jungen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Anstelle der Wehrpflichtigenarmee ist eine Berufsarmee aufzubauen.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe!

(Zuruf: Worum geht es jetzt genau?)

- Um die Abschaffung der Wehrpflicht.

(Zurufe: Nur um die Abschaffung?)

- Und um den Aufbau einer Berufsarmee.

(Zuruf: Bitte lesen Sie diesen Antrag noch einmal vor!)

- Okay.

Das Plenum fordert die Abschaffung der Wehrpflicht und an dieser statt die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes ...

(Zuruf)

- Gut. Dann lasse ich erst einmal darüber abstimmen.

Es geht nun um folgenden Antrag:

Die Wehrpflicht sollte unter gesellschafts-, sozial- und verteidigungspolitischen Aspekten im Zeitgeist des 21. Jahrhunderts abgeschafft werden.

Wer für die Abschaffung der Wehrpflicht insgesamt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das Erste war die Mehrheit.

(Beifall)

Da dies der weitestgehende Antrag ist, brauchen wir den ursprünglichen Antrag natürlich nicht mehr zu behandeln. Alle Anträge, die ich jetzt vorliegen habe, beziehen sich auf eine Veränderung des Status von Wehrpflichtigen. Von daher erübrigen sich diese Anträge oder sehen das die Antragsteller anders? - Nein.

(Vorsitz: Präsident Wolfgang Thierse)

Präsident Wolfgang Thierse: Zu behandeln wäre noch der Arbeitskreis 12. Wollen wir ihn noch behandeln?

(Zurufe: Ja!)

Dann rufe ich den Arbeitskreis 12 auf:

Medien und Macht - Freiheit der Presse oder Diktat der Medien?

Wer sind die Sprecher? - Das ist ja hier ein Chaos. Das bin ich gar nicht gewöhnt. Stellen Sie sich dann bitte selbst vor. Mir liegen die Namen nämlich nicht vor. Bitte.

Philipp Wehrend: Verehrter Herr Präsident! Verehrte Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Um das sehr komplexe Thema „Medien und Macht“ überhaupt zu erschließen, haben wir uns zu Anfang ein paar übergeordnete Themen überlegt: Was sind die Grenzen der Freiheit? Darf sich ein Medium zum Beispiel zum Ziel setzen, eine Regierung zu stürzen? Dürfen Parteien Medien besitzen? Das zum Beispiel war ein sehr strittiger Punkt.

(Zurufe)

- Antworten bekommt ihr gleich. - Der Besitz von Medien ist eine nicht außer Acht zu lassende Einnahmequelle für manche Parteien.

Wir sehen die Hauptaufgabe der Medien in der Berichterstattung, also nicht darin, vorgeformte Meinungen zu diktieren, sondern darin, lediglich zur Meinungsbildung anzuregen.

Weil ein möglichst breit gefächertes Angebot der Medien gesichert sein sollte, haben wir uns auch Gedanken über die Rechtfertigung der Ministererlaubnis zur Medienfusion gemacht - momentan recht interessant.

Besonders hart und intensiv haben wir über die Funktion der Öffentlich-Rechtlichen diskutiert: Was ist die Aufgabe? Wodurch ist die Zuwendung von rund 8 Milliarden Euro jährlich gerechtfertigt bzw. woran ist sie gebunden - Es war für uns klar, dass die Öffentlich-Rechtlichen einen sehr hohen Stellenwert für die öffentliche Information und Meinungsbildung haben. Da es bisher keine rechtliche Definition der Programmaufgabe gibt, haben wir uns klar für eine Rahmendefinition ausgesprochen, wobei wir uns zunächst nicht darüber einig waren, wie diese aussehen soll, ob sie durch die Öffentlich-Rechtlichen selbst oder aber durch den Gesetzgeber vorgenommen werden sollte. Wir haben uns nach einer langen Diskussion

darauf geeinigt, dass der Gesetzgeber definieren sollte, da wir bei einer Definition durch die Öffentlich-Rechtlichen selbst die Gefahr sehen, dass sie sich ein Hintertürchen offen halten und wir dadurch letztlich nicht viel erreichen.

Soweit über unseren Arbeitskreis. Zum Inhaltlichen trägt jetzt meine Kollegin vor.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Nun hat Anna-Lena Kulik aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Anna-Lena Kulik: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Anwesende! Jetzt kommen wir zum operativen Teil der Resolution, in der der Arbeitskreis die Ergebnisse der Diskussion zusammengefasst hat.

Wir sind der Auffassung, dass in den Medien deutlicher als bisher zwischen Meinung und Information, also zwischen - subjektivem - Kommentar und - wertneutraler - Berichterstattung, getrennt werden sollte.

(Teilweise Beifall)

Nur so kann der Meinungsbildungsprozess aufseiten des Mediennutzers, also eines jeden Bürgers, einer jeden Bürgerin, möglichst unverfälscht ablaufen.

Außerdem sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Nennung sämtlicher Eigentümer/Anteilseigner eines Mediums oder eines Medienunternehmens im Impressum verpflichtend sein sollte.

(Teilweise Beifall)

Dies diene insbesondere der Offenlegung der Beteiligung von politischen Parteien an Medienunternehmen.

(Teilweise Beifall)

Um die Meinungsvielfalt in der deutschen Medienlandschaft zu erhalten, müssen die Gesetze, die mit dieser Zielstellung bereits vorhanden sind, zum Beispiel das Kartellrecht, konsequenter angewandt werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass das Instrument der Ministererlaubnis für Medienunternehmen abgeschafft werden muss. Im aktuellen Fall der geplanten Fusion der „Berliner Zeitung“ mit dem „Tagesspiegel“ rät unser Arbeitskreis Bundeswirtschaftsminister Clement deshalb, der Fusion nicht zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss weisen wir auf die besondere Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen Rundfunksystem hin. Damit dieser Rechnung getragen werden kann, fordern wir eine präzise Beschreibung des Programmauftrags der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch den Gesetzgeber und nicht, wie es bisher mehr lapidar geschah, durch die Medien selbst.

Um den Öffentlich-Rechtlichen jedoch die Teilnahme an der Medienentwicklung nicht zu versperren, müssen das begrenzte Senden von Werbung und die Internetpräsentation auch über eigentliche Rundfunkprogrammhalte hinaus erlaubt sein.

Zudem sprechen wir uns für eine Zurückdrängung politischer Parteien aus den Rundfunkaufsichtsgremien aus, um eine größere Unabhängigkeit der Öffentlich-Rechtlichen von parteipolitischen Interessen zu gewährleisten.

(Teilweise Beifall)

Das waren im Wesentlichen die Ergebnisse, zu denen unser Arbeitskreis gekommen ist.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Danke schön. - Mir liegen drei Wortmeldungen vor. Dabei sollten wir es belassen, weil wir die Zeit schon überzogen haben.

Zunächst Kathrin Seidl aus Bayern.

Kathrin Seidl: Ich mache es ganz kurz.

Ich stimme mit euch ziemlich weitgehend überein. Aber im operativen Teil geht mir die Formulierung von Nr. 1 Buchstabe c nicht weit genug. Ich habe deshalb einen Änderungsantrag eingereicht, nach dem das verschärft werden sollte. In Nr. 1 Buchstabe c sollte es nicht heißen „insbesondere die Beteiligung von politischen Parteien an Medien stets offen zu legen ist“, sondern „insbesondere die Beteiligung von politischen Parteien an Medien zu verbieten ist“.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung nicht sein darf, wenn man strikt zwischen Kommentar und Berichterstattung unterscheiden muss, dann dürfen auch die Parteien nicht ihren politischen Stoff irgend-

wie mit einbringen und über die Medien Parteipolitik betreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Als Nächstes hat Igor Gilitschenski aus Baden-Württemberg das Wort.

Igor Gilitschenski: Ich habe zwei Änderungsanträge eingereicht. Es geht um zwei Punkte, die ich auch nur kurz ansprechen möchte, weil die Zeit doch recht fortgeschritten ist.

Erstens. Im Urheberrecht werden jetzt Sachen festgelegt, die eigentlich absolut widersprüchlich sind. Im geltenden Urheberrecht, das im Hinblick auf eine EU-Richtlinie gerade novelliert worden ist, steht, dass das Umgehen von funktionierenden Kopierschutzmaßnahmen zivilrechtlich verboten ist, also zivilrechtlich angreifbar ist. Das ist eigentlich absolut unsinnig. Wie kann man das Umgehen einer Kopierschutzmaßnahme verbieten, die angeblich Sicherheit bietet? Wenn die Maßnahme sicher ist, dann kann man sie nicht umgehen. Das Urheberrecht versucht hier, das Recht auf Privatkopien anzugreifen. Das darf es nicht geben. Deswegen, so glaube ich, müssen wir in den weiteren Verhandlungen mit der EU sicherstellen, dass das Recht auf Kopien für private Zwecke konsequent durchgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Das zweite Thema, das ebenfalls sehr ärgerlich ist, ist das Patentrecht; dazu laufen auch gerade Beratungen im Europäischen Parlament. Anscheinend ist man übereingekommen - größere Unternehmen, die überwiegend übrigens nicht aus der EU stammen -, das gesamte Patentrecht auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen und neu aufzulegen; denn sonst käme man nicht auf die äußerst merkwürdige Idee, Sachen zu patentieren, die absolut nicht technisch sind, nämlich Software. Ich bitte euch, dem Änderungsantrag gegen die Patentierung von Software zuzustimmen. Die Patentierung von Software wäre etwa dasselbe wie die Patentierung von Melodien. Man stelle sich nur vor, jemand würde eine Melodie als solche patentieren! Es gibt Dinge, die ins Urheberrecht gehören, wie Software, und die sollten auch darin bleiben, weil sonst eine Machtkonzentration bei starken Softwareun-

ternehmen bzw. beim Urheberrecht bei den Medienkonzernen stattfindet.

Danke.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Als Letzter in der Debatte Andreas Pfeiffer, Brandenburg.

Andreas Pfeiffer: Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen: Politische Parteien sollten nicht an Medien beteiligt sein. Das Problem besteht nicht nur in der Trennung zwischen Kommentar und Bericht; das Problem sind die Kreise, in denen es nur eine Zeitung gibt, in denen man also diese Zeitung lesen muss. Wenn dann eine Partei vielleicht auch nur einen Anteil von 10 Prozent hat - ich nenne die DDVG, SPD-Holding -, ist das ein Problem. Ob es 10 Prozent oder 5 Prozent sind, es ist ein Anteil. Die Partei wird diesen Anteil für ihre Machenschaften nutzen. Das muss verboten werden.

(Teilweise Beifall)

Meines Erachtens geht es hier nicht um Parteitaktik; es geht hier um die freie Meinungsäußerung und die ist in Gefahr.

(Teilweise Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Damit sind wir am Schluss der Debatte. Zu der Resolution des Arbeitskreises 12 liegen mehrere Änderungsanträge vor. Alle betreffen den Teil II, den operativen Teil.

Zu Nr. 1 Buchstabe c liegen zwei konkurrierende Änderungsanträge vor. Nach dem ersten Änderungsantrag soll die Formulierung lauten: „insbesondere die Beteiligung von politischen Parteien an Medien eingeschränkt werden sollte“. Nach dem zweiten Änderungsantrag soll die Formulierung lauten: „insbesondere die Beteiligung von politischen Parteien an Medien zu verbieten ist“.

Ich lasse zunächst über den zweiten Änderungsantrag abstimmen. Wer stimmt für das Verbot der Beteiligung politischer Parteien an Medien? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist eine eigentümliche Art der Abstimmung. Viele haben gar nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Ich wiederhole die Abstimmung. Wer stimmt für das Verbot der Beteiligung politischer Parteien an Medien? - Wer stimmt

dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit entfällt die Abstimmung über den anderen Änderungsantrag hierzu.

(Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über weitere Änderungsanträge. In der Nr. 3 soll nach dem zweiten Satz Folgendes eingefügt werden:

Dabei muss jedoch gewährleistet bleiben, dass die Rundfunkgebühren nicht noch weiter erhöht werden. Allenfalls ist eine Anpassung an die Inflation in Kauf zu nehmen. Die Gebühr darf nicht dazu dienen, übertriebene Sendungen zu finanzieren.

Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu zwei Änderungsanträgen, nach denen der operative Teil um zwei Nummern ergänzt werden soll.

In einer neuen Nr. 4 soll es heißen:

Wir fordern die Wiederherstellung des Rechts auf uneingeschränkte Privatkopien. Kopierschutzmechanismen bedürfen keines zusätzlichen zivilrechtlichen Schutzes.

Das hat Herr Gilitschenski vorhin erläutert.

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nach dem weiteren Änderungsantrag soll eine neue Nr. 5 angefügt werden:

Wir fordern vom Europäischen Parlament eine klare Ablehnung der Patentierbarkeit von Software.

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Resolution des Arbeitskreises 12 insgesamt mit der einen zuvor beschlossenen Änderung. Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Die Resolution ist in dieser Fassung mit einer deutlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend und Parlament“! „Liebe junge Kolleginnen und Kollegen“, so kann ich nach

diesen eineinhalb Tagen parlamentarischer Arbeit zu Ihnen sagen! Zweieinhalb Tage, vier Stunden angestrenzter Plenardebatte liegen hinter Ihnen. Ich danke Ihnen für die Beiträge, für die Lebendigkeit der Debatte hier im Plenum und in den Arbeitskreisen.

Eine erste Bemerkung. Sie werden festgestellt haben: Parlamentarismus, das ist auch Arbeit. Es ist Diskussion. Es ist die mühselige Arbeit an Texten. Ich hoffe, Sie haben bemerkt: Das alles braucht Zeit, Geduld und ist nicht immer ganz einfach. Im Hauruckverfahren ist da nicht so viel zu machen. Demokratie braucht eben beides: Leidenschaft und langen Atem. Vielleicht nehmen Sie aus Berlin die notwendige Skepsis gegenüber all jenen mit, die allzu schnelle und allzu einfache politische Lösungen versprechen oder auch populistisch einfordern.

(Beifall)

Die Ungeduld von Menschen, die Ungeduld von Bürgern ist gewiss verständlich; wir selbst teilen sie häufig. Aber ich will auch vor Ihnen die Langsamkeit der Demokratie loben, weil nur diese Langsamkeit erlaubt, dass möglichst viele an Meinungsbildungsprozessen beteiligt sind, dass möglichst viele in Entscheidungen einbezogen werden und dass die unterschiedlichsten Interessen und Meinungen zur Geltung kommen können. Das dauert Zeit. Diese Zeit braucht die Demokratie. Deswegen wünsche ich mir sehr, dass Sie Verbündete im Kampf sind, wenn es darum geht, Verständnis dafür zu gewinnen, dass Demokratie Zeit braucht - trotz aller Ungeduld. In einer Diktatur - das ist jedenfalls meine Lebenserfahrung - mögen manche Entscheidungen schneller gehen; aber die müssen alle anderen dann ausbaden. Die Langsamkeit der Demokratie hat den Vorteil, dass möglichst viele, auch möglichst viele der von den Entscheidungen Betroffenen, einbezogen werden.

Eine zweite Bemerkung. Ich bin in meiner Überzeugung bestätigt, dass es allemal besser ist, mit jungen Leuten zu diskutieren als über sie.

(Beifall)

Es ist interessanter. Es ist lustvoller. Wir wollen deshalb im Deutschen Bundestag unsere Jugendveranstaltungen, unsere Jugendprojekte auch mit ganzem Einsatz weiterführen und nach neuen Wegen suchen, Verbesserungen erproben. Dabei sind wir auf Ihre Anregungen, Ihre Kritik, Ihre Ideen an-

gewiesen. Zur Auswertungsrunde war nun keine Zeit mehr. Aber in den beiden gläsernen Urnen sind schon ganz viele Zettel mit, so hoffe ich, wunderbaren Vorschlägen und nicht nur mit nörgelnder Kritik, die es ja auch geben mag. Wenn Sie ausführlichere Vorschläge haben, können Sie die uns auch nachreichen. Wir werden sie in den nächsten Wochen aufmerksam lesen und auswerten.

Neben dem Dank für Ihr Engagement darf ich zum Schluss noch sagen, dass politisches Engagement - entgegen allen populären Vorurteilen ist die Jugend nicht politikverdrossen, sondern interessiert an Politik; Sie beweisen das - natürlich nicht nur in Parteien Platz hat, sondern auch in Verbänden, in Bürgerinitiativen, in Kirchen, in Sportvereinen und sogar bei der freiwilligen Feuerwehr. Auch das ist in einem weiten und vernünftigen Sinne des Wortes ein bürgerschaftliches, ein politisches, ein gesellschaftliches Engagement. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unter Ihren Alterskameradinnen und -kameraden dafür werben würden, dass dieses Engagement zunimmt. Demokratie ist auf Nachwuchs angewiesen. Sie gehören dazu und Sie können dafür sorgen, dass Nachwuchs heranwächst.

Ich hoffe, Sie haben den Eindruck gewonnen, meine Damen und Herren, dass Demokratie durch praktische Arbeit, durch Praxis, durch ein solches praktisches Lernen besser vermittelt werden kann als auf abstrakte Weise. Eigenes Handeln, Learning by Doing ist immer erfolgreicher. Diese Erfahrung finden Sie hoffentlich bestätigt. Werbeagenturen können Politik bunt und schick machen; die Inhalte, um die es geht, und das, worauf man sich einigt, müssen mühselig erarbeitet und erstritten werden. Dazu bedarf es manchmal langwieriger und gelegentlich auch langweiliger Diskussion. Heute war es aber alles andere als langweilig.

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und Ihr Engagement. Ich will auch all denen danken, die dazu beigetragen haben, dass diese Veranstaltung gut gelaufen ist: den Helfern im Hintergrund, die die Sitzung vorbereitet haben, die protokollieren, die für die Technik oder die Sitzungsunterlagen sorgen. Ich will auch für die Redaktionsarbeit danken. Ich hoffe, dabei in Ihrer aller Namen gesprochen zu haben. Ein kleiner Beifall Ihrerseits wäre jetzt also angemessen.

(Anhaltender Beifall - Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erheben sich)

Für die Bundestagsverwaltung darf ich mich für Ihren Beifall und Ihre Respektbezeugung für den Fleiß der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken.

Mir wurde signalisiert, dass noch jemand von Ihnen das Wort ergreifen möchte. Ist das richtig? - Bitte schön. Für das Protokoll müssen Sie beide aber Ihren Namen sagen, damit das alles korrekt erscheinen kann. Das ist dann für die Ewigkeit.

Nadine Kettenbach: Wir ergreifen hier im Namen von allen, denke ich, das Wort. Wir möchten uns bei allen bedanken. Wir finden es toll, dass wir die Chance bekommen haben.

Markus Wölfert: Vielen Dank insbesondere an die Bundesregierung, an den Bundespräsidenten, natürlich an die Abgeordneten, von denen wir die Einladung bekommen haben, an den Besucherdienst, der uns so prima durch dieses wunderschöne Gebäude geführt hat

(Beifall)

und durch den wir in Sachen Fragen und Beratung natürlich auch eine super Betreuung hatten, an das „JuPITER“-Team für die Informationen, die wir jeweils am nächsten Tag bekommen haben, und auch an den Wissenschaftlichen Dienst für die Unterstützung.

Danke.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Herzlichen Dank.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg und wünsche mir: Seien Sie im besten Sinne des Wortes Lobbyisten des Parlaments, Lobbyisten der parlamentarischen Demokratie in Deutschland!

Herzlichen Dank, einen guten Heimweg und alles Gute für Sie!

(Anhaltender Beifall)

(Schluss: 13.52 Uhr)